

D-01-002 Obdachlose in Berlin im Winter

Antragsteller*in: Taylan Kurt (KV Mitte)

Titel

Ändern in:

Für eine menschenwürdige Versorgung Obdachloser

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 2 bis 12:

~~Die Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen fordert den Senat von Berlin auf, dem Vorstand der BVG ultimativ aufzutragen, geeignete U-Bahnhöfe dezentral in jedem Stadtteil für obdachlose Menschen bei Minustemperaturen zu öffnen und vor diesen Bahnhöfen Miet-Toiletten aufzustellen. Die BVG hat neben dem Beförderungsauftrag auch eine soziale Verantwortung. Im Leitbild der BVG steht: „Als nachhaltig agierendes Unternehmen richtet die BVG ihr Handeln an wirtschaftlichen, sozialen und Umweltzielen aus.“[\[1\]](#)~~

~~Sozialsenatorin Elke Breitenbach wird gebeten dafür zu sorgen, dass nachts auf den Bahnhöfen Personal vorhanden ist, die diese Menschen mit Winterschlafsäcken, Iso-Matten und warmen Getränken versorgt. Sinnvoll ist auch, bestimmte Bahnhöfe nur für Obdachlose mit Hunden und nur für obdachlose Frauen einzurichten.~~

Es ist kalt dieser Tage auf Berlins Straßen. Obdachlose Menschen sind bei Minustemperaturen unhaltbaren Bedingungen ausgesetzt. Sie müssen darum kämpfen, jeden Tag zu überleben und für jede Nacht einen neuen Schlafplatz zu finden. Sie schlafen unter Brücken, in Grünanlagen, in Hauseingängen oder gar nicht. Ihr Bett ist der Schlafsack, ihre Matratze die Isomatte und ihr Portmonee der Kaffeebecher, mit dem um Spenden gebeten wird. Zahlreiche Berliner*innen helfen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, um solche Lebensbedingungen mitten in Berlin zu verhindern. Sie verteilen ehrenamtlich Tee oder spenden Lebensmittel und Hygieneartikel, da sie nicht bereit sind, ein Leben auf der Straße zu akzeptieren.

Wir akzeptieren nicht, dass Menschen, die in Berlin wohnungs- oder obdachlos sind, sich selbst überlassen werden. Deshalb arbeiten wir in den Bezirken mit unseren Stadträt*innen und BVV-Fraktionen sowie auf Landesebene im Senat und im Abgeordnetenhaus daran, die Lebensbedingungen obdachloser Menschen zu verbessern sowie Wohnungslosigkeit zu verhindern. Eines der ersten Ziele der rot-rot-grünen Koalition war es deshalb, die Anzahl der Kältehilfeplätze auf jetzt 1200 erheblich zu erhöhen, damit niemand mehr während der kalten Tage auf der Straße schlafen muss. Auch wollen wir beispielsweise die sozialen Wohnhilfen in den Bezirken zu echten Fachstellen ausbauen, um den (absehbaren) Verlust der Wohnung frühzeitig zu verhindern.

Die fachlich zuständige Senatsverwaltung arbeitet daran, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebenssituation insbesondere obdachloser Menschen zu verbessern. Der Ausbau der ganzjährigen Schlafplätze, die Verbesserung der Zugänge und die einheitliche Handhabung der ordnungsbehördlichen Unterbringung nach dem ASOG für EU-Bürger*innen durch die bezirklichen Sozialämter, die Verbesserung der Qualität und Beratung in Wohnheimen für Wohnungslose (ASOG), die Schaffung zielgruppenspezifischer Angebote, welche die Vielfalt der Problemlagen obdachloser Menschen

berücksichtigen und die Weiterentwicklung der Kältehilfe als das die reguläre Hilfearchitektur ergänzende Hilfsangebot sind für uns prioritär. Besonders Schutzbedürftige (Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, Suchtkranke, Pflegebedürftige etc.) wollen wir im Rahmen von Housing First direkt in Wohnraum unterbringen, denn diese gehören nicht in die Kältehilfe. Hierfür müssen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Wohnungen zur Verfügung stellen.

Auch die BVG leistet als landeseigenes Mobilitätsunternehmen in diesem Prozess ihren Beitrag und stellt auch in diesem Winter wieder Kältebahnhöfe bereit. Dennoch wissen wir, dass die U-Bahnhöfe nicht geeignet sind, um Obdachlose unterzubringen, da durch vorhandene Starkstromleitungen eine Lebensgefahr insbesondere für alkoholisierte Obdachlose ausgeht und Toiletten vor Ort fehlen. Auch werden Obdachlose in U-Bahnhöfen nicht durch Sozialarbeiter*innen betreut. Kurzfristig müssen an den Kältebahnhöfen Moritzplatz und Lichtenberg mobile Toiletten durch die Senatsverwaltung für Soziales aufgestellt werden. Diese muss gleichzeitig sicherstellen, dass die in den Kältebahnhöfen sich aufhaltenden Obdachlosen durch Sozialarbeiter*innen betreut werden. Die Zeit bis zum kommenden Winter muss dann genutzt werden, dass die Nothilfe durch die BVG nicht mehr nötig ist.

Dass Obdachlose Kältebahnhöfe der BVG den klassischen Kältehilfeeinrichtungen vorziehen, verdeutlicht die Notwendigkeit nach der Weiterentwicklung der Kältehilfe und ihr besseres Zusammenwirken mit den bezirklichen Wohnungslosentagesstätten. Damit mehr Obdachlose die Angebote der Kältehilfe annehmen, muss die Kältehilfe auch für Obdachlose mit Hund und Alkoholabhängige bzw. Frauen zielgruppenspezifische Einrichtungen vorhalten. Auch müssen Kältehilfeeinrichtungen barrierefrei sein. Wir wollen, dass in allen Kältehilfeeinrichtungen und Wohnungslosentagesstätten Sozialarbeiter*innen tätig sind, die Obdachlose betreuen und sie beim Übergang in die ordnungsbehördliche Unterbringung unterstützen. Wenn Kältehilfestandorte morgens schließen, müssen Wohnungslosentagesstätten öffnen.

Die Gründe, durch die Menschen wohnungs- und obdachlos werden, sind genauso vielfältig wie es die Lebensentwürfe in unserer Stadt sind. Den einen Grund gibt es nicht, genauso wenig, wie es die eine Lösung hierfür gibt. Bündnis 90 / Die Grünen Berlin fordert daher differenzierte Antworten auf das komplexe Problem der Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Dies haben wir am 2. Dezember 2017 auf der LDK beschlossen. Uns ist bewusst, dass Wege aus der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin einen langen Atem brauchen. Daher setzen wir uns auf Landesebene wie in den Bezirken durch kurz- wie langfristige Maßnahmen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Wohnungs- und Obdachlosen ein. Kein Mensch darf der Straße überlassen werden.

D-01-007 Obdachlose in Berlin im Winter

Antragsteller*in: Taylan Kurt (KV Mitte)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 6 bis 12:

Verantwortung. Im Leitbild der BVG steht: „Als nachhaltig agierendes Unternehmen richtet die BVG ihr Handeln an wirtschaftlichen, sozialen und Umweltzielen aus.“^[1]

~~Sozialsenatorin Elke Breitenbach wird gebeten dafür zu sorgen, dass nachts auf den Bahnhöfen Personal vorhanden ist, die diese Menschen mit Winterschlafsäcken, Iso-Matten und warmen Getränken versorgt. Sinnvoll ist auch, bestimmte Bahnhöfe nur für Obdachlose mit Hunden und nur für obdachlose Frauen einzurichten.“^[1]~~

D-02-010 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 9 bis 11:

beispielsweise Video- und Tonüberwachung des öffentlichen Raums nicht zu einem effektiveren
Schutz der **Bürger*innen**Berliner*innen und stellen überproportionale Eingriffe in die
Bürger*innenrechteGrund- und Freiheitsrechte dar. Die bisherigen Erfahrungen und Auswertungen,
insbesondere aus London, der Stadt mit

D-02-012 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 11 bis 13:

dar. Die bisherigen Erfahrungen und Auswertungen, insbesondere aus London, der Stadt mit einer flächendeckenden Videoüberwachung, ~~deuten z. B. darauf hin~~ deuten z. B. darauf hin zu zeigen, dass der Nutzen von Videotechnik weit überschätzt wird. Weder schreckt sie diejenigen ab, die Straftaten spontan

D-02-017 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 16 bis 18 einfügen:

Polizist*innen die vor dem Monitor sitzen, statt vor Ort zu sein, falsch eingesetzt werden.

Videoüberwachung kann für uns deshalb maximal eine anlassbezogene zeitlich klar begrenzte

Ergänzung für eine gute Sicherheitsstrategie sein. Anlasslose Grundrechtseingriffe durch die Polizei
lehnen wir ab.

D-02-018 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:

Videoüberwachung kann für uns deshalb maximal eine anlassbezogene Ergänzung für eine gute
Sicherheitsstrategie sein. Anlasslose Grundrechtseingriffe und Verdachtsunabhängige Kontrollen durch
die Polizei lehnen wir ab. Diese öffnen Tür und Tor für Maßnahmen, die von Vorurteilen geprägt sind,
insbesondere für

D-02-022 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 21 bis 23:

Statt bloßen Aktionismus fordern wir eine Gesamtstrategie bei der Polizei ein, da nur so der Schutz der ~~Bevölkerung~~ **Berliner*innen** effektiv gewährleistet werden kann. Wir setzen auf eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei, die ihre Schwerpunkte und Gefahrenbereiche kennt.

D-02-030 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 29 bis 32:

Gegenentwurf zur ständigen Verschärfungen ohne Gesamtkonzept sein, durch die immer mehr in die Grundrechte sämtlicher ~~Bürger*innen~~ Menschen eingegriffen wird. Wirksame Polizeiarbeit begrenzt das Überwachen von unbescholtenen ~~Bürger*innen~~ Berliner*innen auf das unbedingt Erforderliche. Wir werden den Schutz der Bevölkerung sicherstellen und gleichzeitig deren Grundrechte achten. Dazu

D-02-033 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 32 bis 34 einfügen:

den Schutz der Bevölkerung sicherstellen und gleichzeitig deren Grundrechte achten. Dazu setzen wir
beispielsweise auf folgende Maßnahmen: risikobehaftete Orte und Angsträume müssen besser
beleuchtet und einsehbar werden. Dies schafft an großen Plätzen, Bahnhöfen und verwinkelten

D-02-036 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 35 bis 37:

Gassen deutlich mehr Sicherheit, als jede Kamera. Wir setzen außerdem auch auf Deradikalisierung und Prävention, da nur so ein wirksamer Schutz der **BevölkerungBerliner*innen** erreicht werden kann. Die bereits bestehenden Projekte sollen ausgebaut und noch mehr Angebote

Von Zeile 43 bis 45:

Eingriffe in die Grundrechte sollen nur dort erfolgen, wo sie wirklich notwendig sind, damit die Polizei genug Ressourcen für den Schutz der **BevölkerungMenschen** hat; Ressourcen die aufgrund der planlosen Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen zunehmend fehlen.

D-02-051 Polizei- und Präventionsgesamtkonzept statt planloser Ausweitung der
Eingriffskompetenzen

Antragsteller*in: Daniela Ehlers, Emma Sammet, Louisa Hattendorf (Kv Lichtenberg, Abteilung
Grüne Jugend, Abteilung Grüne Jugend)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 50 bis 51 einfügen:

Vermeintlich kriminalitätsbelastete Orte sollen durch eine unabhängige Stelle evaluiert werden, um faktenorientiert über Maßnahmen und Konzepte reden zu können und grundsätzlich über die Notwendigkeit einer Ausweisung solcher Orte mit zusätzlichen Maßnahmen entscheiden zu können. Verdachtsunabhängige Kontrollen lehnen wir in der ganzen Stadt ab, da diese vorallem zu Racial Profiling und anderen vorurteilsbasierten Eingriffen führen.

L-01-002 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 2 bis 13:

~~Kinder und Jugendliche sind neugierig, entdecken und entwickeln ihre Persönlichkeit, ihre Fähig- und Fertigkeiten, gehen Risiken ein und lernen über Erfolge und empfundene Misserfolge in möglichst freien und kreativen Prozessen. Bildung ist der ein wichtiger Schlüssel zum zu einem demokratischen und selbstbestimmten Leben. Das beginnt mit der Sprache, der Schulische Bildung und Erziehung beinhalten nicht nur Sprachen und die Möglichkeit sich auszudrücken. Das gilt für den Umgang mit Stift und Papier, für, nicht nur Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist aber bedeutet viel breiter mehr. Bildungseinrichtungen sollen Kindern und Jugendlichen begleiten und ihnen die Welt zeigen. Schule soll Kinder und Jugendliche auf ein Lebensie, eingebettet in dieser das gesamte familiäre, kulturelle, soziale, ökologische, ökonomische und politische Leben, befähigen, diese Welt vorbereiten mitzugestalten. Das heißt setzt voraus, die Gesellschaft zu verstehen, sich darin zurechtzufinden. Das heißt, um den eigenen Weg in der Gesellschaft zu machen, Möglichkeiten nutzendarin zu könnengehen. In einer guten Schule gehen Bildung, Erziehung und selbst Selbstermächtigung Hand in der Lage zu sein, die Gesellschaft mitzugestalten Hand.~~

[Zeilenumbruch]

Deshalb muss Schule zwei Dinge leisten: Zum einen soll sie allen Schüler*innen durch qualitativ hochwertigen Unterricht, moderne und sich entwickelnde Pädagogik und gute Ganztagskonzepte die nötigen Kenntnisse mitgeben und Kompetenzen mitgeben, um gut auf das Leben nach der Schule vorbereitet zu sein ausbauen. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft Kinder zu mündigen Bürger*innen heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft

Von Zeile 16 bis 18:

dort abzuholen, wo sie stehen und so ihren Teil dazu beitragen, Chancengerechtigkeit für alle zu schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem Elternhaus Du kommst, es stehen Dir alle Wege in unserer Gesellschaft offen.

Begründung

Weitere Antragsteller*innen: Bernd Schwarz - KV Reinickendorf

Begründung: mündlich

L-01-002-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 2 bis 6:

„Gute Bildung ist ein Menschenrecht und Bildung ist der Schlüssel zum Leben. ~~Das beginnt mit der Sprache, Gute Bildung ist mehr als~~ der ~~Möglichkeit sich auszudrücken. Das gilt für den~~ Umgang mit Stift und Papier, ~~für~~ Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist ~~aber~~ viel breiter. ~~[Leerzeichen]~~ Schule soll Kinder und Jugendliche auf ein Leben in dieser Welt vorbereiten. Das heißt, die Gesellschaft zu

Begründung

mündlich

L-01-003 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jutta Schmidt Stanojevic (Fraktion Grüne xhain)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

Bildung ist der Schlüssel zum Leben und ein Menschenrecht. Der gleichberechtigte Zugang zu guter Bildung, die Förderung aller Kinder und Jugendlichen- unabhängig von ihrer Herkunft, Fluchterfahrung, ihrer physischen und psychischen Voraussetzungen, ihrer sexuellen Identität und den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und hat für uns oberste Priorität. Bildung steht im Zusammenhang mit politischer und kultureller Teilhabe, Selbstbestimmung, Freiheit und Gesundheit. Die Schule muss zu einem fröhlichen, inklusiven Lern- und Lebensort werden. Das beginnt mit der Sprache, der Möglichkeit sich auszudrücken. Das gilt für den Umgang mit Stift und Papier, für Lesen und Schreiben und die

Begründung

Es muss sich wieder finden das Schulbildung eine Menschenrecht ist und das Gruppen erwähnt werden. Die Schule muss ein Lebensort werden.

L-01-004 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 3 bis 6:

Bildung ist der Schlüssel zum Leben. Das beginnt mit der Sprache, der Möglichkeit sich auszudrücken. Das ~~gilt für den Umgang~~ beginnt mit ~~Stift und Papier, für Lesen und Schreiben~~ dem Erwerb sprachlicher, kommunikativer und ~~die Grundrechenarten~~ mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundkompetenzen.
{Leerzeichen}

Begründung

Begründung: Stift und Papier und Grundrechenarten ist wirklich zu wenig zur Beschreibung von kognitiven Kompetenzen.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow, Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-005 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 4 bis 8 einfügen:

auszudrücken. Das gilt für den Umgang mit Stift und Papier, für Lesen und Schreiben und die Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist aber viel breiter. In der Schule sollen sich die Schüler*innen bestmöglich entfalten. Schule soll Kinder und Jugendliche auf ein Leben in dieser Welt vorbereiten. Das heißt, die Gesellschaft zu verstehen, sich darin zurechtzufinden und an ihr bewusst und handlungsorientiert zu partizipieren. Das heißt, den eigenen Weg in der Gesellschaft zu machen, Möglichkeiten nutzen zu können und selbst in der Lage zu sein, die Gesellschaft

Von Zeile 11 bis 18:

Kenntnisse und Kompetenzen mitgeben, um gut auf das Leben nach der Schule vorbereitet zu sein. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft Kinder allen Kinder, unabhängig von der familiären Migrationsgeschichte oder des sozio-ökonomischen Hintergrundes, barrierefreie, echte Bildungschancen bieten und sie so zu mündigen Bürger*innen mit einem Höchstmaß an Urteilskraft heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen Schulen die Möglichkeiten und Ressourcen haben, – aber auch institutionelle Diskriminierungen abbauen, die Haltung entwickeln – defizitäre Perspektive auf Kinder, die nicht der bürgerlichen Schicht angehören oder migrantisiert werden, kritisch hinterfragen und abbauen, Mehrsprachigkeit sowie migrationsbedingte Kompetenzen als Ressourcen wertschätzen und konzeptionell in den Schulalltag und Unterricht einbinden. Die Schule muss – ohne auf die Kultur oder den sozialen Status reduzierende oder festschreibende Zuschreibungen - jedes Kind individuell zu betrachten, vom Kind aus zu denken, Kinder dort abzuholen, wo sie stehen und so ihren Teil dazu beitragen, Chancengerechtigkeit sich an der Lebenswelt der Lernenden orientieren, die Stärken des Kindes fördern und Chancengerechtigkeit für alle zu schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem Elternhaus Du kommst, es stehen Dir alle Wege in unsere Gesellschaft offen.

L-01-014 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Bürger*innen heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen Schulen selbst inklusiv sein und die Möglichkeiten und Ressourcen haben – aber auch die Haltung entwickeln – jedes Kind individuell zu betrachten, vom Kind aus zu denken, Kinder

Begründung

Antragsteller*innen: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte), Steffi Remlinger (KV Berlin-Pankow), Heiner von Marschall (KV Berlin-Reinickendorf), Matthias Oomen (KV-Berlin Charlottenburg-Willmersdorf), Ali Yurtagül (KV Berlin-Mitte), Christoph Melzer (KV Berlin-Mitte)

L-01-014-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Björn Simon Selle (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Bürger*innen heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft mitgestalten.

Nur was wär' all die Belehrung, ohne die Kinder- und Jugendlichen einzubinden? Wo sich die kommunalen Strukturen zur Beteiligung anbieten und man praktisch doch am besten lernt sowie verinnerlicht? Wer über demokratische Schule denkt, hat dies mit den Schüler*innen zu tun! In einigen Bezirken bietet sich diesen die Möglichkeit, an der dortigen Politik mitzubestimmen – mittels einem Antragsrecht, einem Kinder- und Jugendparlament zugesprochen, ganz als stelle es eine Fraktion in der BVV. In diesen Parlamenten treffen teils konträre Ansichten aufeinander, zuweilen poltert es, aber am Ende steht ein Kompromiss, der an die BVV herangetragen wird. Auf solche Weise erhalten Schüler*innen einen Eindruck von politischen Mechanismen, verinnerlichen den demokratischen Prozess und den anschließenden Verwaltungsgang. Hierfür bietet sich die kommunale Ebene an, weil dort Politik sehr konkret verhandelt wird. Kindern und Jugendlichen Parlamente zur Verfügung zu stellen, von welchen sie direkt Einfluss nehmen, darin liegt der Kern zur Internalisierung demokratischer und freiheitlicher Prinzipien. Die entsprechenden Institutionen braucht es in ganz Berlin!

Nebstdem bedarf es einer Verbesserung jener Beteiligungsstrukturen, die den Schüler*innen bereits zur Verfügung stehen, um sich im Bezirk einzubringen: Gerade den Bezirksschülerausschüssen muss Personal bereit gestellt werden, dass den engagierten Schüler*innen inhaltlich zur Seite steht, sie über die öde Verwaltungsarbeit hinaus, ebenfalls thematisch unterstützt, indem z.B. auf Veränderungen im Bezirk hingewiesen wird. Letztlich geschieht die Partizipation der Schüler*innen neben dem schulischen Wirren. Oftmals erweisen sich diese als Hindernis, was es zu überwinden gilt.

Begründung

Demokratische Schule gelingt am besten, wenn sie praktisch erprobt wird. Das Format der Kinder- und Jugendparlamente hat sich, wo es mit einem Antragsrecht in der BVV ausgestattet wurde, bewährt. Es schafft ein neues Verständnis von Politik und Verwaltungshandeln, wenn man dem eigenen Antrag diesen Weg folgt.

Die BSA-Geschäftsstelle brauchen qualifizierte Arbeitskräfte. Die Schüler*innen können nicht den ganzen Bezirk im Blick haben, hier benötigen sie die Unterstützung der Verwaltung.

L-01-018 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Corinna Balkow (KVV Charlottenburg Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 17 bis 18 einfügen:

alle zu schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem Elternhaus Du kommst, es stehen Dir alle Wege in unserer Gesellschaft offen.

Begründung

Rechtschreibfehler - fehlendes r

L-01-023 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jelisaweta Kamm (Grüne Jugend Berlin-Mitte, KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 22 bis 23 einfügen:

in Berlin immer noch rund 10 Prozent aller Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind.

Die Wahl der Schulform ist keine endgültige Entscheidung für einen beruflichen Werdegang. Wir begrüßen die Vielfalt der Bildungsformen in Berlin und streben an, dass jeder Schüler nach Neigung, Begabung und Lernform eine geeignete Institution für seinen Werdegang findet. Um die Schüler optimal auf der Suche nach ihrem Weg zu unterstützen, müssen wir in unserer Gesellschaft an der Akzeptanz der diversen Bildungswege arbeiten. Schüler*innen soll früh vermittelt werden, sodass eine Gleichwertigkeit und Toleranz zwischen akademischen, betrieblichen und allen anderen Ausbildungen besteht. Diese Gleichwertigkeit muss sowohl vom Lehrpersonal, als auch von allen beteiligten Akteuren gelebt, thematisiert und vermittelt werden. Wir ermutigen so Schüler*innen einen individuellen Berufsweg zu finden und ein selbstbestimmtes und erfülltes Berufsleben zu entwickeln.

L-01-023-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 22 bis 23 einfügen:

in Berlin immer noch rund 10 Prozent aller Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind. Einige verlassen die Schule - z.T. trotz Schulabschluss - als funktionale Analphabet*innen (In Berlin leben schätzungsweise 320.000 Menschen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die nicht oder nur wenig lesen und schreiben können.). Auch das wollen wir nicht hinnehmen.

L-01-025 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 24 bis 32:

Chancengerechtigkeit und die Arbeit gegen Spaltungen in der Gesellschaft ist ein Grundanliegen grüner Politik und zieht sich durch alle Politikfelder. Wir wollen keine Segregation in Reichen- und Armenvierteln, keine Ausgrenzung nach (zuschriebener) Herkunft oder Religion, keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte ~~bildungsferne oder bildungsnah~~bildungs(institutions)ferne Familien geboren werden. Das zu erreichen, geht nur mit einem breiten, intersektionalen Ansatz, der viele Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung und Diskriminierung das Mittel der Wahl von Rechtspopulisten ist, arbeiten wir für ~~gegenseitigen Austausch und Verständnis über die verschiedenen Grenzen der Gesellschaft hinweg~~ein weltoffenes, inklusives Miteinander. Uns ist bewusst, dass die Bildungspolitik dabei nur ein Baustein sein kann – für uns aber ein zentraler. In Artikel 1 des Berliner

L-01-027 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 26 bis 29:

Reichen- und Armenviertel, keine Ausgrenzung nach (zugeschriebener) Herkunft oder Religion, ~~keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte bildungsferne oder bildungsnahen Familien geboren werden.~~ S. 1: In Zeile 27 und an allen weiteren Stellen wird die Begrifflichkeit „bildungsferne Eltern/Familien“ durch „Kinder/Eltern/Familien in schwierigen Situationen“ bzw. „arme Kinder/Eltern/Familien“ ersetzt.

An dieser Stelle soll der Satz heißen:

keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in Familien in schwieriger Lage geboren wurden.

Das zu erreichen geht nur mit einem breiten Ansatz, der viele Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung das Mittel der Wahl von

Begründung

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-028 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 27 bis 29 einfügen:

keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte bildungsferne oder bildungsnahe Familien geboren werden oder weil sie behindert sind. Das zu erreichen geht nur mit einem breiten Ansatz, der viele Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung das Mittel der Wahl von

Begründung

Weitere Antragsteller*innen: Bernd Schwarz - KV Reinickendorf

Begründung: mündlich

L-01-030 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Arndt Adler (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 29 bis 31:

Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung das Mittel der Wahl von **Rechtspopulisten** **Rechtspopulist*innen** ist, arbeiten wir für gegenseitigen Austausch und Verständnis über die verschiedenen Grenzen der Gesellschaft hinweg. Uns ist bewusst, dass die Bildungspolitik

L-01-039 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 38 bis 39 einfügen:

gestalten.“ Wir nehmen dieses Ziel ernst und arbeiten daran, die Voraussetzungen zu schaffen, dass dies in unseren Schulen gelebt und vorgelebt werden kann.

Begründung

Antragsteller*innen: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte), Steffi Remlinger (KV Berlin-Pankow), Heiner von Marschall (KV Berlin-Reinickendorf), Matthias Oomen (KV-Berlin Charlottenburg-Willmersdorf), Ali Yurtagül (KV Berlin-Mitte), Christoph Melzer (KV Berlin-Mitte), Heike Kähler (KV Berlin-Mitte), Heinz Rudolph Umlauf (KV Berlin-Mitte)

L-01-039-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 39 bis 40 einfügen:

Deshalb werden wir uns zunächst dafür einsetzen, dass dieses Ziel Eingang in die Schulprogramme der Schulen findet, fester Bestandteil der Lehrer*innenaus- /-fort- und weiterbildung wird, in Schulbüchern konsequent Berücksichtigung findet und in interne und externe Evaluationen (Schulinspektion) mit einbezogen wird.

Von Zeile 43 bis 47:

erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem führt also offensichtlich zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, ~~vom Kind aus zu denken~~, jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern und zu dem bestmöglichen Abschluss zu führen; ~~der für das Kind der passendste ist~~. Gleichzeitig ist die Gemeinschaftsschule die Schulform, die am besten die Gesellschaft als Ganzes abbildet,

Von Zeile 49 bis 50 einfügen:

Gemeinschaftsschule sorgt dafür, dass sich Kinder aus unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen begegnen, kennen und schätzen lernen. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und Integrierte Sekundarschulen (ISS) mit einer gymnasialen Oberstufe ausgestattet werden. Zudem wollen wir perspektivisch bis 2030 alle Schulformen nach dem Vorbild "Eine Schule für Alle" angleichen.

L-01-040 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 40 bis 50:

~~Die Gemeinschaftsschule ist die Schulform, in der unsere Vorstellungen von guter Bildungspolitik am besten verwirklicht werden können. Es sind die Länder mit nicht gegliederten Schulsystemen, die die besten Ergebnisse bei internationalen Vergleichsstudien erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem führt also offensichtlich zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, vom Kind aus zu denken, jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern und zu dem Abschluss zu führen, der für das Kind der passendste ist. Gleichzeitig ist die Gemeinschaftsschule die Schulform, die am besten die Gesellschaft als Ganzes abbildet, Bildungsgerechtigkeit und Durchlässigkeit ermöglicht, egal woher Kinder kommen. Die Gemeinschaftsschule sorgt dafür, dass sich Kinder aus unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen begegnen, kennen und schätzen lernen.~~

Dabei haben wir alle Schulen im Blick, egal welcher Schulform. Um „Qualität für alle“ zu erreichen, müssen sich alle Schule weiterentwickeln, manche mehr, manche weniger. Wir haben in Berlin zu wenig gute Schulen und zu viele Schulen in schwieriger Lage. Wir sehen, dass Qualität und Erfolg von Schulen, die ähnliche Strukturdaten bei den Schüler*innen haben, sehr unterschiedlich sein können. Darin steckt eine wichtige Botschaft: Wenn Schulen Probleme haben, liegt es nicht an den Kindern! Diskriminierung und Stigmatisierung von ohnehin schon benachteiligten Kindern werden im Gegenteil noch verstärkt, wenn man Schulen vermittelt, dass sie die falschen Kinder haben und dass man ihnen nur die guten beimischen müsse. Gerade diese Kinder müssen spüren, dass sie die richtigen sind, dass sie gewollt sind!

Begründung

Begründung: Der Absatz im Antrag mit Aussagen zu einer Schulart (Gemeinschaftsschule) passt nicht in den ersten Abschnitt mit grundsätzlichen Positionen, er enthält außerdem gebündelt sachlich und politisch falsche Bewertungen zu PISA und der Wirkung nicht-gegliederter Schulsysteme sowie zur Gemeinschaftsschule. Da auf die Gemeinschaftsschule später noch eingegangen (S. 8/9) wird, ist es hier eine auch vermeidbare Doppelung in dem eher zu langen Antrag.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich (KV Pankow), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Jörg Freese(LAG Bildung), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Ronald Haustein(KV Lichtenberg), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

L-01-040-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 40 bis 42:

Die Gemeinschaftsschule ist die einzige Schulform, in der unsere Vorstellungen von guter
Bildungspolitik ~~am besten~~ verwirklicht werden können. Es sind die Länder mit nicht gegliederten
Schulsystemen, die die besten Ergebnisse bei internationalen Vergleichsstudien

Begründung

Wir sprechen uns im Antrag klar dafür aus, dass unser Ziel die Gemeinschaftsschule ist. Da wir davon
überzeugt sind und das im Antrag deutlich machen, sollten wir auch hier klar darin sein, dass unsere
Vorstellungen umfassend nur in der Schulform der Gemeinschaftsschule verwirklicht werden können.
Die Gemeinschaftsschule ist die inklusivste Schulform, da sie nicht äußerlich differenziert sondern
auch Binnendifferenzierung setzt. Zudem ermöglicht sie langes gemeinsames Lernen bereits ab der 1.
Klasse.

Antragssteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV
Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV
Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV
Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola
Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg),
Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Oliver E. Münchhoff (KV Charlottenburg-Wilmersdorf),
Arno Hoffmann (KV Neukölln)

L-01-043 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 42 bis 44:

gegliederten Schulsystemen, die die besten Ergebnisse bei internationalen Vergleichsstudien erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem ~~führt also offensichtlich zu~~ ist eine notwendige Bedingung für mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, vom

Begründung

Die Abschaffung des gegliederten Schulsystems allein schafft nicht automatisch mehr Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Sie ist aber eine Bedingung für ein chancengleiches Schulsystem.

Antragsteller*innen: Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Oliver E. Münchhoff (KV Charlottenburg - Wilmersdorf)

L-01-051 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (Berlin-Reinickendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 51 bis 57 löschen:

~~Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von (zugeordnetem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung. Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem Gesellschaft zusammenkommt. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven~~

Begründung

Weitere Antragsteller*innen: AG Kinder, Jugend und Familie

Begründung: Dieser Teil soll den Auftakt zum neuen Kapitel Inklusion bilden und deshalb hier gestrichen werden. Weder die UN-Behindertenrechtskonvention noch Inklusion allgemein sollten als überleitende Rechtfertigung für eine bestimmte Schulform dienen. Das wird den Menschen nicht gerecht.

L-01-053 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jutta Schmidt Stanojevic (Bezirksgruppe Frieke)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 52 bis 57:

breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung. Wir wollen das die Schulen zu einem Lebensort für Schüler*innen mit und ohne Behinderungen werden. Dafür müssen die notwendigen finanziellen, inhaltlichen, baulichen und personellen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu ist es notwendig die finanziellen Mittel für den sonderpädagogischen Förderbedarf an den tatsächlichen Förderbedarf der Schüler*innen anzupassen. Außerdem sollen ausreichend barrierefreie Lehr- und Lernmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns dafür einsetzen das ein umfassendes Inklusionskonzept erarbeitet wird. Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem Gesellschaft zusammenkommt. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven

Begründung

Es muss endlich auf dem Gebiet der Inklusion ein umfassendes Konzept erarbeitet werden und umgesetzt werden. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

L-01-054 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 53 bis 57:

an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von ~~(zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung, sozialer oder ethnischer Herkunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder von Behinderungen.~~

Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem Gesellschaft zusammenkommt. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven

Begründung

Begründung: Ob Migrationshintergrund zugeschrieben ist oder nicht entfällt bei einer anderen Begrifflichkeit. Die Diskriminierung aufgrund von „Äußerem“ ist schwierig zu fassen und Alter in der Bedeutung für die Schule unklar.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-054-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 53 bis 55:

an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu
~~nehmen~~akzeptieren, wie es ist, unabhängig von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen,
Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem

L-01-059 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 58 bis 63:

Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. ~~Darum arbeiten wir daran, die damit verbundene soziale Segregation zu überwinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit Schulen und Eltern auf diesen Weg machen., weil es die tiefe soziale Spaltung in der Gesellschaft eher verstärkt als dämpft. Wir halten daher an unserem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens in vielfältigen integrierten Schulen für alle fest.~~

Begründung

Begründung: Die soziale Segregation in der Gesellschaft bleibt auch bei „einer Schule für alle“ bestehen, sie kann dadurch lediglich reduziert werden. Und auch die ISS, neben Grundschule und OSZ, sind „eine Schule für alle“. „Eine Schule für alle“ heißt nicht, nur eine pädagogische Methode (hier Binnendifferenzierung) ist erlaubt, sondern der Zugang steht allen offen und für alle werden angemessene Schulwege vorgehalten. Daher richtig: „in vielfältige integrierten Schulen für alle“.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich (KV Pankow), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Jörg Freese(LAG Bildung), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Ronald Haustein(KV Lichtenberg), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

L-01-059-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 58 bis 63:

Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Darum arbeitenmöchten wir es mittelfristig transformieren und arbeiten daran, ~~die damit verbundene~~ soziale Segregation zwischen Schulen zu überwinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen[Leerzeichen], sozial durchmischten Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik aktiv darauf und auf die Überwindung von sozialer Spaltung ausrichten und uns gemeinsam mit Schulen und Eltern auf diesen Weg machen.

Begründung

Im Text muss noch stärker herausgearbeitet werden, warum wir das gegliederte Schulsystem überwinden möchten. Es ist kein Selbstzweck, sondern nötig, um die soziale Segregation zwischen Schulen zu überwinden. Die soziale Segregation wird dabei nicht automatisch bei der Abschaffung des gegliederten Schulsystems überwunden, sondern dies erfordert einer konstanten Anstrengung und einer Politik, die sich aktiv dieser Aufgabe verschreibt.

Antragsteller*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Manuel Honisch (KV Neukölln), Arno Hoffmann (KV Neukölln)

L-01-061 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 60 bis 63:

setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. ~~Dabei ist uns bewusst, dass~~ Damit dies ~~nur~~ gelingen kann, ~~wenn~~ werden wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit Schüler*innen, Schulen und Eltern auf diesen Weg machen. Dabei ist uns bewusst, dass Inklusion auch Geld kostet. Dafür möchten wir finanzielle Mittel bereitstellen. Wir wollen mehr Geld, mehr Personal und Weiterbildungen für gelingende Inklusion!

Begründung

Schüler*innen sollten hier aus unserer Sicht nochmal explizit genannt werden. Außerdem sollten beim Thema Inklusion auch die notwendigen finanziellen Mittel angesprochen werden.

L-01-061-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 60 bis 63 löschen:

setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen – also langes
gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. ~~Dabei ist uns bewusst, dass dies nur
gelingen kann, wenn wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit Schulen und Eltern
auf diesen Weg machen.~~

Begründung

Wir erarbeiten hier einen politischen Antrag, da sollten politische Forderungen im Mittelpunkt stehen.
Der zu streichende Absatz versucht zu suggerieren, dass wir politische Haltungen nur in Abhängigkeit
von starken Interessengruppen auch an Schulen formulieren können. Politik hat aber auch die Aufgabe
Positionen von leisen Minderheiten zu vertreten, um für Gerechtigkeit zu sorgen. Das ist ein
Leitgedanke Grüner Politik seit Gründung. Letztlich heißt das, Haltungen und Forderungen zu
formulieren und entsprechend politisch zu handeln.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann
(KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias
Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln),
Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV
Lichtenberg)

L-01-063 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 62 bis 63:

dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit Schulen ~~und~~, Eltern und Schüler*innen auf diesen Weg machen.

Begründung

Hoffentlich selbsterklärend: Wir Bündnisgrüne bemühen uns um größtmögliche Partizipation und die Rechte der Kinder.

L-01-063-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Nach Zeile 63 einfügen:

Darüber wollen wir in den nächsten Jahren die Debatte mit der gesamten Stadtgesellschaft intensiv weiterführen und in Entscheidungsalternativen münden lassen. Die Berliner*innen sollen zeitgleich zur nächsten Abgeordnetenhauswahl in einem Volksentscheid die wesentlichen Fragen zur Zukunft der Schulformen endgültig klären. Bei dieser direktdemokratischen Entscheidung werden alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Berlin völlig frei in ihrer Positionierung und ihrem Engagement sein. Wir fordern alle anderen Parteien Berlins auf, es bei ihren Mitgliedern ebenso zu halten.

Begründung

mündlich

L-01-067 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 66 bis 69 einfügen:

bei Neubauten von Schulen ermöglichen. Wir wollen die Räumlichkeiten für Vereine und Initiativen öffnen und Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, dem Volkshochschulen und Musikschulen sowie mit Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und Kooperationen mit Unternehmen oder Künstler*innen fördern. Dazu werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und bei der Raumvergabe- und Nutzung die schulische Eigenverantwortung ausbauen und bürokratische Hürden abbauen.

L-01-068 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 67 bis 69 einfügen:

Initiativen öffnen und Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie mit [Kitas](#) und Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und Kooperationen mit Unternehmen oder Künstler*innen fördern.

Begründung

mündlich

L-01-069 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 68 bis 69 einfügen:

mit Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und Kooperationen mit gemeinnützigen Unternehmen oder Künstler*innen fördern.

Begründung

Der Einfluss privatwirtschaftlicher Unternehmen im Schulbetrieb ist aus unserer Sicht bereits zu groß und wir wollen verhindern, dass sich dieser noch weiter ausweitet.

L-01-069-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jutta Schmidt Stanojevic (Bezirksgruppe Frieke)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 68 bis 69 einfügen:

mit Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und
Kooperationen mit Unternehmen oder Künstler*innen und Sportvereinen zu fördern.

L-01-069-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 69 bis 70 einfügen:

Starke Eltern – starke Kinder

Von Zeile 76 bis 77 einfügen:

eine begleitende Familienarbeit geholfen wird, aktive Elternarbeit machen zu können, um nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die Familie dort abzuholen, wo sie ist. Hier gilt es, Elternarbeit mit Erwachsenenbildung zu verknüpfen. Dies kann durch eine verstärkte Kooperation zwischen Schulen und Volkshochschulen gelingen. Volkshochschulen sind Einrichtungen für Erwachsenenbildung; ihre Expertise in diesem Bereich soll an Schulen mehr Anerkennung und Raum bekommen. In VHS-Kursen, die speziell für Eltern mit Kindern im schulpflichtigen oder Kita-Alter konzipiert werden sollten, könnte eine Auseinandersetzung mit schul- und bildungsbezogenen Themen erfolgen und dabei könnten den Eltern vielfältige Wege aufgezeigt werden, wie sie den Bildungsweg ihrer Kinder proaktiv mitgestalten und begleiten können. Dabei könnten den Eltern verschiedene Formen der Mitwirkungsmöglichkeiten vorgestellt werden, damit sie ihre demokratischen Einflussmöglichkeiten an Schulen ausschöpfen können. Auch ist es uns sehr wichtig, dass alle Eltern, die nicht im deutschen Bildungssystem sozialisiert worden sind, die Möglichkeit erhalten, neben ggf. der deutschen Sprache entsprechend ihres Sprachniveaus schul- und bildungsbezogenes Wissen anzueignen.

L-01-070 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 70 bis 71:

Und: Gute Schule funktioniert ~~nicht ohne enge~~nur in enger Zusammenarbeit mit den ~~Eltern~~Familien. Eltern sind von Anbeginn an der wichtigste Schlüssel für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und

Begründung

Erziehungs- und Bildungspartnerschaft gelingt nur gemeinsam.

L-01-072 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 71 bis 76:

Anbeginn an der wichtigste Schlüssel für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und wesentlich an der erfolgreichen Bildung ihrer Kinder beteiligt. ~~Sie sind idealerweise beteiligt, arbeiten eng an der Gestaltung der Schule mit, unterstützen bei Schulfeiern, machen sich Gedanken über die Weiterentwicklung der Schule, bringen sich bei Elternabenden ein. Nicht immer können wir das erwarten.~~ Wir unterstützen daher, die Entwicklung von Erziehungspartnerschaften zwischen den Schulen und Eltern, in denen sie sich über die jeweiligen Verantwortungen und Zielsetzungen zusammen mit den Kindern regelmäßig vereinbaren und austauschen. Es ist sehr wünschenswert, wenn die Rolle der Eltern über die Teilnahme an Elternabende oder Unterstützungen bei Schulfeiern u.a. hinausgeht, wir wissen aber, dass wir das nicht immer erwarten können. Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch eine begleitende Familienarbeit geholfen wird, aktive Elternarbeit machen zu können, um

Begründung

Begründung: Die Bedeutung einer „partnerschaftlichen“ Beziehung zwischen Eltern und Schule sollte betont werden. Sie ist gerade in schwierigen Fällen (zuviel oder zuwenig Sorge um die Kinder) häufig der Schlüssel zum Erfolg. Schulen sollten darin viel mehr als bisher unterstützt werden.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-073 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 72 bis 77:

wesentlich an der erfolgreichen Bildung ihrer Kinder beteiligt. Sie sind idealerweise beteiligt, arbeitenwirken eng an der Gestaltung der Schule mit, unterstützen bei Schulfeiern, machen sich Gedanken über die Weiterentwicklung der Schule, bringen sich bei Elternabenden ein. Nicht immeralle können wir das erwarten dies leisten. Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch eine begleitende Familienarbeit geholfen wird und Familien durch Bildungsbegleiter*innen empowert werden, aktive Elternarbeit machen zu können, um nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die Familie dort abzuholen, wo sie ist. Wir sind uns bestehender innerschulischer Hierarchien bewusst, wollen sie abbauen und Erziehungs- und Bildungspartnerschaft in Schule lebendig machen.

Begründung

Eine Erwartungshaltung von einem diffusen "uns" an die Eltern entspricht nicht Vorstellungen von Gleichberechtigung und Partizipation. Auch Elternarbeit ist nicht einspurig die Arbeit von Schulen an Familien, sondern umfasst unter anderem auch die Mitwirkungsrechte der Eltern an Schulen. Erziehungs- und Bildungspartnerschaft ist aus Sicht der Kinder und Familien ein zentraler Baustein für gelingende schulische Bildung.

L-01-075 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 74 bis 76:

machen sich Gedanken über die Weiterentwicklung der Schule, bringen sich bei Elternabenden ein. ~~Nicht~~ Umso wichtiger ist es, dass durch sozial durchmischte Schulen Elternarbeit an allen Schulen möglich ist, denn nicht alle Eltern können das immer leisten und nicht immer können wir das erwarten. Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch eine begleitende Familienarbeit geholfen wird, aktive Elternarbeit machen zu können, um

Begründung

Hier muss betont werden, dass es im Kern eine soziale Frage ist, nicht alle Eltern können gleichermaßen an der Schule mitwirken. Das ist ein Grund für uns, für eine sozial diverse Schule einzutreten.

Antragsteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Robin Völker (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Arno Hoffmann (KV Neukölln)

L-01-080 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familien

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 79 bis 81 einfügen:

ansetzen. Das Berliner Schulsystem kämpft mit einem dramatischen Mangel an Lehrkräften, viele Gebäude sind marode, von Chancengerechtigkeit und Inklusion kann für viele Kinder und Jugendliche keine Rede sein. Wir haben unser Ideal guter Bildung vor Augen, wissen aber, dass es vieler

Begründung

mündlich

L-01-082 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 81 bis 83 einfügen:

keine Rede sein. Wir haben unser Ideal guter Bildung vor Augen, wissen aber, dass es vieler kleiner Schritte, aber auch einiger grundlegender Reformen, bedarf, um Dinge zu verbessern. Der Weg zu konkreten Maßnahmen beginnt mit dem Betrachten der realen Situation in den Schulen Berlins.

Begründung

Um Schule nach unseren Idealen und Vorstellungen zu gestalten und zu verändern, sind kleine Schritte wichtig, reichen aber nicht aus. Die Formulierung suggeriert, dass große Reformen nicht notwendig seien. Wir möchten jedoch klarstellen, dass wir uns davor nicht scheuen und bereit sind für grundlegende Veränderungen zu kämpfen.

L-01-084 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 84:

~~Berliner Schulen im permanenten Ausnahmezustand~~

Berliner Schulen brauchen Unterstützung und eine andere Schulpolitik

L-01-085 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 85 bis 86 einfügen:

In Berlin leisten Tausende von Lehrer*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, pädagogische Unterrichtshelfer*innen, Betreuer*innen, Schulhelfer*innen, Schulleiter*innen und Mitarbeiter*innen der Schulaufsicht tagtäglich einen großartigen Job. Sie arbeiten voller Leidenschaft, Empathie und Fürsorge für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt

Von Zeile 88 bis 89:

auch für die Startchancen ins Leben der einzelnen Schüler*innen. Doch wer in Berlin Lehrer*inPädagog*in ist, sieht sich jeden Tag einer Vielzahl von Widerständen ausgesetzt.

Begründung

Das ist die gesamte Aufzählung von pädagogischem Schulpersonal. Nicht nur Lehrer*innen leisten gute Arbeit.

L-01-089 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 88 bis 89:

auch für die Startchancen ins Leben der einzelnen Schüler*innen. Doch wer in Berlin Lehrer*in ist, sieht sich jeden Tag einer Vielzahl ~~von Widerständen ausgesetzt~~ vor großen Herausforderungen.

Begründung

Begründung: Welche „Widerstände“ gemeint sind, wird nicht klar. Daher sollte ein anderer Begriff genutzt werden. Denkbar wäre auch „Schwierigkeiten“.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-090 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 90 bis 91 löschen:

~~Das zentrale Problem der Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen Ebenen.~~ Seit Beginn der internationalen und nationalen Vergleiche von Schülerleistungen ist deutlich

Begründung

Pauschalisierungen dieser Art sind unangemessen und dazu geeignet, Menschen herabzuwürdigen. Darüber hinaus ist eine Leistungsdefinition ausschließlich anhand dieser Studien zumindest unvollkommen.

L-01-090-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 90 bis 91:

~~Das zentrale Problem~~ Die Grenzen der ~~Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen~~
~~Ebenen~~ Aussagekraft von aktuellen Studien zu Schüler*innenleistungen sind uns bewusst. Häufig
werden hier wichtige soziale Komponenten der schulischen Bildung vernachlässigt. Dennoch geben
die Studien Anhaltspunkte zur Verbesserung von Schule, die wir nutzen wollen.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-090-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 90 bis 91:

Das zentrale Problem der Berliner Schule ist ~~seine Leistungsschwäche~~ auf allen Ebenen, dass die Frage nach der Verantwortung für die eigene Leistung nicht im Mittelpunkt steht. Seit Beginn der internationalen und nationalen Vergleiche von Schülerleistungen ist deutlich

L-01-091 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 90 bis 95:

Das zentrale Problem der Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen Ebenen. Seit Beginn der internationalen und nationalen Vergleiche, welche wir durchaus kritisch sehen, von ~~Schülerleistungen~~ Schüler*innenleistungen ist deutlich geworden, dass Berliner Kinder und Jugendliche in allen Schulformen schlechter abschneiden. Besonders gravierend ist, dass Kinder und Jugendliche mit so genanntem Migrationshintergrund seit Jahrzehnten schlechtere ~~Ergebnisse~~ Bewertungen bei gleicher Leistung erhalten und ~~Abschlüsse haben~~ die Schulen ohne Abschluss verlassen. Die neuesten Ergebnisse der IQB-Studie sind besonders im Hinblick auf die Schwächsten in Berlin alarmierend: Gerade die

L-01-093 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 92 bis 94 einfügen:

geworden, dass Berliner Kinder und Jugendliche in allen Schulformen schlechter abschneiden. Besonders gravierend ist, dass arme Kinder und Jugendliche mit so genanntem Migrationshintergrund seit Jahrzehnten schlechtere Ergebnisse und Abschlüsse haben. Die neuesten Ergebnisse der

Begründung

Diese minimalinvasive Änderung führt dazu, die beiden zentralen benachteiligten Gruppen an dieser Stelle zu nennen.

L-01-101 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 100 bis 101 einfügen:

Eine Gesamtstrategie in diesem Sinne zur Qualitätssicherung von Schule gibt es in Berlin bisher nur in Ansätzen. In deren Mittelpunkt muss die Unterrichtsqualität in allen Schulen aller Schulformen stehen. Die Schulform selber sichert sie nicht, die zentrale Rolle dafür kommt vielmehr den Pädagog*innen zu.

L-01-111 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 110 bis 113 einfügen:

mehr Kinder in die Schulen kommen werden, dass Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Auch bei Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen herrscht Fachkräftemangel. Die Schulen beteiligen sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. ?S. 3: In den Zeilen 111/112 den Satz: Die Schulen beteiligen sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. streichen oder erklären.

Begründung

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-111-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 110 bis 115:

mehr Kinder in die Schulen kommen werden, dass Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Auch bei Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen herrscht Fachkräftemangel. ~~Die Schulen beteiligen sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. Was wir nun brauchen, sind kurzfristige Lösungen, um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden.~~

Die Senatsverwaltung muss Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Fachkräfte auch in Schulen ausgebildet werden können. Was wir nun brauchen, sind kurzfristige Lösungen, um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden.

Begründung

Die bisherige Formulierung klingt so, als würden sich die Schulen dagegen wehren.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-114 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 113 bis 115 löschen:

kurzfristige Lösungen, um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. ~~Der akute Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerzustand werden.~~

Begründung

Dieser Streichantrag ist einer derjenigen, die versuchen, den Antrag sprachlich "abzurüsten". Ausnahmezustand, Krieg, Notstand etc. sind im pädagog*ischen Kontext eine vollkommen unangemessene Wortwahl, um die Realität zu beschreiben und klare Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

L-01-118 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 117 bis 120:

Containern unterrichtet werden, Toiletten sind unbenutzbar, durch die Fenster zieht es in die Klassenzimmer, von den Decken bröselt der Putz, von Barrierefreiheit wenig zu sehen. Guter Unterricht ist, eine kreative Entwicklung und gelingender Ganzttag sind unter diesen Bedingungen kaum möglich. Und das ist nur die eine Hälfte des Problems der Herausforderung. Denn Berlin wächst, immer mehr Kinder kommen in die Schule. Es ist höchste Zeit, dass wir Geld in die Hand nehmen und

Begründung

Ein umfassenderer Bildungsbegriff sollte sich nicht auf "Unterricht" beschränken; zudem sind nach Berlin kommende Kinder nicht die zweite Hälfte eines Problems. Herausforderung ist hier noch die maximal zu verwendende Begrifflichkeit.

L-01-120 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 119 bis 121 einfügen:

Bedingungen kaum möglich. Und das ist nur die eine Hälfte des Problems. Berlin wächst, immer mehr Kinder kommen in die Schule. Es ist höchste Zeit, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen und die Strukturen so aufstellen, dass bestehende Schulen saniert und neue Schulen zügig gebaut

L-01-123 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 123 bis 125 löschen:

~~Auch die Spaltung zwischen und innerhalb von Schulen bereitet uns große Sorge – sowohl innerhalb von Bezirken als auch berlinweit. Von Chancengerechtigkeit kann häufig kaum die Rede sein.~~

Begründung

Der Satz ist unverständlich und auch nicht notwendig. Ebenso macht die zweite Wiederholung des Satzes zur Chancengerechtigkeit den Antrag weder glaubwürdiger noch verständlicher.

L-01-123-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 123 bis 124:

Auch die ~~Spaltung~~ soziale Segregation und die soziale Entmischung

L-01-126 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 126 bis 128:

Schon in Grundschulen sind die Bedingungen sehr unterschiedlich. ~~Das liegt zum einen am Umfeld der Grundschulen, an den Kiezen und der jeweiligen Wohnbevölkerung. Aber auch daran, weil die~~ Lebensbedingungen im Umfeld der Schulen sehr unterschiedlich sind. Es liegt aber auch daran, dass der Fokus bislang nicht so gelegt wurde, dass die Schulen mit den schwierigsten

Begründung

Begründung: Die bisherige Formulierung (Das liegt am ... jeweiligen Wohnbevölkerung.) ist missverständlich. Nicht die Wohnbevölkerung ist das Problem, sondern die Lebensbedingungen.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-129 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 128 bis 130 einfügen:

dass der Fokus bislang nicht so gelegt wurde, dass die Schulen mit den schwierigsten Bedingungen die besten Ressourcen zur Verfügung haben. Mit einer Qualitätsoffensive für unsere Grundschulen wollen wir allen Kindern von Beginn ein bestmögliches Lernumfeld schaffen. In allen Schulen im Bonus-Programm müssen mindestens zwei Erwachsene im Unterricht dabei sein – es muss aber nicht immer eine zweiter Lehrer*in pro Klasse sein. Auch Förderlehrer*innen, Logopäd*innen, Therapeut*innen, Heilpädagog*innen und Psycholog*innen können die nötigen Kompetenzen mitbringen. Bei den weiterführenden Schulen ist ein regelrechter Kampf unter Eltern um die Plätze an den „guten“ Schulen Berlins entbrannt.

Begründung

Ein Problem unsere Bildungssysteme ist die Flucht von staatlichen Grundschulen. Solange es nicht gelingt die Mehrheit der staatlichen Grundschulen mindestens so gut zu machen wie freie Schule oder die Gymnasien die in der fünften Klasse beginnen, wird eine zentrale Gerechtigkeitslücke bleiben.

L-01-130 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 129 bis 131:

Bedingungen die besten Ressourcen zur Verfügung haben. Bei den weiterführenden Schulen ist ein regelrechter ~~Kampf~~ Wettbewerb unter Eltern um die Plätze an den „guten“ Schulen Berlins entbrannt. Ob bei Gemeinschaftsschulen, Integrierten Sekundarschulen (ISS) oder Gymnasien – es gibt

Von Zeile 133 bis 135 löschen:

tun. Daneben gibt es Schulen, die Mühe haben, Schüler*innen anzuziehen. An diesen Schulen sammeln sich häufig Kinder, die es schwieriger haben, ~~zum Beispiel weil sie nicht die nötige Unterstützung von zuhause bekommen.~~

Begründung

Auch dieser Änderungsantrag dient der sprachlichen Abrüstung. Weder kämpfen Eltern (wie auch?) gegeneinander noch suchen wir Bündnisgrünen die Schuld in Elternhäusern.

L-01-130-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 129 bis 131 einfügen:

Bedingungen die besten Ressourcen zur Verfügung haben. Bei den weiterführenden Schulen ist ein regelrechter Kampf unter Eltern und Schüler*innen um die Plätze an den „guten“ Schulen Berlins entbrannt. Ob bei Gemeinschaftsschulen, Integrierten Sekundarschulen (ISS) oder Gymnasien – es gibt

L-01-135 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 134 bis 135 löschen:

sammeln sich häufig Kinder, die es schwieriger haben, zum Beispiel weil sie nicht die nötige
Unterstützung ~~von zuhause~~ bekommen.

L-01-136 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 136 bis 144:

Eine ~~zweite~~andere Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. In Berlins Schulen nimmt Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, ~~Alter~~ oder Behinderung zu. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem ob und welcher Religion sie angehören, ob sie behindert, arm oder reich sind, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne Kopftuch auf der Schulbank sitzen. Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen Attacken gegen ~~Lehrer*innen~~das Schulpersonal zu. So machen auch ~~Lehrer*innen~~Pädagog*innen viel zu oft Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.

Begründung

mündlich

L-01-136-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 136 bis 140:

Eine zweite Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. ~~In Berlins Schulen nimmt Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung zu.~~ Auch in Berlins Schulen wird das Klima rauer, Diskriminierung, Mobbing, Gewaltvorfälle u.a. nehmen zu bzw. werden häufiger gemeldet. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem welcher

Begründung

Begründung: Die schon bei Zeile 54 veränderte Formulierung zur Diskriminierung sollte hier nicht wiederholt werden. Er deckt auch die sehr unterschiedlichen Formen problematischer Verhaltensweisen nicht ab.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-136-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 136 bis 144:

Eine zweite Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. ~~In Berlins Schulen nimmt Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung zu. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem welcher Religion sie angehören, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne Kopftuch auf der Schulbank sitzen. Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen Attacken gegen Lehrer*innen zu. So machen auch Lehrer*innen~~
In Berlins Schulen gibt es nach wie vor Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund oder Behinderung. Lehrkräfte bewerten Schüler*innen ungerecht, weil sie muslimischen Schüler*innen oder Schüler*innen, deren Eltern keine Akademiker*innen sind, Kompetenzen und Fähigkeiten absprechen oder sogar Defizite zuschreiben. Auch machen auch Lehrer*innen of Colour / bzw. mit (zugeschriebenem) Migrationshintergrund viel zu oft Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.

L-01-140 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 139 bis 143:

Hintergrund, Alter oder Behinderung zu. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen ~~unterschiedlich, je nachdem welcher Religion sie angehören, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne Kopftuch auf der Schulbank sitzen.~~ entlang diverser Diskriminierungsmuster unterschiedlich. Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen Attacken gegen Lehrer*innen zu. So machen auch Lehrer*innen viel zu oft

L-01-144 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:

Attacken gegen Lehrer*innen zu. So machen auch Lehrer*innen viel zu oft Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.

Die Schulleiter*innen werden verpflichtet für die Lehrkräfte in den Regelklassen Fortbildungen zum sprachsensiblen Umgang mit Migrationskindern anzubieten. Für die schulinternen Fortbildungen (SchiLF) zur Inklusion eignen sich die Präsenztage, in denen Lehrer*innen zu Beginn des Schuljahres nach den Sommerferien zur Vorbereitung des Unterrichts in der Schule anwesend sein müssen.

Begründung

Sprachbewusster und sprachsensibler Umgang mit Migrationskindern muss den Tendenzen zu antiziganem und diskriminierendem Verhalten etwas entgegensetzen. Sprachsensibilisierung leistet einen Beitrag dazu, das im Berliner Schulgesetz festgeschriebene Ziel der Erziehung der Schüler*innen zum mündigen Staatsbürger umzusetzen.

L-01-144-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Bettina Jarasch und Sebastian Walter ((KV Pankow / KV Tempelhof-
Schöneberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:

Attacken gegen Lehrer*innen zu. So machen auch Lehrer*innen viel zu oft
Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.

Nur ein Bruchteil der Lehrkräfte, der Eltern sowie der Schüler*innen wagt es jedoch, sich gegen
diskriminierende Benachteiligungen und Demütigungen zu wehren. Dies hat aber Konsequenzen:
Diskriminierungserfahrungen wirken sich nicht nur negativ auf die körperliche und seelische
Gesundheit aus. Bei den Schüler*innen gefährden sie auch Lernerfolge, Bildungschancen und den
Umgang im Schulalltag. Es gibt viele gute Projekte, aber keinen systematischen Umgang mit
Diskriminierung. Vielerorts fehlen klare Interventions- und Beschwerdestrukturen und eine Strategie
für den Umgang mit Vielfalt.

L-01-145 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 145 bis 146:

~~Diese Spaltungen wollen wir überwinden – sowohl die Spaltung zwischen den Schulen als auch die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen.~~

Die institutionelle, aber auch direkte Diskriminierung möchten wir an Schulen überwinden, indem Themen wie „rassismuskritische Pädagogik“, „Pädagogik der Vielfalt“ bzw. „Diversity Education“ bereits während des Lehramtstudiums, aber auch nach der Ausbildung im Rahmen von Weiter- /Fortbildungen von Lehrkräften verpflichtend werden.

L-01-146 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jonas Krone (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 145 bis 146 einfügen:

Diese Spaltungen wollen wir überwinden – sowohl die Spaltung zwischen den Schulen als auch die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen.

Schule soll ein Ort frei von Angst sein. Gewalt und Mobbing an Schulen wollen wir deshalb entschieden entgegentreten. Dazu wollen wir zusammen mit Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen eine berlinweite Strategie gegen Mobbing und Gewalt entwickeln und an den Schulen, in den Bezirken und im Land konsequent umsetzen.

Begründung

Wir brauchen endlich eine Anti-Mobbing-Strategie.

L-01-146-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 145 bis 146 einfügen:

Diese Spaltungen wollen wir überwinden – sowohl die Spaltung zwischen den Schulen als auch die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen. Unser Ziel ist es, das Recht auf diskriminierungsfreie Bildung sicherzustellen. Wir wollen, dass an jeder Berliner Schule eine demokratische Schulkultur und ein wertschätzendes Schulklima möglich wird.

L-01-147 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 147 bis 148:

Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. ~~Diese~~ Denn diese Zukunft ist auch digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und

Von Zeile 157 bis 159 einfügen:

Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet, und sie in die Lage zu versetzen, diese Zukunft zu gestalten. Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den

Begründung

Ob der Satz "Diese Zukunft ist digital." semantischen Sinn hat, will die AG nicht beurteilen; aber in jedem Fall trifft die Ausschließlichkeit nicht zu. Daher die Relativierung.

L-01-147-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 147 bis 160 löschen:

~~Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und schnelles Internet. Alle Schulen müssen WLAN in ihren Gebäuden bekommen. Weiter geht es mit der „Hardware“. Wenn noch nicht mal der Kopierer funktioniert, ist an eine gute Ausstattung mit Computern nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht von den Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige Personal fehlt. Es ist Lehrkräften nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den Augen zu verlieren.~~

Begründung

S. 4: Die Zeilen 147 – 160 („Nicht zuletzt...“) sollten aus Platzgründen ganz gestrichen werden, das Thema kommt hinten noch einmal.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-147-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 147 bis 149:

~~Nicht zuletzt~~ Momentan sind sind Berlins Schulen nicht auf die Gegenwart und noch weniger auf die Zukunft vorbereitet: Der Anteil von Kindern und Jugendlichen übersteigt in vielen Innenstadtbezirken bereits jetzt die 50 Prozent. ~~Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht~~ Und auch in Digitalisierung müssen wir investieren. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und schnelles Internet. Alle Schulen müssen WLAN in ihren Gebäuden bekommen. Weiter geht es mit

Von Zeile 151 bis 160:

mit Computern nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht von den Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige IT-Personal fehlt. Es ist Lehrkräften nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. ~~Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum~~ Digitale Medien sind zur Qualitätssteigerung im Rahmen der Unterrichtsgestaltung sinnvoll einzusetzen. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. So muss Schule auf kritischen Umgang mit Medien und Medieninhalten vorbereiten. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. ~~Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet.~~ ~~Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den Augen zu verlieren.~~

L-01-147-4 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 147 bis 160:

~~Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und schnelles Internet. Alle Schulen müssen WLAN in ihren Gebäuden bekommen. Weiter geht es mit der „Hardware“. Wenn noch nicht mal der Kopierer funktioniert, ist an eine gute Ausstattung mit Computern nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht von den Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige Personal fehlt. Es ist Lehrkräften nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große Chancen, aber auch Risiken mit sich. – und eigentlich auch nicht auf die Gegenwart – vorbereitet. Diese Zukunft ist digital, Berlins Schulen sind es nicht. In den meisten Schulten gibt es noch nicht einmal einen Internet-Zugang und WLAN mit ausreichender Kapazität, wie sie für flächendeckende Nutzung digitaler Medien benötigt werden. An eine gute Ausstattung mit Computern ist ebenfalls nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht und zuhause von den Schüler*innen und Lehrkräften genutzt werden könnten. Auch das für die Wartung von Hard- und Software nötige Personal fehlt. Lehrer*innen müssen digitale Arbeitsmittel und -methoden beherrschen, es ist ihnen aber nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass fach- und allgemeinpädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung bringt große Chancen für die Schule ebenso wie für die Gesellschaft, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den Augen zu verlieren.~~

Begründung

Ich würde diesen Absatz nicht weglassen. Er ist größtenteils nicht redundant. In diesem Kapitel werden ja Defizite der Schule benannt, weiter hinten geht es Maßnahmen, die getroffen werden sollen.

Die Änderungen machen genau dies noch etwas deutlicher und dienen ansonsten der Präzisierung und Kürzung des Textes.

Die Aussagen beginnend mit "Digitalisierung muss Pädagogik folgen..." gehören tatsächlich in den hinteren Teil und sind dort (zumindest mit meine Ergänzungen) bereits ausreichend ausgeführt.

L-01-149 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 148 bis 150:

digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und schnelles Internet. Alle Schulen müssen belastbares WLAN ~~in ihren Gebäuden~~ im gesamten Gebäude bekommen. Weiter geht es mit der „Hardware“. Wenn noch nicht mal der Kopierer funktioniert, ist an eine gute Ausstattung

L-01-155 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Björn Simon Selle (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 154 bis 156 einfügen:

pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik folgen, nicht andersherum.

Allerdings dürfen wir nicht dem Trugschluss unterliegen, Digitalisierung als ein rein technisches Problem zu begreifen. Unsere bisherige Vorstellung von einer geregelten, klaren Arbeitswelt wird an ihr zerbrechen. Sie wird uns mehr freie Zeit zur Verfügung stellen, die wir zur Selbstverwirklichung nutzen können. Sie fordert damit unser bisheriges Belohnungssystem heraus, welches auf extrinsischer Motivation beruht und schon in der Schule als Leitbild dient. In einer mehr und mehr digitalisierten Welt findet dieses System endgültig keine Existenzberechtigung mehr. Berlin muss sohin neue Wege einschlagen. Schule lege daher den Schwerpunkt darauf, die intrinsische zu fördern und folglich zum bestehen im digitalen Wandel befähigen.

Ob wir nun die Automation gebrauchen, neue Freiheiten zu erlangen oder zu von Reizen überfluteten, motivationslosen Datenstränge verkommen - Wir stehen an einem Wendepunkt. Eine moderne Schule bietet die Grundlage, diesen Kampf zu unseren Gunsten zu entscheiden.

Begründung

Wir sollten uns nicht verschrenken, sondern mal groß denken! Wir haben im Zuge der Digitalisierung die Chance, Utopien zu entwickeln und auf diese hinzuarbeiten. Eine Dystopie gibt es auch ohne unser Zutun. Wenn Arbeitsplätze durch Digitalisierung abgeschafft werden, müssen die Menschen darauf vorbereitet werden, künftig ihren Tag aus eigener Motivation heraus zu gestalten, ohne dass der Halbe für Lohnarbeit aufgewendet wird.

L-01-156 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 155 bis 158:

folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit ~~Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt Erfahrungen im echten Leben.~~ Datenschutz und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große

L-01-156-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Arndt Adler (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 155 bis 158 löschen:

folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit
Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. ~~Kein Tablett ersetzt Erfahrungen
im echten Leben.~~ Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die Zukunft vorzubereiten,
die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große

Begründung

Der Satz ist unnötig kontrovers. Es wird ohne Notwendigkeit die Nutzung von Tablets als nicht
selbstverständlicher und klar abtrennbarer Bereich gegenüber einer vermeintlichen Realität
dargestellt.

L-01-176 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 175 bis 179:

mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ oder „Deutsch als Fremdsprache“ haben wir ebenfalls den Weg in den Berliner Schuldienst geebnet. Darüber hinaus wollen wir stärker den Quereinstieg für „verwandte Berufsgruppen“ wie Kindheitspädagog*innen öffnen. Auch wollen wir schneller ausländische Abschlüsse anerkennen. Für nötige Prüfungen dafür wollen wir die Kosten übernehmen. ~~Entsprechende Sprachkenntnisse~~Sprachkenntnisse, mindestens C1 GER, müssen vor Beginn des Dienstes in der Schule nachgewiesen werden, dies kann aber auch nach der Anerkennung der Qualifikationen erfolgen.

Von Zeile 184 bis 186 löschen:

direkt über das Geld verfügen können, haben sie mehr Möglichkeiten, auch kreative Lösungen zu finden: jemand, der beim Kopieren ~~oder als Klausuraufsicht~~ unterstützt, braucht keine pädagogische Ausbildung, entlastet das Lehrpersonal aber dennoch.

L-01-181 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Manuel Honisch (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 180 bis 182:

Die Möglichkeit, auch mit nur einem Fachgebiet in den Schuldienst einzusteigen, wollen wir stärker bewerben, ~~samt Möglichkeit.~~ Damit verbunden muss ein verbindliches Angebot zur ~~späteren~~ Nachqualifizierung Nachqualifizierung in einem zweiten Fach sein. Wenn Stellen nicht besetzt werden können, wollen wir das Geld direkt den Schulen zur Verfügung stellen, damit

Begründung

Lehrkräfte mit nur einem Fach werden deutlich schlechter bezahlt als jene mit zwei Fächern. Wenn die Nachqualifizierung nicht verbindlich ist, besteht die Gefahr, dauerhaft Lehrkräfte "zweiter Klasse" an den Berliner Schulen zu schaffen. Der gerade erst errungene Erfolg, dass alle Lehrkräfte gleich bezahlt werden mit E13, würde dadurch zunichte gemacht. Im schlimmsten Fall könnte es für den Senat attraktiv werden, diese Einfachlehrkräfte in großer Zahl einzustellen, statt sich um voll ausgebildete Lehrkräfte zu bemühen. Denn so ließe sich Geld sparen, auf Kosten der Qualität der Schule und auf Kosten der Beschäftigten.

L-01-185 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 184 bis 186 löschen:

direkt über das Geld verfügen können, haben sie mehr Möglichkeiten, auch kreative Lösungen zu finden: jemand, der beim Kopieren ~~oder als Klausuraufsicht~~ unterstützt, braucht keine pädagogische Ausbildung, entlastet das Lehrpersonal aber dennoch.

Begründung

Die Begleitung bei Klausuren und Prüfungen gehört zum Kernbereich pädagogischer Arbeit.

L-01-193 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 192 bis 194 einfügen:

wäre. Es muss deshalb unser Ziel sein, dass insbesondere diese Schulen für Menschen, die ein Lehramtsstudium absolviert haben, attraktiv sind, z.B. durch Reduzierung der Pflichtstundenzahl, damit sich hier der Bedarf an Quereinsteiger*innen im Rahmen hält. Bei Neueinstellungen wollen wir erreichen, dass

L-01-196 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 195 bis 196 einfügen:

Quereinsteiger*innen zunächst an den Schulen eingestellt werden, an denen es bislang wenige Quereinsteiger*innen gibt.

Alle befristeten Willkommenslehrkräfte sind sofort zu entfristen. Sie sind ein unabdingbarer Bestandteil der Durchgängigen Sprachbildung in multiprofessionellen Klassenteams zur Integration geflüchteter, traumatisierter Migrationskinder in das Bildungssystem. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Integration und zur inklusiven Bildung der Migrationskinder.

Lehrer*innen ohne volle Lehrbefähigung (LoVL) muss die Möglichkeit gegeben werden, sich mittels Fort- und Weiterbildung (Training-on-the-Job) so fortzubilden, dass sie die volle Lehrbefähigung und das gleiche Lehrergehalt erhalten wie mittels 1./2. Staatsexamen eingestellte Lehrer*innen. Voraussetzung dafür ist am Ende der Weiterbildung eine Unterrichtslehrprobe, die von der Schulleitung und der Schulaufsicht begutachtet und bewertet wird.

Begründung

Es gibt aktuell ca. 800 befristete Arbeitsverträge sowie hunderte Kettenverträge lt. Mitteilung der GEW vom August 2018. Die Senatsverwaltung für Bildung hat bereits am 30.5.2017 an den GEW-Landesverband geschrieben, dass die Willkommenslehrkräfte, Zitat „in Kürze auf Grund der durch die Schulleitung festgestellten positiven Prognose einen unbefristeten Arbeitsvertrag als LovL unterschreiben.“ Diese nach wie vor bestehenden prekären Arbeitsverhältnisse der Willkommenslehrkräfte, z. T. nach Jahren der Beschäftigung sind ein bildungspolitischer Missstand sondergleichen!

Viele Willkommenslehrer*innen haben bereits an diversen Fortbildungen z. B. Jahresfortbildungen vom LISUM teilgenommen und sich weiterqualifiziert.

- Jahreskurs für Lehrkräfte, die in Willkommensklassen unterrichten
- Alphabetisierungskurs für Lehrkräfte, die nicht alphabetisierte Schüler unterrichten
- Kompaktkurse zum individuellen Lernen für Willkommensklassen
- Fachtagung für das pädagogische Personal in Willkommensklassen
- E-Learning-Kurs für Lehrkräfte zur Arbeit in Willkommensklassen sowie zur Begleitung des Übergangs in das Regelsystem
- Willkommen in der Regelklasse – Fortbildung für Lehrerteams aus Willkommens- und Regelklassen
- Gestaltung von Brückenkursen – sprachliche Förderung nach dem Übergang in die Regelklassen
- Fortbildung, mit dem Schwerpunkt Verknüpfung von sprachlichen und fachlichem Lernen in Willkommensklassen

Anhand dieser Aufzählung sollte ersichtlich werden, dass die Kolleginnen umfassend qualifiziert sind und es keinen Grund gibt, sie weiterhin prekär zu beschäftigen.

Willkommenslehrkräfte leisten seit Jahren nachweislich einen hohen qualifizierten, sprachsensiblen, pädagogischen Beitrag zur Integration von geflüchteten, traumatisierten Migrationskindern, der gekennzeichnet ist von Empathie. Elternarbeit und niedrigschwelliger Sozialarbeit, Krisenmanagement bezogen auf unsichere, existenziell bedrohte Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Eltern müssen bewältigt werden, weil sie unmittelbare Auswirkungen auf den Schulalltag und die psychische Verfassung der Kinder haben.

DaZ-Qualifikation und didaktische Sprachvermittlung, vorschul- und schulpädagogisches sowie entwicklungspsychologisches KnowHow, Kompetenz von eigenem Sprachhandeln zur systematischen, individualisierten Sprachunterstützung im Unterricht, Anwendung sprachsensibler Unterrichtspraktiken an ausgewählten Lerninhalten und sprachsensibles Unterrichten im Deutsch- Mathematik- und Sachunterricht sind wesentliche Bestandteile der Qualifikation von Willkommenslehrkräften. Insbesondere sind diese Kompetenzen bei traumatisierten Willkommenskindern unabdingbare Voraussetzung für den Lern- und Entwicklungsfortschritt dieser Willkommenskinder.

Mit multiprofessionellen Klassenteams gibt es bereits positive pädagogische Erfahrungen (z.B. Heinz-Brandt-Schule Berlin. <https://library.fes.de/pdf> „DaZ-Zentren Flensburg in Schleswig-Holstein“). Diese schulische Organisationform kommt nicht nur den geflüchteten Kindern zugute, sondern allen Schüler*innen in einer Schule.

Es kann nicht sein, dass die Senatsverwaltung, der Personalrat und die GEW eine berufsständische Interessenvertretung wahrnehmen, indem sie andere in der Lebensbiografie erworbene Qualifikationen nicht anerkennen.

L-01-197 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Stefanie Remlinger (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 197 bis 202:

~~Wir wollen eine weitere Möglichkeit nutzen, qualifiziertes Personal an Berliner Schulen zu bekommen: Wenn sich für ausgewählte Schulen mit besonderem Fachkräftemangel und hohem Anteil von Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien genügend voll qualifizierte Lehrkräfte melden, um die Lehrkräfteausstattung auf 110 Prozent zu steigern, werden diese zusätzlichen zehn Prozent der Schule zur Entlastung des Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate) zur Verfügung gestellt.~~

Für unsere schwierigsten Schulen erproben wir ein völlig neues Instrument der Lehrkräftegewinnung: Das Lehrkräfte-Crowdfunding: Der Senat soll gemeinsam mit ausgewählten Schulen mit besonderem Fachkräftemangel einen bundesweiten Pitch ausloben, um jeweils eine qualifizierte und motivierte Gruppe von Lehrkräften zu gewinnen. Denn wir brauchen Pädagog*innen, die Lust und Ehrgeiz haben, gerade an solchen Schulen etwas zu bewegen. Als Anreiz wird vereinbart, dass alle zusätzlichen gewonnenen Lehrkräfte zur Entlastung des ganzen Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate) zusätzlich eingesetzt werden.

Begründung

So versteht man unsere Idee besser, dass es um ein neues Instrument geht mit dem wir uns auch innovativ von den Debatten um Zwangsversetzungen von Lehrkräften in schwierigste Schulen absetzen, wissend, dass das den Kindern wenig helfen würde.

L-01-202 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 201 bis 202 einfügen:

zehn Prozent der Schule zur Entlastung des Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate) zur Verfügung gestellt. Unser Ziel ist es, die Unterrichtsverpflichtung dauerhaft abzusenken. Personalaufbau und Qualitätsverbesserungen gehen Hand in Hand.

Begründung

Dieser Ergänzung als generelles Ziel ist zugleich die Erklärung von "Stundendeputaten" und erleichtert somit die Verständlichkeit des Antrags an dieser Stelle.

L-01-202-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 201 bis 202 einfügen:

zehn Prozent der Schule zur Entlastung des Kollegiums (kleinere Klassen, geringere Stundendeputate)
zur Verfügung gestellt. [Wir halten auch am Ziel von Doppelsteckung zur gelingenden
Binnendifferenzierung fest.](#)

Begründung

Unterstützer*innen:

Philipp Evenburg, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Anne Geib de Gruttadauria, KV Neukölln
Heiko Glawe, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
Friedel Grützmaker, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
Christiane Heider, KV Reinickendorf
Dr. Christian Hoffmann, KV Neukölln
Jörn Jensen, KV Mitte
Bernadette Kern, KV Marzahn-Hellersdorf
Heiner von Marschall, KV Reinickendorf
Oliver Münchhoff, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
Dr. Claudia Schlaak, KV Treptow-Köpenick
Bernd Schwarz, KV Reinickendorf
Inka Seidel-Grothe, KV Marzahn-Hellersdorf
Silas Theile, KV Neukölln
Dr. Petra Vandrey, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
Karin Volkmann, Kreisverband Reinickendorf
Christoph Wapler, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
Martina Zander-Rade, KV Tempelhof-Schöneberg

Begründung:

Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin folgen der Vision einer Schule, die der Fortschreibung von
Bildungsungleichheit entgegenwirkt und ungleiche Bildungsfähigkeiten, die schon bei Schulbeginn
vorliegen, aktiv ausgleicht. Praktisch bedeutet dies, auf die Schüler*innen individuell einzugehen. Dies
wird in den meisten Klassen langfristig am besten gelingen, wenn zwei Pädagog*innen in jeder Klasse
die Schüler*innen begleiten und unterrichten.

L-01-203 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 203 bis 204 löschen:

Entlastung wollen wir auch schaffen, indem wir den Aufbau von ~~so genannten~~ „multiprofessionellen Teams“ schneller vorantreiben. Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen

Begründung

S.5: In Zeile 203 soll das „so genannte“ vor „multiprofessionelle Teams“ gestrichen werden.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-205 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 204 bis 207:

„multiprofessionellen Teams“ schneller vorantreiben. Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen sind ~~ohnein~~ ein großer Gewinn für Schulen ~~und entlasten gleichzeitig Lehrkräfte~~. Wir setzen uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen von mindestens einer Vollzeitstelle pro Schule ein. Gleiches gilt z.B. für Techniker*innen und Verwaltungsstellen, die Lehrkräfte von organisatorischen Arbeiten entlasten. Auch hier

Begründung

Erzieher*innen und Lehrer*innen sind grundsätzlich gleichberechtigte Pädagog*innen in einer Schule. Ihre Arbeit bedingt einander. Es ist nicht Aufgabe der Erzieher*innen die Lehrer*innen zu entlasten. Diese Hierarchisierung ist unangemessen.

Die Forderung nach mindestens einem VZÄ pro Schule deckt ausdrücklich nicht den Bedarf, den wir bei wenigstens einem VZÄ pro 120 Schüler*innen sehen; im Angesicht des erheblichen und mittelfristig anhaltenden Fachkräftemangels hat eine Grundausrüstung die höhere Priorität.

L-01-206 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 205 bis 207 einfügen:

sind ohnehin ein großer Gewinn für Schulen und entlasten gleichzeitig Lehrkräfte. Wir setzen uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen ein. Perspektivisch ist der Bedarf aber höher und muss abgedeckt werden.

Die Anzahl der Sozialarbeiter*innenstellen soll sich aus dem Bedarf der Schüler*innenschaft ergeben.

Gleiches gilt z.B. für Techniker*innen und Verwaltungsstellen, die Lehrkräfte von organisatorischen Arbeiten entlasten. Auch hier

Begründung

Dieser ÄA soll auf dem zu diesem Abschnitt gestellten ÄA der AG Kinder, Jugend und Familie, welchen wir unterstützen, anschließen und ihn ergänzen.

L-01-206-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 205 bis 207 einfügen:

sind ohnehin ein großer Gewinn für Schulen und entlasten gleichzeitig Lehrkräfte. Wir setzen uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen ein. Sie sind auch fester Bestandteil des multiprofessionellen Teams jeder Schule. Den Bedarf an Schulsozialarbeit alleine an den Faktoren Lernmittelfreiheit und "nichtdeutscher Herkunftssprache", die eine an sich problematische Kategorisierung darstellt, festzumachen, verkehrt daher den Anspruch der Schulsozialarbeit. Denn Schulsozialarbeiter*innen sind für alle Schüler*innen und Familien, unabhängig von sozialer Herkunft und der Familiensprache da. Sie beraten, begleiten und unterstützen das Kollegium, die Familien und Schüler*innen. Aber die Vielzahl von intransparenten Finanzierungsmodellen (Bonusprogramm, School turnaround usw.) sorgen für prekäre und unsichere Arbeitsplätze. Daher setzen wir uns dafür ein, dass jede Schule mit Schulsozialarbeiter*innenstelle (keine Zwangsteilzeitstellen) entsprechend des Bedarfs ihrer Schüler*innen ausgestattet werden. Weiter werden wir uns dafür einzusetzen, dass dabei alle Arbeitsverträge entfristet werden und damit die Prekarität von Schulsozialarbeiter*innen endlich ein Ende findet.

L-01-208 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 207 bis 209 einfügen:

und Verwaltungsstellen, die Lehrkräfte von organisatorischen Arbeiten entlasten. Auch hier wollen wir langfristig eine bessere Ausstattung von Schulen ermöglichen. Dazu werden wir uns dafür einsetzen, dass unabhängig von der Schulform alle Schulen mit mindestens einer Vollzeitstelle im Schulsekretariat als Grundausrüstung ausgestattet wird

L-01-210 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 209 bis 216:

Professionen mit einem „kindnahen“ Tätigkeitsbereich können hilfreich sein, ebenso Künstler*innen, wenn sie einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen haben. ~~Entlastung ist auch möglich, wenn die Auswertung der zentralen Prüfungen und Vergleichsarbeiten nicht von den Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müsste. Wichtig ist, dass wir hier keine prekären Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und gleichzeitig zur Entlastung des pädagogischen Personals beitragen. Ebenso sollte geprüft werden, ob die Entwicklung von Beispiel-Curricula auf der Grundlage der neuen Lehrpläne in den Schulen Anklang fände.~~

Entlastung ist auch möglich, wenn die Auswertung der Lernausgangslagen und Vergleichsarbeiten nicht von den Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müssten. Wichtig ist, dass wir hier keine prekären Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und gleichzeitig zur Entlastung des pädagogischen Personals beitragen. Ebenso sollte geprüft werden, ob die Entwicklung von Beispiel-Curricula auf der Grundlage der neuen Lehrpläne in den Schulen Anklang fände.

Begründung

Bei Prüfungen die Relevanz für das Erreichen von Schulabschlüssen haben, ist es sinnvoll, dass diese von den Lehrer*innen selber korrigiert werden. In den Abschlussprüfungen gibt es schriftliche Teile. Die Lehrer*innen können bspw. die Handschrift ihrer Schüler*innen besser lesen oder Gedankengänge leichter nachvollziehen.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-212 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 211 bis 213 einfügen:

möglich, wenn die Auswertung der zentralen Prüfungen und Vergleichsarbeiten nicht von den Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müsste. Die Korrekturen müssen dennoch von ausgebildeten Personen durchgeführt werden, so könnten z.B. im Fach Deutsch die Klausuren von Germanist*innen korrigiert werden. Für diese Gruppe wären dann auch Perspektiven in der Konzeption von Lehrmaterialien oder der fachlichen Evaluation von Unterricht möglich. Wichtig ist, dass wir hier keine prekären Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und gleichzeitig zur

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-216 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 215 bis 216 einfügen:

Entwicklung von Beispiel-Curricula auf der Grundlage der neuen Lehrpläne in den Schulen Anklang fände. Dies würde die Kolleg*innen in der Entwicklung schulinterner Curricula entlasten.

Begründung

Der vorhergehende Satz ist nicht selbsterklärend.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-217 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 217 bis 218:

~~Der~~Die derzeitige ~~Ausnahmezustand~~Problemlage darf nicht zum ~~Dauerproblem~~Dauerzustand werden. Darum ist für uns klar: Nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen bleiben

Von Zeile 220 bis 222 einfügen:

alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt studieren oder in den kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir bei erfolgreichem Abschluss eine Einstellungsgarantie im Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung

Begründung

Diese Änderungsanträge haben eher redaktionellen Charakter.

L-01-217-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 217 bis 226:

~~Der derzeitige Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerproblem werden. Darum ist für uns klar: Nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen bleiben können. Zusätzlich muss die Ausstattung mit Lehrkräften schnell wieder angehoben werden. Für alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt studieren oder in den kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir eine Einstellungsgarantie im Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. Sollte dies der Fall sein, wollen wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch die Einführung von Teamzeiten anstelle der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften.~~ zu keine dauerhaften negativen Folgen haben. Darum ist für uns klar: Qualifiziertes nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen bleiben können. Qualifikationsdefizite bei den in Schnellkursen ausgebildeten Quereinsteiger*innen müssen so schnell und gründlich wie möglich ausgeglichen werden. Zusätzlich muss die Ausstattung mit Lehrkräften schnell wieder angehoben werden. Arbeit im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt

Begründung

1. Der Dauerzustand ist ja nicht wirklich zu befürchten, wohl aber dass es durch schlecht ausgebildete Lehrer*innen dauerhaft Qualitätseinbußen gibt. Daher muss dringend an Qualifikationsverbesserungen gearbeitet werden.
2. Die Einstellungsgarantie ist krass kontraproduktiv. a) Welcher Typ von Mensch wird denn dadurch angezogen? Wollen wir wirklich bevorzugt Lehrer*innen an den Schulen haben, denen es in erster Linie auf die sichere Stelle ankommt? Dass derzeit Leute hauptsächlich durch Geld angelockt werden, ist in dieser Hinsicht schon heikel genug. b) Die Qualität der Schule wird nie besser sein als die Qualität des Personals. Wir brauchen in erster Linie gute Lehrer*innen. Es kann daher nicht angehen, dass Leute nur deshalb eingestellt werden, weil sie zu ein bestimmtem Zeit an einem bestimmten Ort ein bestimmtes Studium begonnen haben - und dafür dann besser qualifizierte Bewerber*innen ablehnen müssen. Auch wenn wir zusätzliches Personal an den Schulen gut gebrauchen können - dann doch aber bitte die Richtigen.

Wenn die Einstellungsgarantie unbedingt drin bleiben sollte, dann bitte auf Studienabsolventen mit gutem Abschluss einschränken, um wenigstens einen gewissen Handlungsspielraum behalten zu können.

L-01-221 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 220 bis 222 einfügen:

alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt studieren oder in den kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir eine [Referendariats- und](#) Einstellungsgarantie im Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung

Begründung

Hiermit wollen wir verdeutlichen, dass auch eine Garantie auf einen Referendariatsplatz für Lehramtsstudierende sehr wichtig ist.

L-01-221-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 220 bis 222:

alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt studieren oder in den kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen; und die Prüfung bestehen, wollen wir eine Einstellungsgarantie im Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung

Begründung

Das war ja hoffentlich nur ein Versehen, die Prüfung nicht zu erwähnen.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich (KV Pankow), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-223 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 222 bis 229:

Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. ~~Sollte dies der Fall sein, wollen wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch die Einführung von Teamzeiten anstelle der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften. Arbeit im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt des Einzelkämpfer-Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so sparen Lehrkräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an anderer Stelle für die Schüler*innen einsetzen können.~~

Sollte dies der Fall sein, wollen wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch Teamzeiten und einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften auf 21 Unterrichtsstunden. Arbeit im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt des Einzelkämpfer-Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so sparen Lehrkräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an anderer Stelle für die Schüler*innen einsetzen können.

Begründung

Lehrer*innen in Berlin sind einer sehr hohen Belastung ausgesetzt, die zu einem hohen Krankenstand führt. Eine Reduzierung dieser Belastung würde daher zu deutlicher Qualitätsverbesserung führen. Es fehlt zudem oft Zeit für pädagogische Arbeit, Gespräche mit den Schüler*innen, Betreuung neuer Kolleg*innen etc. Diese Zeit kann durch die Reduktion gewonnen werden.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg)

L-01-223-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 222 bis 225:

Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. ~~Sollte dies der Fall sein, wollen~~ Dieses Potential soll in verschiedenen Bereichen genutzt werden. Natürlich muss zuerst darauf geachtet werden, dass Ausfälle vermieden werden. Die zusätzlichen Stunden könnten in vielen Klassen Doppelbesetzungen zu ermöglichen um sich intensiver um die Kinder und Jugendliche kümmern zu können. Außerdem können wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, ~~zum~~ Beispiel beispielsweise durch die Einführung von Teamzeiten anstelle der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften. Arbeit

L-01-230 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 230 bis 235 löschen:

~~Um die Ausbildung auf eine gute fachliche Grundlage zu stellen, wollen wir mit den Hochschulen Berlins in Verhandlungen treten, um den Quereinstiegsmaster noch attraktiver zu machen, zum Beispiel durch die Möglichkeiten, ihn auch in Teilzeit zu absolvieren. Generell ist uns wichtig, dass das Studium verstärkt auch moderne Unterrichtsmethoden aufgreift, die über den klassischen Frontalunterricht hinausgehen. Das gilt zum Beispiel für fächerübergreifendes Lernen oder für das Einbeziehen außerschulischer Lernorte.~~

Begründung

S.5: Die Zeilen 230 – 235 sollten im Interesse der Kürzung des Antrags gestrichen werden.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-236 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jonas Krone (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 236 bis 238:

Sowohl beim Quereinstieg als auch ~~beim regulären Lehramtsstudium wollen wir die Inhalte diversitätssensibler und rassismuskritischer gestalten~~ im regulären Lehramtsstudium wollen wir Antidiskriminierung auf den Lehrplan bringen – damit Lehrer*innen Diskriminierung in Schulen vorbeugen, erkennen und dagegen vorgehen können. Es gilt aber auch, mehr

Begründung

Die Forderung sollten wir präzisieren.

L-01-236-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 236 bis 237 einfügen:

Sowohl beim Quereinstieg als auch beim regulären Lehramtsstudium sowie bei der Fort- und Weiterbildung wollen wir die Inhalte diversitätssensibler und rassismuskritischer gestalten – damit Lehrer*innen Diskriminierung

L-01-241 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 240 bis 242:

betroffen sind. People of Color sind beispielsweise noch viel zu selten in unseren Lehrerzimmern vertreten – sie verstärkt durch ~~gezielte Kampagnen anzuwerben~~ Förderungsprogramme zu unterstützen, ist nicht nur ein weiterer Weg, unerschlossenes Potenzial zu nutzen, um dem Lehrkräftemangel entgegen zu

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-245 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 244 bis 245 einfügen:

in den Lehrerkollegien widerzuspiegeln und stellt von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Schüler*innen starke Partner*innen und Vorbilder an die Seite.

L-01-245-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 244 bis 245 einfügen:

in den Lehrerkollegien widerzuspiegeln und stellt von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Schüler*innen starke Partner*innen an die Seite. Wir werden zudem einen besseren Diskriminierungsschutz im Berliner Schulgesetz verankern und wir wollen eine niedrighschwellige, unabhängige Beschwerdestelle einrichten. Zentral ist, dass die Schulleitungen dazu verpflichtet werden, gemeinsam mit allen Beteiligten Strategien für den Umgang mit Vielfalt und gegen Diskriminierung zu entwickeln. Für diese Aufgabe wollen wir die Schulleitungen gezielt unterstützen und auch entlasten.

L-01-246 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 246 bis 252 löschen:

~~Gutes Personal gewinnen wir vor allem durch attraktive Arbeitsbedingungen. Die Bezahlung von Lehrkräften ist im Land Berlin vergleichsweise gut, dies wollen wir aber auch für andere Berufsgruppen in Schulen wie beispielsweise für Erzieher*innen erreichen. Dass angestellte Lehrkräfte gegenüber Beamten insbesondere im Hinblick auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die finanzielle Versorgung im Ruhestand noch deutlich schlechter gestellt sind, lässt sich jedoch nicht leugnen. Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile für angestellte Lehrkräfte ausgeglichen werden können.~~

Begründung

S.6: Die Zeilen 246 – 252 sollten im Interesse der Kürzung des Antrags gestrichen werden.

Begründung: Die Zeilen enthalten vieles richtiges. Wir brauchen aber dazu keine neue Beschlussfassung.

Alternative: Wenn die Zeilen nicht gestrichen werden sollen, dann müssen mindestens auf S.6 die Zeilen 251/252 wie folgt geändert werden:

Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile zuerst für alle angestellten Fachkräfte in den Schulen und dann für alle anderen angestellte Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Berlin ausgeglichen werden können.

Begründung: Solche Verbesserungen nur für die Lehrkräfte zu fordern bzw. zu „prüfen“, geht gar nicht.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra (KV Pankow), Mark Haueser (KV Stegl-Zehl), Ronald Haustein (KV Lichtenberg), Maik Hoffmann (LAG Bildung), Dirk Jordan (LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn (KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Stefanie Remlinger (KV Pankow), Pit Rulff (LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz (LAG Bildung)

L-01-248 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 247 bis 252:

Lehrkräften ist im Land Berlin vergleichsweise gut, dies wollen wir aber auch für andere Berufsgruppen in Schulen wie beispielsweise für Erzieher*innen erreichen. ~~Dass angestellte Lehrkräfte gegenüber Beamten insbesondere im Hinblick auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die finanzielle Versorgung im Ruhestand noch deutlich schlechter gestellt sind, lässt sich jedoch nicht leugnen. Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile für angestellte Lehrkräfte ausgeglichen werden können.~~ Dafür wollen wir Geld in die Hand nehmen. Verbeamtungen wollen wir weiterhin nicht.

L-01-258 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 257 bis 259 einfügen:

Lehrer*innen nach Berlin zu holen, wollen wir eine Berufseinstiegsphase ermöglichen, in der Lehrer*innen in den ersten Jahren weniger Unterrichtsverpflichtung bei voller Bezahlung haben – denn gerade in den ersten Berufsjahren ist der zeitliche Aufwand für Unterrichtsvorbereitung und das

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-258-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 257 bis 259 einfügen:

Lehrer*innen nach Berlin zu holen, wollen wir eine Berufseinstiegsphase ermöglichen, in der
Lehrer*innen in den ersten Jahren weniger Unterrichtsverpflichtung **bei vollem Lohnausgleich** haben –
denn gerade in den ersten Berufsjahren ist der zeitliche Aufwand für Unterrichtsvorbereitung und das

Begründung

Erläuterung warum die Forderung eine Entlastung darstellt.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV
Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV
Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV
Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola
Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-01-268 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 267 bis 268 einfügen:

noch ca. 60 neue Schulstandorte zu etablieren, ist ein Mammutprojekt. Dafür stellen wir in den nächsten zehn Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Dieses Geld reicht aber nicht aus. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass mehr Geld bereitgestellt wird.

L-01-268-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jutta Schmidt Stanojevic (Bezirksgruppe Frieke)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 267 bis 268 einfügen:

noch ca. 60 neue Schulstandorte zu etablieren, ist ein Mammutprojekt. Dafür stellen wir in den nächsten zehn Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Neben der großflächigen Sanierung von Schulen müssen die Schulen die Möglichkeit haben kleinere Baumaßnahmen wie Akustikmaßnahmen in Mensen usw. in Eigenverantwortung zu vergeben. Dazu ist es notwendig die finanziellen Mittel für den baulichen Unterhalt von Schulgebäuden, die die Schulen schon jetzt erhalten zu erhöhen und die Vergaberichtlinien zu vereinfachen und die personellen Voraussetzungen in den Vergabestellen zu schaffen.

Begründung

Immer noch gibt es für viele Eltern das Problem das sie nicht in der Lage sind kleinere Baumaßnahmen in Schulen selber zu organisieren weil die bürokratischen Hürden zu hoch sind. Es gibt dazu positive Beispiele.

L-01-270 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 269 bis 276 einfügen:

Schule soll ein gesunder, guter Arbeitsplatz sein. Schule im 21. Jahrhundert ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir wollen mehr Ganztagschulen und Inklusion ermöglichen – dazu müssen aber auch die Schulgebäude ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und Arbeiten, aber auch zum Essen und Ausruhen; ein Ort zur Bewegung und kreativen Entfaltung, aber auch mit reizarmen Rückzugsräumen. Die Gebäude müssen auf die Bedürfnisse der Kinder und auf unterschiedliche pädagogische Konzepte zugeschnitten werden und für die Anforderungen kommender Generationen offen sein. Von Kinder mitgestaltete Lern- und Lebensorte zeichnen sich auch eine entsprechend positive Innenausstattung aus. Diese räumliche Lernumgebung wird nicht umsonst als „Dritter Pädagoge“ bezeichnet.

Begründung

Inklusion, Kreativität und Partizipation sind auch bei Schulneubau und -sanierung zentral.

L-01-270-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 269 bis 272:

Schule soll ein gesunder, guter Arbeitsplatz sein. Schule im 21. Jahrhundert ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir ~~wollen mehr~~fordern flächendeckend kostenlose Ganztagschulen ~~ermöglichen~~ - dazu müssen ~~aber auch~~ die Schulgebäude ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und Arbeiten, aber auch zum Essen und Ausruhen; ein Ort zur Bewegung, aber auch mit

L-01-278 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 277 bis 279 einfügen:

Bei Neubauten bedeutet das, dass wir von Beginn an so planen wollen, dass Platz ist für ganztägigen und inklusiven Schulbetrieb. Die Mensen müssen darauf ausgerichtet sein, täglich für alle Kinder und das Personal ein vor Ort frisch gekochtes, warmes Mittagessen zur Verfügung

L-01-280 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 279 bis 281:

Kinder und das Personal ein vor Ort frisch gekochtes, warmes Mittagessen zur Verfügung stellen zu können. Nicht nur die Schüler*innen, auch ~~die Lehrkräfte brauchen~~ das pädagogische Personal braucht bei einem Ganztagesbetrieb mehr Rückzugsraum.

Begründung

Et encore: es geht um das gesamte pädagogische Personal.

L-01-280-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 279 bis 281 einfügen:

Kinder und das Personal ein vor Ort frisch gekochtes, warmes Mittagessen zur Verfügung stellen zu können. Möglichst alle Lebensmittel müssen regional und saisonal eingekauft werden. Außerdem soll mindestens eins der Essensangebote vegan sein. Bei Kindern mit Allergien soll die Schule Lösungen finden. Nicht nur die Schüler*innen, auch die Lehrkräfte brauchen bei einem Ganztagesbetrieb mehr Rückzugsraum.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-281 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 280 bis 281 einfügen:

stellen zu können. Nicht nur die Schüler*innen, auch die Lehrkräfte brauchen bei einem Ganztagesbetrieb mehr Rückzugsraum. Aber auch sichere Schulwege müssen bei neu entstehenden Schulen von Beginn an mitgedacht werden. Es kann nicht sein, dass durch Abstimmungsprobleme zwischen Bezirken und Verkehrslenkung Berlin Kinder unnötigen Gefahren ausgeliefert werden.

Begründung

Traurig, dass dies nicht selbstverständlich ist. Aber solange Grundschulen eröffnet werden, über den Fußgängerüberweg noch gestritten wird, ist es leider nötig.

L-01-285 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Taylan Kurt (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 284 bis 286:

individuelle Lösungen für jeden Schulstandort und dafür entsprechende Ausschreibungen und Ideenwettbewerbe. Wir Neue Schulstandorte sollen dabei nicht vorhandene soziale Infrastruktur in den Bezirken verdrängen. Ist dies aufgrund der Flächenknappheit und gesetzlicher Regelungen zur fußläufigen Erreichbarkeit von Schulen unvermeidbar, fordern wir adäquate Ersatzflächen für die von der Verdrängung betroffene soziale Infrastruktur im Sozialraum. Dafür suchen wir die besten, kreativsten Lösungen mit den höchsten ökologischen Standards. Das Gebäude selbst wollen wir so ökologisch wie möglich gestalten – aus gesunden,

Begründung

Flächen in bezirklichem Eigentum stehen unter massivem Druck durch die gesetzliche Pflichtaufgabe, neue Schulen bei weiter steigender Schüler*innenzahlen zu errichten. Hiervon ist insbesondere solche soziale Infrastruktur und entsprechende Flächen betroffen, die unter die "freiwilligen Leistungen" der Bezirke fallen. Im Bezirk Mitte wird neben dem jüdischen Krankenhaus ein Pflegeheim abgerissen, das auf bezirklichem Grund steht, da an dieser Stelle vom Bezirksamt eine neue ISS errichtet werden muss. Von dieser Entwicklung sind absehbar alle Bezirke, insb. im S-Bahnring, betroffen. Es muss sichergestellt werden, dass soziale Infrastruktur, wie z.B. Pflegeheime oder Senior*innenfreizeiteinrichtungen nicht gegen den dringend notwendigen Schulneubau ausgespielt werden.

L-01-288 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 287 bis 290:

nachhaltigen Baustoffen, mit Gründach und dezentraler Regenwasserbewirtschaftung, mit Photovoltaik, intelligenter Leittechnik, mit Fassadenbegrünung und Schulgarten. ~~Dabei~~Bei allen Neubauten soll darauf geachtet werden, dass diskriminierende Praxen nicht von der Architektur der Schulgebäude reproduziert werden. So sollen genderneutrale Toiletten gebaut werden. Wir sprechen uns hier für abgeschlossene Einzelkabinen mit kleinem Waschbecken aus. Im Schulbetrieb soll darauf geachtet werden, dass mindestens ein Toilettenraum weiterhin ein Schutzraum für Mädchen/ Frauen*, inter- und trans Kinder bleibt. Wenn Umkleiden gebaut werden ist diese Komponente mitzudenken. Wir wollen ~~wir~~-nach Hamburger Vorbild Schulen bauen, die dem gesamten Kiez offen stehen. Nicht nur die Sporthalle und der Schulhof sollen nachmittags und abends für Vereine und Menschen aus der

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-295 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 294 bis 295 einfügen:

wird. Wir wollen, dass die Menschen, die in der Nachbarschaft einer Schule leben, an ihrer Entwicklung teilhaben und Schulbauten immer mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden. Neubauten, Erweiterungen und auch zu sanierende Schulen wollen wir barrierefrei gestalten.

Begründung

Es ist die Inklusion.

L-01-295-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 294 bis 295 einfügen:

wird. Wir wollen, dass die Menschen, die in der Nachbarschaft einer Schule leben, an ihrer Entwicklung teilhaben und Schulbauten immer mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden. Es ist notwendig, die Mehrfachnutzung der Schulräume von Anfang an im Zuge der Schulsanierung und des Schulneubaus konzeptionell mitberücksichtigen.

L-01-301 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jonas Krone (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 300 bis 301 einfügen:

großen Sanierungsfälle. Die Bezirke sind weiterhin für die mittleren und kleineren Sanierungen sowie den baulichen Unterhalt der Schulen verantwortlich.

Wir finden es skandalös, dass gerade Schulen als öffentliche Gebäude viel zu häufig nicht barrierefrei sind und behinderte Schüler*innen so grundsätzlich ausgeschlossen werden. Im Zuge der großen Sanierungspläne muss Berlin hier tätig werden und die Bezirke beim Abbau von Barrieren aktiv und finanziell unterstützen.

Begründung

In einigen Stadtteilen gibt es keine einzige barrierefrei Schule. Inklusion bleibt so reine Theorie. Wenn jetzt Geld zum Bauen da ist, sollten wir es auch zur Abbau von Barrieren nutzen. Auch mit wenig Geld können beispielsweise Maßnahmen für sehbehinderte Schüler*innen unternommen werden.

L-01-317 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 317:

~~Mehr Qualität~~ Ganztag und ~~mehr~~ Chancengerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen

Begründung

redaktionell zur Änderung des folgenden Kapitels

L-01-318 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 318 bis 322:

~~Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Das geht am besten in Ganztagschulen und mit einer engen Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Dazu braucht es mehr gutes Personal, bessere Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte, einen besseren Zustand der Gebäude und eine gute sozio-kulturelle Mischung der Kinder in den Schulen. Eine gute Ganztagschule zeichnet sich nicht nur durch einen guten Unterricht aus. Lernen in einer Ganztagschule eröffnet den Schülerinnen und Schülern viele Möglichkeiten für unterschiedliche Lern- und Lebenserfahrungen, die über den täglichen Unterricht hinausgehen. Dabei werden insbesondere die emotionalen, sozialen und kognitiven Kompetenzen der Kinder gefördert und gestärkt. Wir unterstützen das Berliner Bündnis für Qualität im Ganztage und werden seine Forderung unterstützen, dass der Personalschlüssel schrittweise von derzeit 1:22 auf 1:15 (ein*e Erzieher*in für 15 Schüler*innen) verbessert wird. Die Personalausstattung ist auch hier von sehr großer Bedeutung. Nur mit einer guten Ausstattung kann auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Schüler*innen gut eingegangen werden. Lernen gelingt umso besser, wenn die Beziehungsebenen zwischen den Kindern und Jugendlichen sowie den Erwachsenen in der Ganztagschule stimmen. Dazu bedarf es ein mehr an Wahlmöglichkeiten für die Schüler*innen.~~

Die ergänzende Förderung und Betreuung ist kein Aufbewahrungsort für Kinder, sondern muss als Lern- und Aufenthaltsort für die Schüler*innen weiter an Attraktivität gewinnen. Eine ganztägig lernende Schule setzt neue Maßstäbe, die es zu verwirklichen gilt. Insbesondere die Öffnung des Nachmittagsmoduls für alle Schüler*innen an der Grundschule bietet eine Chance, den Berliner Ganztage nochmal neu zu formieren. Wir wollen den Ganztage qualitativ weiterentwickeln und gemeinsam mit allen Beteiligten Standards entwickeln, wie der Ganztage noch besser gelingen kann, um diese im Rahmen von kooperativer Schulentwicklung zu verwirklichen. Hier ist die Schulaufsicht vor Ort ebenso gefordert wie die Schulleitungen, das Schulpersonal, die freien Träger der Jugendhilfe sowie die Eltern und insbesondere die Schüler*innen. Denn der Ganztage an Schulen ist mehr als eine staatlich finanzierte Nachmittagsbetreuung. Um Schulen bei der Ganztageentwicklung besser zu unterstützen bildet der Ausbau der Serviceagentur „ganztägig lernen“ eine wichtige Stütze. Dies gilt insbesondere wenn wir die Schüler*innen in Brennpunkten stärken und fördern wollen. Die räumliche Situation ist an den Berliner Schulen dafür erheblich zu verbessern. Es muss uns in einem mehrjährigen Prozess gelingen, dass neben den Klassenräumen weitere Flächen für den Ganztage zur Verfügung stehen. Die 3 m² je Schüler*in pädagogischer Fläche, die das Berliner Bündnis Qualität im Ganztage fordert, ist für uns dabei eine Richtschnur. Darüber hinaus sind die Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Schule durch Kooperationspartner zu erweitern, z.B. durch Sportvereine, Musikschulen, Museen oder durch Aktivitäten im Kiez usw. Diese Kooperationen wollen wir auch weiterhin stark unterstützen.

Die Kostenbeteiligung bei der ergänzenden Förderung und Betreuung sollte sozialgerechter gestaltet werden. Anstelle der völligen Beitragsfreiheit wollen wir eine vollständige Entlastung der Familien mit Transferbezug und eine gerechtere Staffelung der Beiträge für die unteren Einkommensgruppen durchsetzen. Familien mit einem hohen Einkommen oder Vermögen sollten auch weiterhin einen Tageskostenbeitrag für den Ganztage entrichten, welchen wir zur weiteren Qualitätsverbesserung verwenden wollen.

Begründung

mündlich

L-01-318-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u. a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 318 bis 323:

~~Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Das geht am besten in Ganztagschulen und mit einer engen Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Dazu braucht es mehr gutes Personal, bessere Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte, einen besseren Zustand der Gebäude und eine gute sozio-kulturelle Mischung der Kinder in den Schulen. Unser Ziel sind vielfältige Gemeinschaftsschulen, unsere Maßnahmen knüpfen aber direkt am aktuellen Schulsystem an, sodass wir zügig zu Verbesserungen kommen können.~~

Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Grüne Schulpolitik setzt auch auf Ganztagschulen mit einem gut rhythmisierten Schultag und einem hohen Anspruch. Allein die längere Anwesenheit in der Schule bewirkt wenig, wie alle entsprechenden Studien belegen, es kommt auf die Qualität der Ganztagsangebote an. Dazu gehört dann auch, das gemeinsame Mittagessen ohne Hetze und Lärm. Qualitätsentwicklung im Ganztag und die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche Qualitätsstandards für die Berliner Schulen entwickelt werden. Außerdem braucht es mehr gutes Personal und bessere Arbeitsbedingungen und der Bezahlung für pädagogische Fachkräfte.

Begründung

Begründung: Die Bedeutung der Qualität der Ganztagsbetreuung kam bisher zu kurz, Ganztag allein bringt es nicht, auch nicht einfach ein mehr. Die auch hier wieder eingefügte Zielformulierung enthält denselben Fehler wie auf S. 2 Zeile 40ff und ist hier auch am falschen Platz, da nun zur Grundschule übergeleitet werden soll.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-325 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 325 bis 326:

Für ~~uns~~ unsere Qualitätsoffensive Grundschule sind beim Blick ~~auf die Grundschulen~~ drei Dinge zentral: Kurze Beine, kurze Wege – die Schulen müssen fußläufig für Kinder zu erreichen sein. Gute Qualität in allen Schulen –

Von Zeile 332 bis 334 einfügen:

Elternhäusern unterrichten, müssen sich die Lehrkräfte voll und ganz auf den Unterricht konzentrieren können. In allen Schulen im Bonus-Programm müssen mindestens zwei Erwachsene im Unterricht dabei sein – es muss aber nicht immer eine zweiter Lehrer*in pro Klasse sein. Auch Förderlehrer*innen, Logopäd*innen, Therapeut*innen, Heilpädagog*innen und Psycholog*innen können die nötigen Kompetenzen mitbringen. Drittens wollen wir, dass Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in der Grundschule zusammen kommen. Darum wollen wir bei der Festlegung der

Begründung

Ein Problem unsere Bildungssystems ist die Flucht von staatlichen Grundschulen. Solange es nicht gelingt die Mehrheit der staatlichen Grundschulen mindestens so gut zu machen wie freie Schule oder die Gymnasien die in der fünften Klasse beginnen, wird eine zentrale Gerechtigkeitslücke bleiben.

L-01-326 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 325 bis 327 einfügen:

Für uns sind beim Blick auf die Grundschulen drei Dinge zentral: Kurze Beine, kurze Wege – die Schulen müssen fußläufig und sicher für Kinder zu erreichen sein. Gute Qualität in allen Schulen – darum wollen wir besonders in die Grundschulen investieren, die heute von Eltern verstärkt

Von Zeile 330 bis 335:

Weiterentwicklung von Schulen und zusätzliche Stellen zur Verwaltung der Schule finanzieren. Vor allem da, wo Grundschulen besonders viele Kinder aus ~~sogenannten bildungsfernen~~ armen Elternhäusern unterrichten, müssen sich die Lehrkräfte voll und ganz auf den Unterricht konzentrieren können. Drittens wollen wir, dass Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in der Grundschule zusammen kommen. Gelingende Übergänge von der Kita zur Grundschule sind hier besonders wichtig. Darum wollen wir bei der Festlegung der Einschulungsbereiche künftig neben den Daten der Bevölkerungsentwicklung auch

Begründung

Es gibt zwar einen eigenen Antrag zur Schulwegsicherheit, aber auch im Leitantrag ist dieser Aspekt an dieser Stelle sinnvoll untergebracht - ebenso wie das Thema Übergang aus der Kita.

L-01-336 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 335 bis 342:

Einschulungsbereiche künftig neben den Daten der Bevölkerungsentwicklung auch Sozialstrukturdaten verwenden und Einschulungsbereiche so ~~schneiden, dass die sozio-kulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist. Dabei achten wir darauf, dass Geschwisterkinder durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen gehen müssen. Gerade bei den Grundstufen der Gemeinschaftsschulen wollen wir die soziale Zusammensetzung möglichst ausgewogen gestalten, ohne zu vernachlässigen, dass Grundschulen fußläufig erreichbar sein müssen. Das gilt insbesondere für das Drittel der Schüler*innen, das sich die Schule selbst aussuchen kann.~~verändern, dass die soziokulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist. Dabei achten wir darauf, dass Geschwisterkinder durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen gehen müssen und dass alle Grundschulen und Grundstufen integrierter Schulen fußläufig erreichbar sind.

Begründung

Begründung: Die Hoffnungen, die auf „Durchmischungen“ und Änderungen der Einzugsbereiche gesetzt werden, sind weitgehend unrealistisch. Wir sollten keine falschen Erwartungen wecken. Da der Satz zu der Ausnahmereglung bei den Gemeinschaftsschulen strittig ist, sollte er ganz entfallen, ansonsten müsste er umformuliert werden.

(Nur zur Info:

Die Alternative zur Streichung des Satzes zu den Grundstufen an Gemeinschaftsschulen wäre folgende Änderung:

Die für die Grundstufen der Gemeinschaftsschulen jetzt vereinbarte Ausnahmeregelung, nach der sich die Schulen ein Drittel der Schüler*innen selbst aussuchen können, sehen wir als Übergangsregelung an, weil sonst bei dem auch von uns unterstützten weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschulen die negativen Auswirkungen für die umliegenden Grundschulen nicht mehr verkraftbar wären.)

Antragssteller*innen:

Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Ronald Haustein(KV Lichtenberg), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

L-01-337 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 336 bis 338 einfügen:

Sozialstrukturdaten verwenden und Einschulungsbereiche so schneiden, dass die sozio-kulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist. Dazu möchten wir erreichen, dass mehr Kinder die Schule besuchen, in deren Einschulungsbereich sie wohnen. Wenn nötig, soll es Bezirken möglich sein, Einschulungsbereiche festzulegen, die nicht geografisch zusammenhängen. Dabei achten wir darauf, dass Geschwisterkinder durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen

Begründung

Wenn wir sozial durchmischte Einschulungsbereiche zuschneiden und privilegierte Eltern die Schule wechseln, haben wir weiterhin sozial segregierte Schulen. Deshalb sollte unser politisches Ziel sein, dass alle Kinder gemeinsam auf ihrer guten fußläufigen Grundschule im Einschulungsbereich lernen. In sozial sehr segregierten Kiezen kann es sinnvoll sein, kleine Bereiche aus angrenzenden Bereichen mit in andere Einzugsgebiete zu integrieren, um sozial gespaltene Schulen zu vermeiden.

Antragsteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Robin Völker (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Arno Hoffmann (KV Neukölln)

L-01-342 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Katharina Koufen (Berlin-Pankow KV)

Titel

Ändern in:

Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen von klein an für die Kinder dieser Stadt

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 341 bis 342 einfügen:

fußläufig erreichbar sein müssen. Das gilt insbesondere für das Drittel der Schüler*innen, das sich die Schule selbst aussuchen kann.

Und weil wir wollen, dass unterschiedliche Kinder in den Grundschulen zusammen kommen, möchten wir auch für alle von Anfang gerechte Startchancen garantieren. Das heißt vor allem für Kinder, deren Eltern zuhause kein Deutsch sprechen und die keine Kita besuchen, dass sie rechtzeitig vor Schulstart die Chance haben müssen, die Bildungssprache deutsch zu erlernen. Dies ist eigentlich im Berliner Schulgesetz (§55) auch so vorgesehen: Eineinhalb Jahre vor der Einschulung werden die Kinder, die zuhause betreut werden, zur sogenannten "Sprachstandsfeststellung" eingeladen. Zeigt sich ein Förderbedarf, sind die Eltern verpflichtet, ihr Kind für die verbleibenden eineinhalb Jahre in einer Kita anzumelden, wo es Sprachförderung erhält. In der Praxis funktioniert dies allerdings in den allerwenigsten Fällen. Viele Eltern erscheinen nicht zum Test oder melden ihr Kind trotz Aufforderung nicht zur Sprachförderung an (in Berlin-Mitte z.B. folgten weniger als 20 Prozent der Aufforderung). Für die Kinder bedeutet das, von Anfang an in ihren Bildungschancen benachteiligt zu werden. Wir Grünen wollen daher die Verbindlichkeit der vorschulischen Sprachförderung erhöhen, indem wir dem Beispiel Hamburgs folgen: Dort greift bei Kindern mit erheblichem Sprachförderbedarf die vorgezogene Schulpflicht. Und das Modell Hamburg zeigt bereits Wirkung: in den letzten IQB-Ländervergleichen von Oktober 2017 war Hamburg das einzige Bundesland, bei dessen Grundschulkindern sich die Lese- und Schreibkompetenzen verbessert hatten.

L-01-342-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 341 bis 342 einfügen:

fußläufig erreichbar sein müssen. Das gilt insbesondere für das Drittel der Schüler*innen, das sich die
Schule selbst aussuchen kann.

Notwendig ist die Einstellung von rumänisch und arabisch sprachigen Dolmetscher*innen sowie
Sozialarbeiter*innen als Kontaktvermittler*innen zwischen Schule und Elternhaus, die von den
Willkommenslehrer*innen in Anspruch genommen werden können, um die Sprachbarrieren zu
überwinden.

Begründung

Vermittlung eines Bildungsverständnisses an die Eltern bzgl. der Notwendigkeit von Bildung
insbesondere der Töchter; Konfliktklärung, Verhinderung von Schuldistanz. Kontakt zum Elternhaus
und Integration der Sinti und Roma in die Gemeinschaft und Entlastung der Willkommenslehrkräfte.

L-01-345 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 344 bis 346 löschen:

Der nächste Schritt in der Schullaufbahn eines Kindes ist der Wechsel auf eine weiterführende Schule – in Berlin entweder ein Gymnasium, eine ~~so genannte~~ „Integrierte Sekundarschule“ (ISS) oder eine Gemeinschaftsschule. Leider wird dieser Übergang in Berlin

Begründung

Begründung: Den ganzen Antrag durchzieht u.E. eine nicht akzeptable Abwertung der ISS gegenüber den Gemeinschaftsschulen. Egal ob das „so genannte“ bewusst oder unbewusst reingekommen ist, es macht die falsche Haltung des Antrags deutlich.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-347 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 346 bis 348:

Sekundarschule“ (ISS) oder eine Gemeinschaftsschule. Leider wird dieser Übergang in Berlin zunehmend zu ~~einem Nervenkrieg~~ einer Belastung für die Schüler*innen und ihre ~~Eltern~~ Familien, weil der Übergang auf die gewünschte Schule so stark vom Notenschnitt aus der Grundschule abhängig gemacht wird,

Von Zeile 350 bis 352:

ist. An anderen Schulen kommen viele Kinder mit schlechteren Noten zusammen, die häufig aus ~~bildungsferneren~~ bildungsferneren Familien kommen. Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und Frust, Kinder werden schon im Grundschulalter unter Druck gesetzt.

Begründung

Sprachliche Abrüstung.

Bildungsfern ist und bleibt ein schwieriger und vor allem unbestimmter Begriff, der genau deshalb stigmatisiert.

L-01-349 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 348 bis 350:

die gewünschte Schule so stark vom Notenschnitt aus der Grundschule abhängig gemacht wird, dass selbst mit einem ~~Schnitt von 1,3~~ sehr guten Notendurchschnitt der Übergang auf die Wunschschule nicht mehr sicher ist. An anderen Schulen kommen viele Kinder mit schlechteren Noten zusammen, die häufig aus

Begründung

Begründung: Die Nennung des konkreten Notendurchschnitts 1,3 ist nicht nötig und führt eher zu Nachfragen als zur Klärung.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-350 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 349 bis 351 einfügen:

dass selbst mit einem Schnitt von 1,3 der Übergang auf die Wunschschule nicht mehr sicher ist.

Weiterhin zeigen Bildungsstudien, dass Schüler*innen mit Diskriminierungserfahrungen den Schulwechsel als besonders belastend erleben, da sie sich erneuten Stereotypisierungen ausgesetzt fühlen. An anderen Schulen kommen viele Kinder mit schlechteren Noten zusammen, die häufig aus bildungsferneren Familien kommen. Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und

L-01-351 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 350 bis 352 einfügen:

ist. An anderen Schulen kommen viele Kinder mit schlechteren Noten zusammen, die häufig aus bildungsferneren Familien kommen. Derzeit beobachten wir die Folgen eines entfesselten Schulmarktes. Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und Frust, Kinder werden schon im Grundschulalter unter Druck gesetzt.

Begründung

Die Angst von Eltern muss erläutert werden. Darum müssen wir nennen was ist.

Antragssteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-353 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 353 bis 356:

Diese Situation wollen wir nicht länger hinnehmen. ~~Wir wollen das Elternwahlrecht stärken, indem wir allen Kindern gleichermaßen ermöglichen, eine Wunschschule zu besuchen. Dies ist momentan~~ Die Wunschschule zu besuchen ist viel zu häufig nur den Kindern möglich, die einen guten bis sehr guten Notenschnitt haben – und zwar unabhängig von der Schulform, denn nicht nur Gymnasien wählen anhand des

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-358 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 357 bis 361:

Notenschnitts aus, sondern auch die übernachgefragten ISS nutzen diesen Mechanismus häufig. Deshalb wollen wir bei Übernachfrage an weiterführenden Schulen ~~die Schulen motivieren, neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule aus der eigenen Unterstufe kommen, die Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und einer guten sozialen Mischung festzumachen.~~ erreichen, dass neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf weitere 50 Prozent der Plätze im Losverfahren vergeben werden – wenn Schulen einen höheren Anteil lösen wollen, auch mehr. Wegen der weitreichenden Konsequenzen dieses Vorschlags, wollen wir sie in einem öffentlichen Verfahren mit allen Beteiligten erörtern und fordern die Senatsverwaltung auf, die Details für eine rechtssichere Umsetzung dieses Vorschlags dafür auszuarbeiten. Unabhängig davon bleibt es dabei, dass Kinder, die in einer Gemeinschaftsschule oder ISS aus der eigenen Unterstufe kommen, zuerst aufgenommen werden und nur die dann noch freien Plätze zu 50% verlost werden.

Begründung

Begründung: Die Einführung einer 50% Losquote ist eine weitreichende politische Entscheidung, die wir nicht am „grünen Tisch“ treffen sollten. Die Frage, ob dieser Vorschlag rechtssicher umgesetzt werden kann, ist vorab zu prüfen und natürlich ist auch hier die ISS mit den auch dort möglichen(!) Grundstufen zu erwähnen.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow) Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Ronald Haustein(KV Lichtenberg), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

L-01-358-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 357 bis 359:

Notenschnitts aus, sondern auch die übernachgefragten ISS nutzen diesen Mechanismus häufig.
Deshalb ~~wollen wir~~sollen bei Übernachtung an weiterführenden Schulen die Schulen ~~motivieren~~,
neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule aus

Begründung

Freiwilligkeit allein hilft nicht weiter. Die ursprüngliche Formulierung würde schlicht und ergreifend
nur am Status Quo festhalten.

Antragssteller*innen: Vito Dabisch (LAG Bildung), Meike Berg (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV
Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV
Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV
Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola
Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Sebastian Walter (KV Tempelhof-
Schöneberg)

L-01-358-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 357 bis 361:

Notenschnitts aus, sondern auch die übernachgefragten ISS nutzen diesen Mechanismus häufig.
~~Deshalb wollen wir bei Übernachtung an weiterführenden Schulen die Schulen motivieren, neben
Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule aus der eigenen
Unterstufe kommen, die Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und einer guten sozialen
Mischung festzumachen.~~Deshalb wollen wir staatliche Schulen, ähnlich wie private Schulen dazu
verpflichten für eine soziale Durchmischung zu sorgen, die die des Bezirkes widerspiegelt. Dabei
sollen Geschwisterkinder, Härtefälle und Kinder, die in einer Gemeinschaftsschule aus der Unterstufe
kommen, vorrangig berücksichtigt werden. Der Senat kann die Schulen dabei unterstützen, indem ein
einheitliches, flächendeckendes Vergabeverfahren ausgearbeitet wird, das die oben genannten Aspekte
zum Kern hat.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-362 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 362 bis 364:

Weitere ~~50~~75 Prozent der Plätze sollen dann im rechtssicheren Losverfahren vergeben werden – wenn Schulen einen höheren Anteil losen wollen, auch mehr. Wir wählen dieses Verfahren auch aufgrund seiner Rechtssicherheit. So stellen wir sicher, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Details eines

Begründung

Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder und besser durchmischte Schulen. Zurzeit haben wir in Berlin die Situation, dass einige Schulen sich ihre Schüler*innen "rauspicken" können. Dies geschieht vor allem anhand des Notendurchschnitts. Wir wollen, dass jedes Kind eine realistische Chance hat auf die Schule zu gehen, die es selbst und seine Eltern für am besten geeignet halten. Deshalb wollen wir einen Großteil der Plätze per Los vergeben. Am Ende verlagern wir so das Wahlrecht zugunsten der Kinder und Eltern. Und wir nehmen Kindern das Gefühl, dass eine Schule sie nicht will, weil sie zu schlecht sind.

Antragsteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Robin Völker (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-362-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 362 bis 365 löschen:

~~Weitere 50 Prozent der Plätze sollen dann im Losverfahren vergeben werden – wenn Schulen einen höheren Anteil losen wollen, auch mehr. So stellen wir sicher, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Details eines entsprechenden Konzeptes auszuarbeiten.~~

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-374 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 374 bis 376:

Die ~~ohnehin schon unverbindlichen Förderprognosen~~ Förderprognose am Ende der Grundschule wollen wir durch ~~die eine~~ verpflichtende ~~Schullaufbahnberatung ersetzen~~, Schullaufberatung ergänzen, bei der alle möglichen Abschlüsse und Laufbahnen inklusiver ~~der beruflichen späteren beruflichen~~

Bildung vermittelt werden sollen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist.

Begründung

Begründung: Darauf zu verzichten, dass die Grundschulen sagen, welche Einschätzung sie haben, wäre falsch. Dies aber durch ein Eltern-Kinder-Lehrer*innengespräch zu ergänzen, ist sinnvoll. Solche Jahresgespräche sind ein wichtiger Baustein in der anzustrebenden Erziehungspartnerschaft (siehe S. 2) Eltern-Schule und sollten schon viel früher beginnen. Der Satz zum Abitur ist aus Zeile 422 (S.9) übernommen, da er dort gestrichen wurde.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich (KV Pankow), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-375 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 374 bis 376 einfügen:

Die ohnehin schon unverbindlichen Förderprognosen am Ende der Grundschule wollen wir durch die verpflichtende Schullaufbahnberatung ersetzen, bei der individuell, diskriminierungsfrei und kultursensibel alle möglichen Abschlüsse und Laufbahnen inklusive der beruflichen Bildung vermittelt werden sollen.

Begründung

Eine Beratung muss qualifiziert erfolgen.

L-01-378 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 378 bis 382:

~~Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Unsere Berliner Schullandschaft steht auf zwei gleichwertigen Säulen. Die eine Säule besteht aus integrierten Schulformen: das sind Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Integrierte Sekundarschulen und berufliche Schulen. Die andere Säule ist das allgemeinbildende Gymnasium.~~

Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Hier stehen den Berliner Schüler*innen die folgenden Schulformen zur Verfügung: Integrierte Sekundarschulen, berufliche Schulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

Begründung

Die jetzige Klassifizierung ist ungenau weil sie impliziert, dass Gemeinschaftsschulen und Integrierte Sekundarschulen auf einer Stufe stehen. Das tun sie aber nicht. ISSen praktizieren äußere Fachleistungsdifferenzierung, von längerem gemeinsamen Lernen kann hier nicht die Rede sein. Das ist längeres nebeneinander Lernen. Es besteht auch keine Gleichwertigkeit des Gymnasiums mit anderen Schulformen.

Antragssteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-382 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 382 bis 386:

Unter diesen drei allgemeinbildenden Oberschulformen enthält u.E. die Gemeinschaftsschule die meisten Potenziale, Schule von den Kindern und Jugendlichen her zu denken. Durch die konsequente Binnendifferenzierung sind die Gemeinschaftsschulen näher an individualisierten Lernformen als andere Schulen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Gemeinschaftsschulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Gemeinschaftsschulen zeigen wie erfolgreich der Gedanke des längeren gemeinsamen Lernens sein kann, aber auch wie anspruchsvoll diese Arbeit ist. Darum wollen wir die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Da auch der Erfolg einer Gemeinschaftsschule mit dem Engagement und der Kompetenz des Kollegiums steht und fällt, wollen wir, dass die Senatsschulverwaltung zusammen mit der GEW eine umfassende Werbe- und Fortbildungskampagne starten, um für neue Gemeinschaftsschulen zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen.

Wir begrüßen es, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben wird – dafür haben wir lange gekämpft. Damit haben alle Schulformen eine rechtlich gesicherte Basis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter entwickeln wollen, damit an allen Schulen bessere Qualität möglich wird. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und Integrierten Sekundarschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, gegebenenfalls auch durch Kooperationen. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen, also Campuslösungen, geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.

Wir verkennen aber auch nicht, dass es auch unter den Gemeinschaftsschulen große Unterschiede gibt. Gute Schule muss in jedem Einzelfall, an jedem Standort immer wieder von neuem erarbeitet werden. Zahlreiche integrierte Schulen benötigen auch künftig verlässliche Unterstützung, um ihren Schulentwicklungsprozess voranzubringen. Strukturell sind durch das „Zwei-Säulen-Modell“ die Voraussetzung dafür geschaffen worden. Diese große Stärke des Berliner Schulsystems, dass allen Kindern in Berlin die Wege zu allen Abschlüssen offen stehen, wird seit Jahren von der Schulpolitik in Berlin sträflich vernachlässigt und obwohl nach der 10. Klasse mehr Schüler*innen in eine berufliche Schule gehen als auf eine gymnasiale Oberstufe, beherrscht die Frage nach dem Abitur weiterhin die öffentliche Debatte und die Schulpolitik.

Wir wollen diese Schieflage beenden und die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung stärken und auch nicht länger hinnehmen, dass in Berlin 9% der Schüler*innen die ISS oder Gemeinschaftsschulen ohne einen Abschluss verlassen. Die Schulen, die mit dieser Aufgabe besonders zu kämpfen haben, wollen wir massiv und gezielt in ihrer Entwicklung unterstützen. Dabei muss es neben allen innerschulischen Maßnahmen auch eine umfassende Einbettung der Schulen in eine soziale Stadtteilarbeit geben, in deren Mittelpunkt die Familien der Schüler*innen stehen.

Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu guter individueller Förderung bei. Integrierte Schulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die Schulformen der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens mit Erfolg am erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive

Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender integrativer Schulformen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen. Schon heute achten Eltern weniger auf die Bezeichnung der Schulform als darauf, ob sie glauben, in der angewählten Schule einen guten fachlichen Unterricht, ein positives Schulklima und ein soziales und diskriminierungsfreies Miteinander zu finden. Durch Stärkung der integrierten Schulen kann schrittweise das Dilemma einer auf wenige Schulen konzentrierten Übernachfrage beim Wechsel auf die Oberschule überwunden werden.

Begründung

Begründung: Mit diesen Formulierungen soll die Anerkennung der Leistung der Gemeinschaftsschulen zum Ausdruck kommen, aber zugleich auch deutlich werden, dass allein die Schulart noch kein Garant für Qualität ist und welche pädagogische Konzept die jeweiligen integrierten Schulen nutzen, wir nicht vorschreiben werden. Dass es Gemeinschaftsschulen mit Abgängerzahlen ohne Abschluss von 20% und mehr gibt und auch Gemeinschaftsschulen zu dem Sonderprogramm des Senats für „failed schools“ gehören, muss uns bewusst sein und verbietet eine alleinige Betonung nur dieser Schulform.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich, Mark Haueser (KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan (LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn (KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Stefanie Remlinger (KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch (KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz (LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

Streichungen Zeile 387 - 412 in getrennten Anträge, weil das System es nicht anders annahm.

L-01-387 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 387 bis 394 löschen:

~~Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu guter individueller Förderung bei. Gemeinschaftsschulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die Schulform der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.~~

Begründung

gesonderte Streichung wg. Systemprobleme, neuer Text steht bei Zeile 383

L-01-391 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 390 bis 392 einfügen:

Schulform der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten. Während Integrierte Sekundarschulen Schulkinder noch in Niveaustufen einteilen können, lernen Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen wirklich integriert, gemeinsam und voneinander. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender

Begründung

Immer wieder wird so getan, als seien Integrierte Sekundarschulen so progressiv wie Gemeinschaftsschulen. Wir müssen hier einmal erklären, warum die Gemeinschaftsschule etwas besonderes ist. Viele ISSen praktizieren äußere Fachleistungsdifferenzierung, also das Einteilen von Kindern in Niveaus. Das ist längeres nebeneinander Lernen. Wir wollen aber längeres gemeinsames Lernen.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-391-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 390 bis 394:

Schulform der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten. ~~Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig~~ Daher richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.

Begründung

Das wäre ein Aufgeben von Schulpolitik.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg)

L-01-391-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 390 bis 394:

Schulform der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten. ~~Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen. Ein solcher Übergang muss gut gepöant und wohl überlegt sein. Wir möchten viele Menschen mitnehmen und hoffen durch eine Stärkung der Gemeinschaftsschulen positive Beispiele und Anreize zu setzen. Mittelfristig brauchen wir aber eine grundlegende Reform des Schulsystems, um Grundschulen, Gymnasien und ISS ebenfalls in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Wir möchten prüfen, welche Schritte dafür nötig sind, welche Nebenwirkungen diese Reform haben könnte und wie diese abgedefert werden können. Außerdem soll geprüft werden, welche anderen Reformen notwendig sind und gemeinsam in Angriff genommen werden können. Wir möchten diese Reformen gut planen und vorbereiten, um sie dann bestmöglich umzusetzen. Dabei möchten wir mit anderen Parteien und Akteur*innen im Bildungsbereich im Dialog zu sein. Bis dahin:~~

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-395 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 395 bis 412 löschen:

~~Wir wollen die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, gegebenenfalls auch durch Kooperationen. Dies gilt auch für ISSen, die bereit sind, sich zu einer Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln. ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Um die Weiterentwicklung von Gemeinschaftsschulen zu fördern, wollen wir in Qualitätsprogramm Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle Gemeinschaftsschulen allen Schüler*innen optimale Lernbedingungen bieten können. Der Bedarf an gezielter Unterstützung beginnt mit der Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, z.B. im Fusionsprozess, aber auch beim Aufbau einer Oberstufe. Hierfür wollen wir finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stellen. Auch die Gemeinschaftsschulen, die mit schwierigen Situationen zu kämpfen haben, wollen wir damit unterstützen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Schulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.~~

Begründung

gesonderte Streichung wg. Systemprobleme, neuer Text steht bei Zeile 383

L-01-400 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 399 bis 401 einfügen:

einer Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln. ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Gemeinschaftsschulen mit und ohne Grundstufe werden wir finanziell stärker unterstützen, damit Schulen sich sukzessive in sozial durchmischte Schulformen weiterentwickeln, in denen Kinder nicht nach Leistung separiert werden. Um die Weiterentwicklung von Gemeinschaftsschulen zu fördern, wollen wir in Qualitätsprogramm

Begründung

Es ist wichtig, dass wir noch einmal betonen, dass wir Gemeinschaftsschulen besonders unterstützen wollen. Denn nur wenn wir diese - unsere präferierte Schulform - gesondert unterstützen, werden sich auch andere Schulformen in Gemeinschaftsschulen umwandeln. Dafür brauchen wir eine regelhafte höhere Förderung. Im Satz wird außerdem deutlich, warum wir dies fordern: Weil sie die einzige Schulform ist, die Kinder nicht nach Leistung separiert.

Antragsteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Robin Völker (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Arno Hoffmann (KV Neukölln), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-01-410 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 409 bis 412:

Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig ~~–wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem~~nur noch Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-410-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 409 bis 412:

Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig ~~–wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem~~ausschließlich Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.

Begründung

Begründung: Unsere Forderungen sollten über den Koalitionsvertrag hinausgehen.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-413 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 413 bis 415:

~~Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber~~
Offensichtlich zögern noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem

Begründung

Erzeugt das Bild, dass diese Eigenschaften bei Gymnasiallehrkräften besonders hervorstechen würden. Dies wird Pädagog*innen an anderen Schulen sicher nicht gerecht.

L-01-413-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 413 bis 428:

~~Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen. Das wollen wir ändern. Gymnasien sollen, genau wie ISSen, vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse aufnehmen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen gibt. Der oben beschriebene Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen wird auch die Schüler*innenschaft auf Gymnasien heterogener machen. Unser Ziel ist, dass die Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen. Das bedeutet einerseits, dass Gymnasien künftig alle Schulabschlüsse nicht nur anbieten, sondern auch fördern sollen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist. Gleichzeitig wollen wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung von Kindern an eine ISS, abschaffen. Verpflichtendes Sitzenbleiben gibt es schon heute nur noch an Gymnasien. In den anderen Schulformen gibt es die Möglichkeit des „freiwilligen Wiederholens“. So wollen wir das auch an Gymnasien einführen.~~ Die beschriebene Unterschiedlichkeit innerhalb einer Schulform gilt auch für Gymnasien. Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen. Wir wollen das durch Beratung und Unterstützung ändern und zusammen mit den Gymnasien erreichen, dass alle nach denselben Regeln wie die ISS oder Gemeinschaftsschulen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen gibt. Ebenso wollen wir ermöglichen, dass Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen können. Dazu wollen wir Gymnasien durch zusätzliche Fördermittel unterstützen, die von sich aus auf das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung von Kindern an eine ISS bei Nicht-Bestehen des Probejahrs, verzichten. Zugleich wollen wir gemeinsamen mit den betroffenen Schüler*innen, Eltern und den Schulen beraten, wie die belastenden Auswirkungen des „Abschulens“ besser aufgefangen werden können als bisher. Dazu gehört auch zu prüfen, ob es sinnvoll ist, das verpflichtende Sitzenbleiben, das es schon heute nur noch an Gymnasien gibt, wie in den anderen Schulformen in ein „freiwilliges Wiederholen“ zu verändern.

Begründung

Begründung1: Inklusion findet auch heute schon an Gymnasien statt, aber in viel zu geringen Umfang. Um das zu ändern, bedarf es keiner neuen Vorschriften, sondern einer gezielten Beratung und Unterstützung. Die Vorgabe 4 Kinder mit Förderbedarf pro Klasse besteht so nicht.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl),

Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

Begründung2: Wenn auf Seite 9 als grüne Schulpolitik formuliert wird: „Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen...“, dann kann nicht eine Seite später von „abschaffen“ u. ä. also vorschreiben gesprochen werden. Auch beim Gymnasium muss es um ermöglichen und unterstützen gehen. Die ersatzlose Abschaffung des Probejahrs bedeutet das pädagogische Grundkonzept des Gymnasiums „abzuschaffen“.

Wenn auf der LDK der Streit um die Abschaffung des Probejahrs nicht aufkommen soll, sollten diese Zeilen ganz gestrichen werden.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich (KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

L-01-416 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 415 bis 418:

noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen. Das wollen wir ändern. ~~Gymnasien sollen~~ Wir wollen, dass Gymnasien, genau wie ISSen, vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse aufnehmen müssen, wenn es die entsprechenden Anmeldungen gibt. Der oben beschriebene Übergang von der Grundschule auf weiterführende

Begründung

Über Freiwilligkeit werden sich die Gymnasien nicht flächendeckend der Inklusion öffnen.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg)

L-01-423 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 422 bis 426:

auch fördern sollen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist. ~~Gleichzeitig wollen wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung von Kindern an eine ISS, abschaffen.~~
Um eine Gleichwertigkeit zwischen Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien herzustellen, möchten wir, dass auch Gymnasien mit den Schüler*innen arbeiten, die sie haben. Wir wissen, wie groß die Belastung durch das Probejahr und das sogenannte „Abschulen“ für die Kinder ist. Deshalb werden wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das sogenannte „Abschulen“ von Kindern mit einigen schlechten Zensuren an eine ISS abschaffen. Lehrkräften, die sich Unterstützung wünschen, greifen wir mit Fortbildungsangeboten zu binnendifferenziertem Lernen unter die Arme.

Begründung

Die Formulierung ist ein Kompromissvorschlag, der der Befürchtung Rechnung trägt, dass Lehrkräfte mit der binnendifferenzierten Beschulung von Schüler_innen überfordert würden.

Ein Grund dafür, dass wir das Abschulen abschaffen möchten, ist die Tatsache, dass Kinder, die vom Gymnasium verwiesen werden, danach schlechtere Leistungen haben als davor. Das haben auch letztes Jahr die Forscher_innen der BERLIN-Studie bestätigt: "Kritisch sehen die Forscher auch, dass Schüler, die das Probejahr am Gymnasium nicht bestehen, oft in besonders schwierige Sekundarschulen wechseln müssen und ihre Leistungen schlechter werden. „Es gibt hier Korrekturbedarf in der Zuweisungspraxis“, schreiben die Forscher."

Dazu kommt: Wenn wir wirklich eine Gleichwertigkeit zwischen Gymnasien und Integrierten Sekundarschulen haben möchten, dann kann das Gymnasium nicht weiter unliebsame Schüler_innen der Schule verweisen. Wenn wir es ernst meint mit "die Schule muss mit den Schüler_innen arbeiten, die sie haben" dann müssen wir dies auch bei der einzigen Schulform durchsetzen, die genau dieses Prinzip noch ablehnt. Natürlich wird es für einige Lehrkräfte herausfordernd sein, den einen Schüler/ die eine Schülerin mit der fünf in Biologie und Kunst mehr in der Klasse zu behalten. Aber ich vertraue da auf die pädagogische Kompetenz der Lehrkräfte, schließlich sind auch Gymnasiallehrkräfte in Binnendifferenzierung geschult.

Für jene Lehrkräfte, die sich nicht in der Lage sehen, Kinder aus unterschiedlichen Leistungsstufen zu unterrichten, richten wir ein spezielles Fortbildungsprogramm ein, das genau auf diese Bedarfe antwortet. Das setzt viel mehr an dem eigentlichen Problem der einzelnen Lehrkräfte an, als allen Gymnasien pauschal mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

L-01-425 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 424 bis 426 einfügen:

Probekjahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung von Kindern an eine ISS, möglichst noch in dieser Legislaturperiode abschaffen. Verpflichtendes Sitzenbleiben gibt es schon heute nur noch an Gymnasien. In den anderen Schulformen gibt es die Möglichkeit des „freiwilligen

Begründung

Wir schreiben nicht das erste Mal auf, dass wir Probekjahr und Abschulen abschaffen wollen. Dieses Mal sollten wir eine Formulierung wählen, die unsere Position unmissverständlich deutlich macht. Damit klar ist, was die Partei in dieser Frage will.

Antragssteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Nuri Kiefer (LAG Bildung)

L-01-427 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 426 bis 428 einfügen:

noch an Gymnasien. In den anderen Schulformen gibt es die Möglichkeit des „freiwilligen Wiederholens“. So wollen wir das auch an Gymnasien einführen. Ferner wollen wir, dass an Gymnasien Sprachförderung und / oder Nachhilfeunterricht z.B. in Mathematik, wie es sie an vielen ISSen gibt, angeboten werden, um die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Einige Gymnasien nehmen Kinder bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame

L-01-428 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 427 bis 430:

Wiederholens“. So wollen wir das auch an Gymnasien einführen. Einige Gymnasien nehmen Kinder bereits nach der vierten Klasse auf. ~~Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien.~~ Diese Praxis wollen wir abschaffen. Wir wollen Grundschulen noch besser dabei unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-429 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Manuel Honisch (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 428 bis 430 einfügen:

bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien. Die verbindliche Grundschulzeit soll für alle Kinder wieder sechs Jahre dauern. Wir wollen Grundschulen noch besser dabei unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder

Begründung

Unser langfristiges Ziel sollte eine Grundschule sein, die alle Kinder bis zur sechsten Klasse gut fördert, und das sollte als Vision auch so im Antrag stehen.

Gegenwärtig bieten bereits fast 40 Prozent der Berliner Gymnasien eine fünfte und sechste Klasse an. Dabei hat nur die Minderheit dieser Gymnasien ein besonderes Schulprofil, das die Einrichtung fünfter Klassen rechtfertigen könnte. Der Trend geht dahin, dass sich Gymnasien immer mehr in den eigentlichen Grundschulbereich ausdehnen. Dieser Trend wird durch die Panik vieler Eltern verstärkt, die meinen, für ihr Kind nach Möglichkeit schon am Ende der vierten Klasse einen Platz an einer begehrten Schule „sichern“ zu müssen.

Eine Studie von Baumert und anderen (2009) hat gezeigt, dass die Schüler*innen in den fünften und sechsten Klassen der Gymnasien keinen größeren Lernzuwachs haben als an den Grundschulen. Damit werden die vermeintlichen Vorteile der grundständigen Gymnasien grundsätzlich in Frage gestellt. Die Nachteile für die Grundschulen dagegen sind unbestreitbar. Grundschulklassen verlieren ihre Zugpferde am Ende der vierten Klasse, das soziale Gefüge der Klasse wird gestört. Bemühungen der Grundschulen um eine bessere Förderung auch der leistungstarken Kinder werden hintertrieben.

Nicht zuletzt ist das Modell der grundständigen Gymnasien sehr personalaufwändig. Denn an den Grundschulen bleiben häufig Klassen mit geringen Klassenfrequenzen zurück. Eine Klasse mit zuvor 25 Kindern hat dann etwa nur noch 20 Schüler*innen, während an den Gymnasien zusätzliche Klassen gebildet werden. Es ist fraglich, ob Berlin sich einen solchen zusätzlichen Personal- und Raumaufwand an dieser Stelle leisten sollte. Diese Ressourcen wären besser in eine verbesserte Ausstattung der Grundschulen investiert. Grundständige Gymnasien sollten schrittweise abgebaut werden.

Unterstützer*innen:

Meike Berg (KV Neukölln)

Vito Dabisch (LAG Bildung)

Heiko Glawe (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Nuri Kiefer (LAG Bildung)

Ulrich Meuel (LAG Bildung)

Pit Rulff (LAG Bildung)

Robin Völker (KV Neukölln)

L-01-429-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 428 bis 431:

bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien. ~~Wir~~Die Flucht von staatlichen Grundschulen sehen wir mit großer Sorge. Unser Ziel ist mit einer Qualitätsoffensive unsere Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie freie Schulen oder die Gymnasien die heute in der fünften Klasse beginnen. Mittelfristig wollen wir die zentrale Gerechtigkeitslücke schließen und Grundschulen ~~noch~~endlich besser ~~dabei~~ unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder bestmöglich fördern können, damit alle Kinder dort bleiben.

Begründung

Ein Problem unsere Bildungssystems ist die Flucht von staatlichen Grundschulen. Solange es nicht gelingt die Mehrheit der staatlichen Grundschulen mindestens so gut zu machen wie freie Schulen oder die Gymnasien die in der fünften Klasse beginnen, wird eine zentrale Gerechtigkeitslücke bleiben.

L-01-432 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 432 bis 434 löschen:

~~Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen. Darum wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch entsprechend besser ausstatten und befähigen.~~

Begründung

Eine weitere explizite finanzielle Förderung von Gymnasien widerspricht unserem Anspruch inklusiver Schulbildung und auch unseren Plänen zur Förderung von Gemeinschaftsschulen.

L-01-432-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 432 bis 434:

~~Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen. Darum wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch entsprechend besser ausstatten und befähigen.~~

Wir wollen die Unterschiede zwischen Gymnasien und anderen Schulformen zunehmend abbauen und mittelfristig nur noch vielfältige Gemeinschaftsschulen in Berlin haben.

Begründung

Die Gemeinschaftsschule ist unser Ziel. Dann können wir hier auch nennen, dass wir Gymnasien genau dahin entwickeln wollen.

Unterstützer*innen: Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Oliver E. Münchhoff (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

L-01-438 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 437 bis 441:

hohen Anteil von Schüler*innen aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern. Diese wollen wir gezielt unterstützen. ~~Gießkannenartig ausgegossene Bonusprogramme sind dabei aber der falsche Weg. Es gilt vielmehr, jede Schule einzeln anzuschauen und passgenaue Lösungen zu finden. In einer Situation von Lehrer*innen-Mangel wollen wir Personal zunächst da einsetzen, wo der Bedarf besonders groß ist.~~ Dazu sollen für diese Schulen die Teile des Bonusprogramms, die sich vor Ort bewährt haben, in die Dauerfinanzierung überführen, so dass die Schulen für neue Maßnahmen freie Mittel im Rahmen des Bonusprogramms bekommen.

Begründung

Begründung: Das Bonusprogramm ist keineswegs eine „gießkannenartige“ Förderung, sondern ein gutes Instrument zu testen, was an der jeweiligen Schule wirkt.

Antragssteller*innen:

Frank Dittrich (KV Pankow), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-449 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 448 bis 449 einfügen:

Kooperationen und Oberstufen mitdenken – denn hier bieten sie ungenutzte Potenziale für unsere Stadt. Die Schulplätze müssen insbesondere für schulische Ausbildungen in Mangelberufen ausgebaut werden, damit Schüler*innen mit schlechteren Schulabschlüssen nicht auf kostenpflichtige, private Alternativen ausweichen müssen. Mittelfristig möchten wir für diese Berufe einen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz an einer staatlichen Schule einführen.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-459 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 458 bis 460 einfügen:

schon ab den Grundschulen gleichberechtigt über berufliche wie akademische Bildungsgänge informieren und durch eine Kampagne, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit der IHK und Gewerkschaften oder anderen Akteuren, die berufliche Bildung attraktiver machen.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-460 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 459 bis 460:

informieren und durch eine Kampagne, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit der IHK oder anderen **Akteuren****Akteur*innen**, die berufliche Bildung attraktiver machen.

Begründung

Redaktionell

L-01-466 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 465 bis 467 einfügen:

Deshalb wollen wir allen, die ansonsten unversorgt sind, mit Hilfe eines 11. Schuljahres für sie adäquate, anschlussfähige (Aus-)Bildungsangebote machen. Alle Jugendlichen sollen bei diesen Übergängen begleitet werden. Schulen sind mitverantwortlich dafür, dass Jugendliche über ihre Möglichkeiten informiert sind und Anmeldefristen nicht verpassen. Und wir wollen die Oberstufenzentren als Kompetenzzentren für ihr Berufsfeld fachlich weiter stärken, u.a.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-469 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 468 bis 469 einfügen:

durch Ausbau der Lernortkooperation mit den Ausbildungsbetrieben oder durch Zusammenarbeit mit Hochschulen und die gemeinsame Entwicklung dualer Studiengänge.

Generell sind die sich beschleunigenden Veränderungen zu beachten, die mit der digitalen Transformation einhergehen. Berufsbilder verändern sich, manche Berufe verlieren an Bedeutung, während andere neu entstehen. In vielen Branchen werden niedrig qualifizierte Jobs zunehmend durch Roboter ersetzt, während der Bedarf an höher qualifiziertem Personal zunimmt. Auf all dies muss sich die berufliche Bildung beizeiten einstellen, damit sie nicht am Bedarf vorbei ausbildet. Dazu sollte eine Stelle in der Bildungsverwaltung eingerichtet werden, die sich mit den notwendigen Anpassungsmaßnahmen befasst.

Begründung

Es ist ja mit massiven Auswirkungen auf die Berufsbilder in Folge der Digitalisierung zu rechnen, auf die die Politik nicht wieder erst reagieren sollte, wenn es zu spät ist.

Die Einrichtung einer Stelle für die Analyse der Konsequenzen der Digitalisierung auf die berufliche Bildung ist eine Forderung der LAG Bildung.

L-01-470 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 470:

~~Private Schulen in freier Trägerschaft~~

Privatschulen

Begründung

Grundgesetz

L-01-470-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

In Zeile 470:

~~Private~~-Schulen in freier Trägerschaft

Grüne Bildungspolitik für uns bedeutet, sich zuerst für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen ohne die Schulen in freier Trägerschaft zu vernachlässigen. Insbesondere das Selbstbestimmungsrecht und die Organisationshoheit von Schulgründungen aus der Elternschaft heraus haben für uns einen hohen Wert, besonders wenn sie einen emanzipatorischen Charakter und/oder einen reformpädagogischen Bildungsanspruch besitzen. Wir wollen andererseits aber auch ein öffentliches Bildungssystem, das die Vielfalt der pädagogischen Konzepte widerspiegelt und Reformpädagogik sowie echte Beteiligung und Mitbestimmung möglich machen. Auch Schulen in freier Trägerschaft waren oft Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte und Organisationsformen. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 freien Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 % der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, freie Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig dafür den entsprechenden Rahmen. Zentral ist dabei, dass die Schulen nicht die Sonderung von Schüler*innen nach den Besitzverhältnissen der Eltern fördern, d.h. es gilt das umgangssprachlich sogenannte „Sonderungsverbot“. Die vorliegenden Daten zeigen, dass vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien freie Schulen besuchen, da der Betrieb der Schulen durch die schlechte öffentliche Finanzierung nur durch die Erhebung eines Schulgeldes von Eltern möglich wird. Kinder aus ärmeren und damit oft aus bildungsferneren Familien sind dadurch an den freien Schulen weniger zu finden. Wir wollen mit den freien Schulen zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Wir wollen mit ihnen klären, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen und sicherstellen können, dass Kinder von Menschen die Transferleistungen empfangen, ebenfalls in die Schulen aufgenommen werden und nicht vom Schulbetrieb ausgeschlossen werden, sollten die Familien später Transferzahlungen beziehen. Deren Schulgeldbeiträge wollen wir auf null reduzieren und dafür einen staatlichen Ausgleich finanzieren. Dieses ist danach über einen längeren Zeitraum zu überprüfen und zu evaluieren. Wir denken, dass es legitim ist, dass alle freien Schulen künftig anhand des Berlinpasses Daten erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. In der Berliner Senatsbildungsverwaltung wird gerade an einem neuen Modell zur Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale und inklusive Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden sollen. Schulen in freier Trägerschaft, die sich nicht auf den Weg machen, sollen nach Einführung eines neuen Finanzierungsmodells entsprechend geringer an den Erhöhungen des Schulzuschusses der öffentlichen Hand beteiligt werden.

Begründung

Begründung: Der vorgelegte Antragstext ist zu sehr vom Duktus des Vorschreibens und Anordnens geprägt (sollen vorlegen, ist zu garantieren, verpflichtend auf null u.a.). Außerdem wird den Schulen zugeschrieben „immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte“ zu sein, was keineswegs zutrifft.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich (KV Pankow), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow) Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

Da das System nicht Streichungen über mehrere Absätze zulässt, erfolgt die Streichung des ursprünglichen Textes in getrennten Anträgen.

L-01-470-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 470 bis 473 einfügen:

Privatschulen

Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Deshalb hat die öffentliche Schule für uns sowohl finanziell als auch konzeptionell Priorität. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt pädagogischer Konzepte Platz hat – soweit es geht innerhalb des öffentlichen

Begründung

Der gesamte Absatz benötigt eine Neufassung.

Laut Grundgesetz wird das Einrichten von Privaten Schulen erlaubt. Vorrang hat für uns grüne allerdings die öffentliche Schule (siehe Wahlprogramm 2016).

Antragsteller*innen: Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-471 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 471 bis 474 löschen:

~~Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt pädagogischer Konzepte Platz hat – soweit es geht innerhalb des öffentlichen Bildungssystems.~~

Begründung

gesonderte Streichung wg. Systemproblemen

L-01-474-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 474 bis 497:

In den letzten Jahrzehnten hat Berlin einen Privatschul-Boom beobachtet. Mittlerweile besuchen etwa 10 Prozent aller Schüler*innen nicht mehr die öffentliche Schule. Da wir für ein öffentliches Schulsystem eintreten, finden wir das besorgniserregend. Das Grundgesetz bietet zwar die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt aber gleichzeitig enge Rahmen. Private Schulen sind laut Grundgesetz nur erlaubt, wenn sie nicht nach Besitzverhältnissen sondern. Berliner Privatschulen werden aber vor allem von Kindern aus privilegierten Elternhäusern besucht. Die dadurch verstärkte soziale Segregation möchten wir verhindern. Das Sonderschulverbot werden wir konsequent durchsetzen. Deshalb verpflichten wir alle Privatschulen, ein Konzept vorzulegen, wie sie mehr Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten aufnehmen wollen. Zudem werden wir bei der Zulassung von neuen Privatschulen eine soziale Mischung einfordern und die Zulassungsbedingungen in regelmäßigen Abständen überprüfen. Private Grundschulen unterliegen noch stärkeren grundgesetzlichen Beschränkungen und dürfen nur noch im Ausnahmefall zugelassen werden.

Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderschulverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von privaten Schulen in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Private Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.

An allen privaten Schulen soll das Schulgeld zukünftig transparent nach Einkommen gestaffelt werden, Transferleistungsempfänger*innen werden befreit. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von privaten Schulen in Berlin gearbeitet. Der Privatschulboom der letzten Jahrzehnte zeigt, dass die Finanzierung bisher zu großzügig bemessen war. Wir wollen daher analog zu Brandenburg die Zuschüsse zu privaten Schulen senken und das gewonnene Geld zur Finanzierung benachteiligter öffentlicher Schulen nutzen. Außerdem soll die Höhe der Finanzierung zukünftig an den Grad der sozialen Durchmischung gekoppelt sein. Das bedeutet konkret, dass im

Rahmen der gekürzten Mittel Privatschulen, die einen größeren Anteil ärmerer Kinder aufnehmen, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Privaten Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, werden im gleichen Maße Mittel gekürzt. Aufgrund ihrer Klientel können verschiedene Privatschulen unterschiedlich hohe Schulgelder erheben. Das macht es attraktiv für Privatschulen wohlhabende Schüler*innen anzuwerben. Wir möchten gleiche Bedingungen für alle Schulen erreichen und werden deshalb bei zu hohen Schulgeldeinnahmen öffentliche Zuschüsse kürzen.

Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen.

Begründung

Antragsteller*innen: Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Annkatrin Esser (Grüne Jugend Berlin), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Oliver E. Münchhoff (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-474-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch (LAG Bildung) u.a.

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 474 bis 483:

Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen.

Private Grundschulen unterliegen noch stärkeren grundgesetzlichen Beschränkungen und dürfen nur noch im Ausnahmefall zugelassen werden.

~~Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen.~~ Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die

Begründung

Begründung:

“(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.”

Daraus wird in der Rechtssprechung ein Vorrang der öffentlichen Grundschule abgeleitet. Die starke Expansion privater Grundschulen muss besonders kritisch beobachtet werden.

L-01-475 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 475 bis 477:

~~Private Schulen in freier Trägerschaft~~ Privatschulen waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. ~~Gleichzeitig leisten~~ An dieser Stelle ist anzumerken, dass in Berlin nur ein geringer Prozentsatz der Privatschulen alternative Schulkonzepte erprobt. Trotzdem erkennen wir an, dass es Privatschulen gibt, die neue Lernmethoden entdecken und ausprobieren. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass einzelne Privatschulen zwar durch ihre Arbeit alternative Lernmethoden sichtbar machen, diese Methoden aber kaum in den Schulbetrieb der staatlichen Schulen überführen. So kommen sie nur einem kleinen Teil an privilegierten Schüler*innen zu Gute. Diese Praxis sehen wir äußerst kritisch! Schließlich machen Waldorfschulen oder Montessorischulen seit Jahrzehnten gute Erfahrungen mit alternativen Bewertungssystemen und trotzdem werden Schüler*innen an staatlichen Schulen immer noch mit Ziffernnoten bewertet.
Um diese Praxis zu beenden, fordern wir einen Fonds, auf den sich Schulen mit Projekten bewerben können. Die Projekte sollen wissenschaftlich begleitet werden. Nach Beendigung des Projektes sollen die Ergebnisse dem Senat vorgelegt werden, welcher dann entscheidet, ob erprobte Lehr- und Lernmethoden oder Strukturen in den staatlichen Schulbetrieb überführt werden. Bei der Verteilung der Projekte soll darauf geachtet werden, dass dieses Geld verschiedenen Bezirken zu Teil kommt. Gemeinschaftsschulen sowie Schulen mit einem hohen Prozentsatz an Schüler*innen aus Familien mit mindestens einem transferleistungsberechtigten Elternteil, sollen bei der Vergabe bevorzugt werden. Privatschulen leisten in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser

Von Zeile 481 bis 487:

Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Die Einhaltung des Sonderungsverbots ist Bedingung für die Existenz privater Schulen. Wir wollen ~~mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um~~ uns stärker dafür einsetzen, dass Privatschulen diese Bedingung einhalten. Um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. ~~Dazu sollen alle existierenden Schulen, müssen Privatschulen künftig~~ ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten ~~Schichten~~ Familien öffnen wollen. Die Umsetzung des Konzepts muss innerhalb von 5 Jahren geprüft werden.

Von Zeile 491 bis 497:

finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von ~~privaten Schulen~~ Privatschulen in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass ~~freie Schulen~~ Privatschulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. ~~Private S~~ Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.

Begründung

Grundgesetz

L-01-475-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 475 bis 497 löschen:

~~Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von privaten Schulen in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Private Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.~~

Begründung

Gesonderte Streichung wg. Systemproblemen.

L-01-475-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 475 bis 477:

~~Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte.~~ Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser

Begründung

Kontrafaktische Behauptung. 75% der Berliner Privatschulen sind religiös motiviert, weitere haben einen internationalen oder bilingualen Fokus, die Erprobung neuer pädagogischer Konzepte stehen bei den meisten Schulen nicht im Vordergrund.

Antragsteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg).

L-01-481 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 480 bis 486:

dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus ~~bildungsnahe~~~~n Familien~~ akademischen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, ~~bildungsferneren~~ bildungs(institutions)ferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus ~~sozial-oder~~ finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass

L-01-482 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 481 bis 487:

Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. ~~Wir wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Die Einhaltung des Sonderungsverbots ist Bedingung für die Existenz privater Schulen. Wir wollen uns stärker dafür einsetzen, dass Privatschulen diese Bedingung einhalten. Um die Heterogenität innerhalb der Schulen zu verbessern, müssen Privatschulen künftig ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial und finanziell benachteiligten Familien öffnen wollen. Die Umsetzung des Konzepts muss innerhalb von fünf Jahren geprüft werden.~~ Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren

Begründung

rfolgt mündlich

L-01-497 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Robin Völker (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 496 bis 497 einfügen:

gefördert werden. Private Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten. Dabei wollen wir die Vorgaben des Koalitionsvertrages umsetzen und nicht mehr Geld an Privatschulen geben als bisher. Zusätzliche Mittel werden wir in die öffentlichen Schulen investieren, bei denen der Bedarf am höchsten ist.

Begründung

Zum einen ist das ein Bekenntnis zum Koalitionsvertrag. Zum anderen ist es auch sinnvoll, da die Bedarfe in einer Reihe von öffentlichen Schulen am größten ist.

Antragssteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Vito Dabisch (LAG Bildung), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg)

L-01-501 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 500 bis 504:

eine Mischung an Instrumenten wichtig, die nicht nur Abschlüsse und Notendurchschnitte misst, sondern auch die konkrete Situation von Schulen in den Blick nimmt. ~~Ein-Gymnasium~~Eine Schule mit vielen Kindern aus bildungsnahen Familien hat es leichter, gute Abschlusszahlen vorzuweisen, als eine ~~Gemeinschaftsschule~~Schule, die ~~per Definition~~ eine viel heterogenere Schüler*innenschaft aufweist. Darum setzen wir uns für eine Mischung unterschiedlicher Instrumente ein, zum

Begründung

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-504 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 503 bis 507 einfügen:

als eine Gemeinschaftsschule, die per Definition eine viel heterogenere Schüler*innenschaft aufweist. Darum setzen wir uns zum einen für eine Mischung unterschiedlicher Instrumente ein, zum Beispiel aus Vergleichsarbeiten, ausgefallenen Stunden und Vor-Ort-Besuchen, um die individuelle Situation von Schulen im Detail betrachten zu können. Diese Instrumente wollen wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden. Zum anderen setzen wir uns dafür ein, dass Schulen den Schüler*innen, die nicht aus akademischen Familien kommen, strukturell die Möglichkeit bieten, ihre Nachteile zu kompensieren, um so die Verantwortung nicht komplett auf die Familien zu delegieren.

L-01-505 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 504 bis 507 einfügen:

aufweist. Darum setzen wir uns für eine Mischung unterschiedlicher Instrumente ein, zum Beispiel aus Schüler*innenbefragungen, Vergleichsarbeiten, ausgefallenen Stunden und Vor-Ort-Besuchen, um die individuelle Situation von Schulen im Detail betrachten zu können. Diese Instrumente wollen wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen sollen als Feedback für Schulen dienen und Verwaltung und Politik ermöglichen, zielgerichteter Problemen entgegenzuwirken. Wir wollen nicht, dass diese Ergebnisse in Form von Ranglisten veröffentlicht werden, um Effekten wie z.B. Stigmatisierung von nigrig gerankten Schulen oder Cream Skimming entgegenzuwirken.

L-01-507 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 507 bis 508 einfügen:

Denn um Schule gestalten zu können, ist es nötig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt ist. Das geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit der Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren, zum Beispiel den Berlinpass, ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren.

Begründung

Die Ergänzung ist von Zeile 599 - 605 hierher verschoben.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-507-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 506 bis 507 einfügen:

individuelle Situation von Schulen im Detail betrachten zu können. Diese Instrumente wollen wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden. Dabei steht im Vordergrund nie die Bewertung der Schule sondern die Identifikation von Verbesserungsbedarf und -potential zum gemeinsamen Nutzen.

Begründung

Gegenwärtig wird die Schulinspektion in den Schulen oft als lästig empfunden und es werden gerne potemkinsche Dörfer aufgebaut, damit man gute Noten bekommt. Noten für Schulen sind nicht besser als Noten für Schüler. Man sollte gänzlich auf sie verzichten und die Qualitätsverbesserung als gemeinsame, für alle Beteiligte positive Aktivität ansehen.

L-01-514 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 513 bis 514 einfügen:

bisherige Nutzung der vorhandenen Portale für Lehrer-Schüler-Feedback zum Unterricht ist noch viel zu gering. Alle schulischen Fachkräften sollen als Teil ihrer Arbeit Supervision in Anspruch nehmen können.

Begründung

An dieser Stelle ist die Forderung nach Supervision gut aufgehoben.

L-01-514-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 513 bis 514 einfügen:

bisherige Nutzung der vorhandenen Portale für Lehrer-Schüler-Feedback zum Unterricht ist noch viel zu gering.

Insgesamt ist eine bessere Verzahnung von interner und externer Evaluation als ein vielversprechender Ansatz für Schulentwicklung zu fördern. Schulen und Schulaufsicht müssen in der Nutzung von externen und internen Evaluationsergebnissen künftig noch stärker fachlich unterstützt werden.

Die externe Schulevaluation/Schulinspektion stellt ein wichtiges Instrument zur Qualitätsentwicklung dar, das erheblich mehr Potential enthält als bisher sichtbar geworden ist. Dieses lässt sich aber nur nutzen, wenn die erforderlichen Verknüpfungen mit anderen Elementen der Qualitätsentwicklung- und -sicherung planvoll vorgenommen werden. Eine Gesamtstrategie in diesem Sinne gibt es in Berlin bisher nur in Ansätzen.

Begründung

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-516 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 516 bis 517:

~~Schüler*innen und Schüler~~ **Heutzutage** wachsen ~~heute~~ **Kinder** in einer wesentlich schnelllebigeren Welt
auf als jede Generation zuvor. Lehrer*innen stehen vor der Herausforderung, ihre Schüler*innen auf

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-517 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 516 bis 521:

Schüler*innen und Schüler wachsen heute in einer wesentlich schnelllebigeren Welt auf als jede Generation zuvor. ~~Lehrer*innen stehen vor der Herausforderung, ihre Schüler*innen auf ein Leben in einer digitalisierten Welt vorzubereiten, in der sich viele von ihnen selbst nicht sicher bewegen können. Es ist deshalb zentral, passende Fort- und Weiterbildungsangebote bereitzustellen und die Menschen in der Lehrerausbildung entsprechend vorzubereiten.~~ Ausgelöst durch die Entwicklung digitaler Technologien nimmt die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts insgesamt rasant zu; in der Folge verändern sich Kommunikationsbeziehungen und sozioökonomische Bedingungen, alles wird komplexer, Berufsbilder verschwinden und entstehen neu, berufliche Anforderungen steigen. Die inhärente Undurchsichtigkeit der auf Bits und Bytes beruhenden Technik und ihre zunehmende Durchdringung erfordern mehr Kompetenzen, um sie nicht nur bedienen, sondern auch die mögliche Auswirkungen des eigenen Handelns durchschauen und Gefahren abwehren zu können. Die Digitalisierung kann aber auch zu effektiverem Lernen, differenzierterem Unterricht und motivierteren Schülern führen. Auf alle die neuen Aufgaben und Möglichkeiten muss sich das Berliner Schulwesen dringend einstellen und dazu muss die Digitalisierung endlich entschlossen und umfassend in Angriff genommen werden. Lehrer*innen sollen ihre Schüler*innen auf ein Leben in einer digitalisierten Zukunft vorbereiten, die sie noch nicht kennen können; und viele können sich noch nicht einmal in der Technik von heute sicher bewegen Wir müssen uns daher Gedanken über veränderte Lernziele und -Inhalte ebenso wie über veränderte Unterrichtsformen machen, passende Fort- Weiterbildungs- und Schulentwicklungsangebote bereitzustellen und die Menschen in der Lehrerausbildung entsprechend vorbereiten.

Begründung

Es fehlen eine fundierte Begründung, warum die Bildung eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Digitalisierung in der Gesellschaft spielt, und eine klare Aussage, dass wir die Digitalisierung im Bildungswesen mit Nachdruck vorantreiben wollen.

Der zweite Teil weist auf die Konsequenzen hin, die über Ausbildungsangebote hinausgehen.

Unterstützt von:

Stefanie Remlinger, KV Berlin-Pankow

L-01-523 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 522 bis 527:

Die beste Ausbildung nützt jedoch nichts, wenn die Ausstattung an den Schulen nicht ~~annähernd auf der Höhe der Zeit ist~~ den Anforderungen eines zukunftsorientierten Unterrichts entspricht. Wir fordern deshalb, dass alle Schulen ausreichende, ihrem jeweiligen Medienkonzept entsprechende Ausstattung mit Computern und anderen Endgeräten bekommen und mit aktueller, zukunftsfähiger ~~Infrastruktur~~ Netzinfrastruktur wie beispielsweise Breitbandanschluss und WLAN in allen Unterrichtsräumen versorgt werden. Zur digitalen Infrastruktur gehören darüber hinaus auch Schulclouds, Lernmanagementsysteme, Medienserver und andere Dienste, die zentral zur Verfügung gestellt werden und sowohl in der Schule als auch ~~zulässt, dass viele Schüler*innen gleichzeitig beispielsweise das WLAN nutzen von Zuhause aus nutzbar sind~~. Gleichzeitig muss die Hardware Hard- und Software müssen verlässlich gewartet und Lehrer*innen bei ihrer Verwendung unterstützt werden – IT-Personal an allen Schulen ~~ist~~ und eine Support-Hotline sind dafür unumgänglich.

Begründung

Hier soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass nicht irgendwelche Hardware beschafft wird, sondern ein Konzept vorliegen muss und die Geräte den aus diesen folgenden Anforderungen genügen müssen. Beispielsweise bieten sich Tablets nicht an, wenn Maschineschreiben gelernt werden soll.

Bei der Infrastruktur müssen auch die zentralen Dienste genannt werden, die angeboten werden sollen, damit sich nicht jede Schule selbst etwas ausdenken muss. Der Irrtum, dass man nur Computer und Internet braucht, ist seltsamerweise weit verbreitet.

Die Support-Hotline ist sehr wichtig, weil man die Lehrer*innen, die in der Technik unsicher sind, nicht damit allein lassen kann.

Die restlichen Änderungen dienen der Präzisierung und Kürzung.

Unterstützt von:

Stefanie Remlinger, KV Berlin-Pankow

L-01-526 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Arndt Adler (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 525 bis 527 einfügen:

Infrastruktur wie beispielsweise Breitbandanschluss versorgt werden, die auch zulässt, dass viele Schüler*innen gleichzeitig beispielsweise das WLAN nutzen. Die beschaffte Hardware soll in ihrer Produktion, gerade auch wegen der Vorbildfunktion der öffentlichen Institution Schule, sozialen und ökologischen Standards entsprechen. Gleichzeitig muss die Hardware verlässlich gewartet werden – IT-Personal an allen Schulen ist dafür unumgänglich.

Begründung

Denn Kindern wird es unglaublich vorkommen, wenn über Ökologie immer nur geredet wird, aber für die Schul IT nur die Mindeststandards eingehalten werden.

L-01-527 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jelisaweta Kamm (Grüne Jugend Berlin-Mitte, KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 526 bis 527 einfügen:

viele Schüler*innen gleichzeitig beispielsweise das WLAN nutzen. Gleichzeitig muss die Hardware verlässlich gewartet werden – IT-Personal an allen Schulen ist dafür unumgänglich. Zusätzlich soll durch den bundesweiten Einsatz eines zentralen Bildungsservers, auf der Lehrer ihre erstellten Materialien teilen und diskutieren können. So soll der Umgang mit IT und der pädagogische Austausch gefördert werden.

L-01-527-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Karsten Dirk Gloger (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Nach Zeile 527 einfügen:

Wir wollen deshalb alle Schulen mit einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur ausstatten. Das bedeutet konkret: die Ausstattung aller Schulklassen mit WLAN fähigen Endgeräten wie z.B. Tablets oder Laptops und beinhaltet selbstverständlich auch die Versorgung aller Schulen mit Breitbandanschluss und einem Leistungsfähigen WLAN Netz in sämtlichen Unterrichtsräumen.

Gleichzeitig muss die Hardware verlässlich gewartet werden – IT-Personal an allen Schulen ist dafür unumgänglich.

Begründung

Der Ursprungstext ist zu wenig konkret. Denn selbstverständlich wollen wir ein leistungsfähiges WLAN Netz in „sämtlichen“ Unterrichtsräumen des Schulgebäudes. So wie es im Leitantrag steht könnte man meinen es reichen einige wenige Räume aus. Auch steht es uns als Regierungspartei nicht gut zu Gesicht Dinge zu „fordern“. Wir müssen sie „tun“. Zudem sind „Computer“ (Leitantrag) nicht zwangsläufig WLAN-Fähig.

L-01-528 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 528 bis 544:

Digitalisierung ~~ist aber nicht nur eine Frage von Computern, WLAN und Smartboards. Es geht darum an der Schule heißt~~, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten Welt vorzubereiten. Dabei gilt es, sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. Wie auch in anderen Bereichen ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen und ihnen die zur Bewältigung des Lebens und Arbeitens erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln. Schüler*innen müssen lernen, wie sie Medien ~~gewinnbringend~~nutzbringend einsetzen können, aber auch, wie sie beispielsweise Unwahrheiten erkennen ~~oder wie sie, auf Cybermobbing reagieren, wenn sie Cyber-Mobbing erleben~~Überwachung vermeiden, Identitätsdiebstahl und andere Angriffe abwehren und auch die Rechte anderer Menschen wahren können. Der Einfluss großer Konzerne und der Handel mit Daten sind genauso problematisch wie die Tatsache, dass zu häufiger ~~Medienkonsum~~ zu Konzentrationsschwächen und anderen Verhaltensauffälligkeiten führen kann. Deshalb wollen wir Medienpädagogik und digitale Technik von Anfang an zusammen denken. Denn Digitalisierung ohne Medienpädagogik ist genauso undenkbar, wie eine gute Medienpädagogik ohne die entsprechende Technik. Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben ~~das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist das häufig ein Ausschlussmechanismus – denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier gilt es, Hürden abzubauen;~~eigene mobile Endgeräte dürfen~~Der Besitz eines eigenen Geräts darf~~ keine Voraussetzung für den Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie inner- und außerhalb der Schule kostenlos nutzen können. Auch die Lehrkräfte müssen mit den erforderlichen Geräten ausgestattet werden, wenn wir von ihnen erwarten, dass sie im Unterricht moderne Technik einsetzen. Bei der Beschaffung der elektronischen Ausrüstung dürfen allgemeine digitalisierungspolitische Aspekte wie Datenschutz- und Sicherheit, ökologischer Fußabdruck, Produktionsbedingungen usw. nicht übersehen werden.

Begründung

Es soll etwas deutlicher werden, dass bei der Benutzung von Digitaltechnik vieles beachtet werden muss und die Schüler*innen daher ein Verständnis für die von ihnen verwendete Technik bekommen müssen.

Es ist wichtig, dass die Einführung von Digitaltechnik mit dem Aufbau der didaktischen Kompetenzen verbunden werden muss.

Es soll auch deutlich werden, dass die Endgeräte nicht nur in der Schule verfügbar sein können, sondern den Schüler*innen auch für die Arbeit zuhause zur Verfügung gestellt werden müssen.

Dass auch dem Lehrpersonal die benötigten Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, sollte eigentlich selbstverständlich sein (ist es aber nicht).

Die allgemeinen Technikanforderungen sollten erwähnt werden, weil sie oft übersehen werden.
Beispielsweise ist es nicht ganz einfach, mobile Endgeräte zu verwenden, die die Schüler*innen nicht
der Ausforschung durch ausländische Datensammler auszuliefern.

Die übrigen Änderungen dienen der Präzisierung und Kürzung des Textes.

Unterstützt durch:
Stefanie Remlinger, KV Berlin-Pankow

L-01-529 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 528 bis 530 einfügen:

Digitalisierung ist aber nicht nur eine Frage von Computern, WLAN und Smartboards. Es geht darum, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten Welt vorzubereiten und sie zu digital citizens zu erziehen. Dabei gilt es, sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. Wie auch in anderen Bereichen

L-01-530 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 529 bis 531 einfügen:

darum, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten Welt vorzubereiten. Dabei gilt es, sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. Dafür müssen auch im digitalen Bereich außerschulische Lernorte und Kooperationspartner*innen selbstverständlicher Bestandteil von Schule werden. Wie auch in anderen Bereichen ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen. Schüler*innen müssen lernen,

Begründung

Die digitale Entwicklungsgeschwindigkeit führt dazu, dass Lehrende und Schulen nicht mehr UpToDate sein können. Neben Fort- und Weiterbildungskonzepte für Lehrkräfte, Implementierung der Medienkompetenz im Unterrichtsgeschehen und Schulalltag sind wie im Umweltbereich aber auch Kooperationsstrukturen mit außerschulischen Partnern - außerschulische Lernorte - ein wichtiger Baustein für digitale Teilhabe aller Schüler*innen.

L-01-531 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 530 bis 534 einfügen:

sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. Wie auch in anderen Bereichen ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen, die mit der Kompetenz ausgestattet sind, mit Medieninhalten kritisch umzugehen. Schüler*innen müssen lernen, wie sie Medien gewinnbringend einsetzen können, aber auch, wie sie beispielsweise Unwahrheiten erkennen, verschiedene und differenzierte Quellen finden und diese für ihre Meinungs- und Urteilsbildung nutzen oder wie sie reagieren, wenn sie Cyber-Mobbing erleben. Der Einfluss großer Konzerne und der Handel mit Daten sind genauso problematisch wie die Tatsache, dass

Von Zeile 536 bis 539:

führen kann. Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus ~~bildungsfernen~~ bildungs(institutions)fernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt (Stichwort "digitale Kluft"). Nicht alle Familien haben das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist

L-01-536 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Karsten Dirk Gloger (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 535 bis 544:

zu häufiger Medienkonsum zu Konzentrationsschwächen und anderen Verhaltensauffälligkeiten führen kann. ~~Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist das häufig ein Ausschlussmechanismus – denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier gilt es, Hürden abzubauen; mobile Endgeräte dürfen keine Voraussetzung für den Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie kostenlos nutzen können.~~

Deshalb wollen wir Medienpädagogik und digitale Infrastruktur von Anfang an zusammen denken. Denn Digitalisierung ohne Medienpädagogik ist genauso wertlos wie eine gute Medienpädagogik ohne die entsprechende technische Infrastruktur.

Im Hinblick auf die Digitalisierung unserer Schulen müssen wir auch soziale Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben das Geld für mobile Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist das häufig ein Ausschlussmechanismus – denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier gilt es, Hürden abzubauen; mobile Endgeräte dürfen keine Voraussetzung für den Schulbesuch sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie kostenlos nutzen können.

Begründung

Im Leitantrag des LAVO steht: „Digitalisierung muss der Pädagogik folgen nicht andersherum“. Medienpädagogen und Medienexperten sehen das anders. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass Lehrer*innen nach Medienpädagogischen Fortbildungen zurück an ihre Schule kamen und ihr gesamtes Wissen a) aufgrund fehlender Infrastruktur dort nicht anwenden konnten und b) infolge dessen die Medienpädagogischen Inhalte nach einigen Monaten wieder in Vergessenheit gerieten. Deshalb raten Medienpädagogen und Experten dringen dazu beides zeitgleich zu entwickeln und aufzubauen (Medienpädagogik und digitale Infrastruktur)

L-01-544 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 543 bis 544 einfügen:

sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie kostenlos nutzen können. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass an Schulen kostenlose opensource Software wie das Betriebssystem Linux verwendet wird.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-545 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 545 bis 550:

Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung die derzeitige Situation beendet, in der es kein klares Gesamtkonzept gibt und jede Schule und jeder Bezirk eigene Lösungen sucht, ohne zu wissen, welchen Anforderungen sie eigentlich gerecht werden müssen. Dazu soll sie einen umfassenden Medien- und Digitalisierungsentwicklungsplan vorlegen, der den Weg weist zu einer anforderungsgerechten technischen Ausstattung der Bildungseinrichtungen und innerhalb der beteiligten Menschen, dem Aufbau der erforderlichen personellen Kompetenzen und der Entwicklung der fach- und allgemeindidktischen Grundlagen. Innterhalb der Senatsverwaltung ~~den~~ soll der Bereich Digitalisierung ~~der Schulen~~ im Bildungswesen gestärkt und personell so ~~ausstatten,ausgestattet werden, dass sie die Vorhaben auch gegenüber den anderen beteiligten Stellen (Innenverwaltung, ITDZ) durchsetzten und zügig ausführen kann und dass Schulen dort auch Ansprechpartner*innen sowohl zu inhaltlichen als auch zu technischen Fragen finden.~~

Begründung

Es sollte etwas klarer werden, was mit dem Medien- und Digitalisierungsentwicklungsplan gemeint ist.

Der Bereich für die Digitalisierung in der Bildungsverwaltung sollte nicht nur für die Schulen zuständig sein, da die zu lösenden Fragen in anderen Bildungseinrichtungen sehr ähnlich sind. Es sollte deutlich werden, dass dieser Bereich mehr Gewicht bekommen muss, damit der technische Ausbau nicht im Kompetenzengestrüpp stecken bleibt, wie man es am Beispiel Berufsschulen sehen kann.

Die übrigen Änderungen dienen der Präzisierung und Kürzung.

Unterstützt von:

Stefanie Remlinger, KV Berlin-Pankow

L-01-550 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 550 bis 552:

Bildung für nachhaltige Entwicklung

~~Gerade in Zeiten der allgegenwärtigen Digitalisierung ist es wichtig, dass wir Kindern die Möglichkeit geben, auch~~ Uns ist es wichtig, dass wir Kindern die Möglichkeit geben. Umwelt und Natur greifbar zu erleben und zu erlernen.

Begründung

Hier wird ein vermeintlicher Widerspruch zwischen Digitalisierung und Natur aufgemacht, den es so nicht gibt. Deshalb sollten die Kapitel getrennt stehen. So zeigen sie sich als zwei gleichberechtigte Aspekte guter Bildung, die sich nicht widersprechen.

L-01-570 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (Berlin-Reinickendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 569 bis 570 einfügen:

(Grund-)Schulklasse mindestens einmal im Jahr ein Angebot in den Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.

Inklusion betrifft alle Kinder

Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es ist, unabhängig von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem Hintergrund, Alter oder Behinderung.

Eine inklusive Schule in einer inklusiven Gesellschaft wird immer ein Ziel bleiben, zu dem ein Weg führt, der auf Vorurteilsbewusstsein und der Wertschätzung von Vielfalt beruht und die Chancen und Möglichkeiten aller Schüler*innen individuell und zugleich generell in den Mittelpunkt stellt. Berlin ist auf diesem Weg schon einige wichtige Schritte gegangen. Rahmenlehrplan und Schulgesetz sind überarbeitet und es sind in allen Bezirken die Schüler*innen, Familien und Schulen gleichermaßen begleitenden Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) eingerichtet worden. Es gibt Qualifizierungsprogramme für Schulen und Fortbildungskonzepte für Pädagog*innen. Die bisher vereinbarten 36 inklusiven Schwerpunktschulen sind mit mehr Personal ausgestattet und Kinder mit Autismus und besonderer geistiger, körperlicher oder motorischer Entwicklung lernen in gemischten Klassen. Hier können sehende und nicht sehende, hörende und nicht hörende Kinder miteinander lernen.

Diversität ist selbstverständlicher Alltag, nur leider nicht überall gelebte pädagogische Praxis. Das Wahlrecht der Familien ist formal an allen Schulen eingeschränkt, nicht nur an Gymnasien. Viele Familien machen die Erfahrung, wegberaten zu werden. Sie sind mit hohen bürokratischen Hürden konfrontiert. Insbesondere Familien mit gesundheitlichen Belastungen, mit niedrigem Bildungs- oder Sozialniveau, mit Migrations- oder diversem kulturellen Hintergrund stolpern und scheitern eher an diesen Hürden.

Und wenn Familien dennoch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sich bspw. für die nächstgelegene Schule entscheiden, trifft ihr Rechtsanspruch auf Teilhabe allzu häufig auf eine löchrige Umsetzung.

Kinder und Jugendliche mit komplexen individuellen Lebenssituationen und Problemlagen müssen endlich adäquat unterstützt werden. Dies erfordert tragfähige Strukturen und verlässliche Verfahrensregelungen für alle Verantwortlichen (Schulen, Jugend, Gesundheit, weitere Hilfe- und Unterstützungssysteme). Damit die Unterstützung gelingen kann, müssen die beteiligten Professionen fächer- und institutionenübergreifend zusammenarbeiten, gemeinsame Hilfeplanung stattfinden, Familien und Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Ressourcenorientierung und Lebensweltorientierung sind bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Barrierebelastete Schulbauten, eine wenig ausgeprägte Inklusionskultur und mangelhafte

Unterstützungsstrukturen müssen endlich in der ganzen Breite der Schulformen und Schulen einer inklusiven Schule weichen und der damit verbundene Rechtsanspruch ohne Ausnahmen im Berliner Schulgesetz verankert werden. Mindestvoraussetzung ist die Streichung von § 37 Absatz 3 BerlSchulG.

Kinder und Jugendliche die vorübergehend oder längere Zeit nicht an den Regelschulen beschult werden können, muss von Anfang in der Hilfeplanung die Rückkehr an die Regelschule verbindlich mit geplant werden und ein entsprechender Schulplatz möglichst an der Herkunftsschule zur Verfügung stehen. Die abgebende Schule bleibt in der Verantwortung für ihre Schüler*innen.

Wir wollen die Schulhelferstunden durch mehr Personal und durch individuelle Ansprüche der Schüler*innen zusätzlich zur Grundausstattung der Schulen absichern. Für uns gilt dies selbstverständlich auch ausnahmslos für Ausflüge und Klassenfahrten. Damit diese Unterstützung gesichert ist und bedarfsgerecht bei den Schüler*innen und der Schule im Sozialraum ankommt, wollen wir die Regionalbudgets erhöhen und deren Deckelung beenden. Die RV SchulPfleHi bleibt in allen weiteren Punkten bestehen.

Die Zumessungsrichtlinien für sonder- und sozialpädagogische Fachkräfte sollen sich an den Bedarfen der Kinder und der Pädagog*innen orientieren und den Schulen transparent sein. Fachpersonal mit Bezug auf sonderpädagogische Beratung, Diagnostik und inklusiver Schulentwicklung sowie Klassenleiter*innen sollen inklusionsbezogene Anrechnungstunden erhalten. Zusätzliches Personal für Sprachförderungen wollen wir schülerindividuell stellen und die Begrenzung in der Schülerförderungs- und betreuungsverordnung abschaffen. Grundsätzlich lehnen wir ab, dass inklusionsbezogene Fachkräfte für Vertretungen eingesetzt werden.

Unter Federführung der Senatsverwaltung für Jugend und Familie wollen wir ein Netzwerk Inklusion schaffen. Für Kinder mit besonderen Bedarfen und ihre Familien braucht es ein Lotsensystem, um sie aus dem Dschungel der Rechtssysteme zu führen. Es soll bei den Jugendämtern angesiedelt sein.

Begründung

Unterstützer*innen: AG Kinder, Jugend und Familie

Ein Antrag zu schulischer Bildung ohne unsere Forderungen nach Umsetzung der Inklusion wäre... zumindest unvollständig.

L-01-570-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan und Sybille Volkholz (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 569 bis 570 einfügen:

(Grund-)Schulklasse mindestens einmal im Jahr ein Angebot in den Umwelt- und
Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.

Inklusion betrifft alle Kinder

Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel
breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an
Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu nehmen, wie es
ist, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung,
sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder von Behinderungen.

Eine inklusive Schule in einer inklusiven Gesellschaft wird immer ein Ziel bleiben, zu dem ein Weg
führt, der auf der Wertschätzung von Vielfalt beruht und die Chancen und Möglichkeiten aller
Schüler*innen individuell und zugleich generell in den Mittelpunkt stellt. Berlin ist auf diesem Weg
schon einige wichtige Schritte gegangen. Rahmenlehrplan und Schulgesetz sind überarbeitet und es
sind in allen Bezirken die Schüler*innen, Familien und Schulen gleichermaßen begleitenden
Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ)
eingerrichtet worden. Es gibt Qualifizierungsprogramme für Schulen und Fortbildungskonzepte für
Pädagog*innen. Die bisher vereinbarten 36 inklusiven Schwerpunktschulen sind mit mehr Personal
ausgestattet und Kinder mit Autismus und besonderer geistiger, körperlicher oder motorischer
Entwicklung lernen in gemischten Klassen. Hier können sehende und nicht sehende, hörende und
nicht hörende Kinder miteinander lernen. Diversität ist selbstverständlicher Alltag, nur leider nicht
überall gelebte pädagogische Praxis.

Kinder und Jugendliche mit komplexen individuellen Lebenssituationen und Problemlagen müssen
adäquat unterstützt werden. Dies erfordert tragfähige Strukturen und verlässliche
Verfahrensregelungen für alle Verantwortlichen (Schulen, Jugend, Gesundheit, weitere Hilfe- und
Unterstützungssysteme). Damit die Unterstützung gelingen kann, müssen die beteiligten Professionen
fächer- und institutionenübergreifend zusammenarbeiten, gemeinsame Hilfeplanung stattfinden,
Familien und Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Ressourcenorientierung und
Lebensweltorientierung sind bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Barrierebelastete Schulbauten, eine wenig ausgeprägte Inklusionskultur und mangelhafte
Unterstützungsstrukturen müssen endlich in der ganzen Breite der Schulformen und Schulen einer
inklusive Schule weichen und der damit verbundene Rechtsanspruch ohne Ausnahmen im Berliner
Schulgesetz verankert werden. Mindestvoraussetzung ist die Streichung von § 37 Absatz 3 BerlSchulG.

Kinder und Jugendliche die vorübergehend oder längere Zeit nicht an den Regelschulen beschult
werden können, muss von Anfang in der Hilfeplanung die Rückkehr an die Regelschule verbindlich mit
geplant werden und ein entsprechender Schulplatz möglichst an der Herkunftsschule zur Verfügung
stehen. Die abgebende Schule bleibt in der Verantwortung für ihre Schüler*innen.

Nachdem die Schulhelferstunden erhöht sind, sollte nun ein besseres Assistenzkonzept entwickelt werden, das auch die medizinische Versorgung von Kindern abdeckt, so dass es nicht mehr vorkommt, dass Kinder nicht zur Schule gehen können, weil ihnen keine Medikamente verabreicht werden kann, weil es sich bisher für einen ambulanten Träger finanziell nicht lohnt. ?Die RV SchulPfleHi bleibt in allen weiteren Punkten bestehen.?

Unter Federführung der Senatsverwaltung für Jugend und Familie wollen wir ein Netzwerk Inklusion schaffen. Für Kinder mit besonderen Bedarfen und ihre Familien braucht es ein Lotsensystem, um sie aus dem Dschungel der Rechtssysteme zu führen. Es soll bei den Jugendämtern angesiedelt sein.

Begründung

Der Einschub zur Inklusion ist eine gekürzte und ergänzte Variante des Änderungsantrags der AGKiJuFam

(Zeile 570) und soll zur Mitberatung hier gleich eingebracht werden.

L-01-570-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 569 bis 570 einfügen:

(Grund-)Schulklasse mindestens einmal im Jahr ein Angebot in den Umwelt- und
Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.

Schule in der Vielfalt ist inklusiv!

Unsere Schülerschaft vielfältig und multikulturell. Aber unsere Schulen, die Rahmenpläne und das Personal in den Bildungseinrichtungen sind eher monokulturell und monolingual geprägt. Vielerorts führt Vielfalt zu Anspannungen und oft werden diese durch soziale Unterschiede verstärkt. Das Resultat sind Schulen die von bildungsnahen Eltern, insbesondere deutscher Herkunft gemieden werden. Oft ziehen Eltern aus ihren Kiezen weg, sobald die Kinder im Einschulungsalter sind. Das führt zu einem Abwärtstrend, welcher zu mehr Segregation und Spaltung führt. Gegen diesen Abwärtstrend gibt es kein Patentrezept, dennoch gelingt es aber vielen Schulen in sozialbenachteiligten Gebieten mit Ganztagsbetreuung, Elterncafes, durch Eigenverantwortung und ähnliche Maßnahmen, den Abwärtstrend zu stoppen und gar umzukehren. Sie beweisen, dass Schulen in sozialbenachteiligten Gebieten gelingen können. Das Geheimnis dieser Schulen ist eine gute Bildungsqualität, die Anerkennung von Vielfalt und eine Öffnung der Bildungseinrichtung. Die Anerkennung der Vielfalt unserer Gesellschaft ist dafür unerlässlich. Zur Schule in der Vielfalt gehören auch Lehrkräfte und Erzieher*innen mit interkulturellen Kompetenzen oder Migrationshintergrund. Darum ist die Reform der Lehrer*innen –und Erzieher*innenausbildung sowie der Rahmenpläne ein wichtiger Baustein zum Gelingen der Schule in der Vielfalt. Die Realität der Einwanderungsgesellschaft muss sich in den Rahmenplänen, im Unterricht und in der Lehrer*innen -und Erzieher*innenausbildung klar widerspiegeln.

2009 hat die Bunderepublik die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert und sich verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu gewährleisten. Die Umsetzung dieser scheitert bis heute am fehlenden politischen Willen und am Zuständigkeitsgerangel zwischen Bund und Ländern. Auch in Berlin liegen noch viele Hindernisse auf dem Weg zu einer inklusiven Schule. Für uns ist die Schule in der Vielfalt inklusiv und hat dafür Sorge zu tragen, dass die Integration von Unterschieden flächendeckend gelingt. Sie muss auch das Wahrnehmen und Akzeptieren von Unterschieden fördern. Seit Jahren ist die gemeinsame Erziehung von Schüler*innen mit und ohne Behinderung vielerorts in Berlin erprobte Praxis. Wir müssen uns für die Ausweitung in der Fläche einsetzen und die dafür nötigen personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen. Auch hier muss die Regel gelten, dass das einzelne Kind mit seiner spezifischen Situation und seinen individuellen Bedürfnissen im Mittelpunkt aller Überlegungen steht. Die inklusive Schule trägt nämlich Verantwortung für alle ihre Schüler*innen. Sie ist eine Schule ohne Auslese und verzichtet auf Selektionsinstrumente.

Begründung

Antragsteller*innen: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte), Steffi Remlinger (KV Berlin-Pankow), Heiner von Marschall (KV Berlin-Reinickendorf), Matthias Oomen (KV-Berlin Charlottenburg-Willmersdorf), Ali Yurtagül (KV Berlin-Mitte), Christoph Melzer (KV Berlin-Mitte)

Begründung: In einem Bündnisgrünen Antrag reicht es nicht Inklusion und Vielfalt eher als Randthemen beiläufig zu erwähnen.

L-01-574 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 573 bis 574 einfügen:

früh demokratische Strukturen kennen und schätzen lernen, werden auch im späteren Leben für Vielfalt, Meinungsfreiheit und Menschenwürde eintreten. Kinder und Jugendliche sind Träger*innen eigener Menschenrechte, so die UN-Kinderrechtskonvention und unsere tiefe Überzeugung. In diesem Sinne müssen Schulen befähigt sein, Kinder- und Menschenrechte als Richtschnur für junge Menschen und pädagogische Personal zu leben.

Begründung

mündlich

L-01-574-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 573 bis 574 einfügen:

früh demokratische Strukturen kennen und schätzen lernen, werden auch im späteren Leben für
Vielfalt, Meinungsfreiheit und Menschenwürde eintreten.

Schule ist ein demokratischer Ort, wenn Demokratie dort gelebt wird. Demokratie in der Schule muss
daher den Hauptgegenstand von Schule, das Lernen, mit umfassen und schließt auch das
Zusammenleben in der Schule ein. Demokratie in der Schule macht keinen Sinn, wenn sie nicht auch
als Übungsfeld in der Gesellschaft verstanden und gestaltet wird und übt, verantwortlich zu handeln
und selbständig zu leben.

Begründung

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittroch(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik
Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von
Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV
Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille
Volkholz(LAG Bildung)

L-01-575 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 575 bis 576:

Wir wollen ~~deshalb~~außerdem den Schülervertretungen, den Bezirksschülerausschüssen sowie dem
Landesschülerausschuss mehr echte Mitbestimmungsmöglichkeiten geben. Hier lernen

Begründung

redaktionelle Änderung

L-01-575-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 575 bis 576:

Wir wollen deshalb den ~~Schülervertretungen~~Schüler*innenvertretungen, den
~~Bezirksschülerausschüssen~~Bezirksschüler*innenausschüssen sowie dem Landesschülerausschuss mehr
echte Mitbestimmungsmöglichkeiten geben. Hier lernen

Von Zeile 580 bis 581 einfügen:

entgegenwirken. Wir wollen deshalb auch mehr Schulen motivieren, eigene demokratische
Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. Auch wollen wir,
dass Schüler*innen selbstverantwortlich und selbstbestimmt an der Konzeption und Gestaltung von
Projekten und Klassenfahrten mitwirken.

L-01-581 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 580 bis 581 einfügen:

entgegenwirken. Wir wollen deshalb auch mehr Schulen motivieren, eigene demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. Innerschulische Beratungszentren für Diversity und Inklusion können Materialien zu kultureller und sprachlicher, zu religiöser und weltanschaulicher, zu geschlechtlicher und sexueller, zu sozialer und ethnischer Vielfalt zur Verfügung stellen.

Begründung

mündlich

L-01-581-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 580 bis 581 einfügen:

entgegenwirken. Wir wollen deshalb auch mehr Schulen motivieren, eigene demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. Allgemein gilt: Schüler*innen sind an Schulen die größte Gruppe. Deshalb müssen sie in allen Gremien mindestens 50% der stimmberechtigten Personen stellen. Um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, müssen sie Zeit für die Einarbeitung in die zu besprechenden Themen bekommen und dabei aktiv von Lehrer*innen unterstützt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-581-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 20.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 580 bis 581 einfügen:

entgegenwirken. Wir wollen deshalb auch mehr Schulen motivieren, eigene demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. Allgemein gilt: Schüler*innen sind an Schulen die größte Gruppe. Deshalb müssen sie in der Schulkonferenz mindestens 50% der stimmberechtigten Personen stellen. Um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, müssen sie Zeit für die Einarbeitung in die zu besprechenden Themen bekommen und dabei aktiv von Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen unterstützt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-583 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 582 bis 584:

In Berlin gibt es bereits ein aktives Netz für Demokratie- und politische Bildung. Es gilt, diese Angebote bekannter zu machen und Lehrkräften sowie Schüler*innen auch den nötigen (zeitlichen) Freiraum zu geben, diese ~~mit ihren Schüler*innen~~ gemeinsam anzunehmen.

L-01-584 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 583 bis 584 einfügen:

diese Angebote bekannter zu machen und Lehrkräften auch den nötigen (zeitlichen) Freiraum zu geben, diese mit ihren Schüler*innen anzunehmen. Für eine niedrigschwellige Beteiligung aller Schüler*innen fordern wir die Verankerung von wöchentlich zwei Stunden für den Klassenrat in jeder Klasse ab dem ersten Schuljahr im Berliner Schulgesetz.

Um wahre Demokratiebildung zu ermöglichen gilt es auch die autoritären Strukturen des Unterrichts aufzubrechen. Dazu gehört ein alternatives Bewertungssystem, wie es bereits in vielen Schulen erprobt wurde. Ziffernoten erhöhen den Stresslevel aller Schüler*innen, dienen nur der Selektion der Kinder und geben keine objektive oder reflektierte Rückmeldung über individuelle Lernerfolge. Somit gehören sie langfristig abgeschafft und durch differenziertere Bewertungen und Rückmeldungen ersetzt. Der Senat soll ein alternatives Bewertungskonzept erarbeiten. Ein erster Schritt soll die Abschaffung der Noten bis zur 8. Klasse sein.

Lehrer*innen sollen zukünftig mehr als Lernbegleitung verstanden werden, welche den Schüler*innen helfen den für sie bestmöglichen Lernweg zu gehen.

Die Demokratisierung von Schule muss auch eine Stärkung von selbstbestimmtem Handeln beinhalten. Deshalb fordern wir, dass Schüler*innen eine größere Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Themen, Fächern und Projekten gewährt wird. Wir wollen, dass Schule in Zukunft jahrgangsübergreifend und projektorientiert stattfindet.

Damit Schüler*innen in der Schule gut aufpassen und viel lernen können ist die Voraussetzung eine gute geistige und körperliche Verfassung. Neben der Reduzierung des Stresslevels ist es also auch unsere Aufgabe die Kinder in ihrem natürlichen Biorhythmus leben zu lassen. Da dieser bei jedem Menschen und vor allem in der Pubertät sehr unterschiedlich sein kann werden die ersten und letzten Stunden des Schultages zu Gleitphasen werden, in denen Schüler*innen individuell an Aufgaben arbeiten können. Ob sie früher kommen oder gehen oder beide Phasen nutzen soll ihre Entscheidung sein.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-585 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 585 bis 586:

Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gilt ~~auch für die Berliner Schulen~~. Sie Schulen sollten ein Ort sein, wo Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten gefördert werden,

Begründung

Nicht jede Sondernennung ist ein Gewinn.

L-01-585-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Bettina Jarasch und Sebastian Walter (KV Pankow / KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 585 bis 586:

Das künftige Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ~~gilt~~wird auch für die Berliner Schulen gelten.
Sie sollten ein Ort sein, wo Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten gefördert werden,

L-01-587 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordan u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 586 bis 591:

ein Ort sein, wo Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten gefördert werden, gleichberechtigt lernen und heranwachsen können. ~~Und das natürlich ungeachtet des (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, des Namens, der Religion, der „Hautfarbe“, des Äußeren, der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, des sozio-ökonomischen Hintergrunds, des Alters oder einer Behinderung.~~ Und das natürlich unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, kultureller Traditionen, religiöser Überzeugung, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder von Behinderungen. Schule muss Entfaltungs-, Lernraum, aber auch „Safe Space“ sein.

Begründung

Begründung: Ob Migrationshintergrund zugeschrieben ist oder nicht entfällt bei einer anderen Begrifflichkeit. Die Diskriminierung aufgrund von „Äußerem“ ist schwierig zu fassen und Alter in der Bedeutung für die Schule unklar. Der Text wurde wie bei Zeile 54ff geändert.

Antragssteller*innen:

Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Carola Ehrlich-Cypra(KV Pankow), Karsten-Dirk Gloger(KV Pankow), Mark Haueser(KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan(LAG Bildung), Hans-Jürgen Kuhn(KV Tempel-Schön), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Ulrich Meuel(LAG Bildung), Özcan Mutlu(KV Mitte), Stefanie Remlinger(KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch(KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Sybille Volkholz(LAG Bildung)

L-01-591 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 590 bis 591 einfügen:

Hintergrunds, des Alters oder einer Behinderung. Schule muss Entfaltungs-, Lernraum, aber auch „Safe Space“ sein. Eine sensible Sprache im Schulalltag ist dafür genauso unerlässlich wie eine Darstellung von Vielfalt im Lehrmaterial, die keine diskriminierenden Denkmuster reproduziert und festigt. Das Schulmaterial muss die Schüler*innen zum kritischen Reflektieren über gesellschaftliche Konstrukte und ihre eigenen Privilegien befähigen. Darüber hinaus fordern wir, dass Schulen fehlerfreundlicher werden. Gerade in den unteren Klassenstufen sollte ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass kein Kind mit Fähigkeiten geboren wird und dass (fast) alles erlernt werden kann. Um Diskriminierungen zu vermeiden, muss anerkannt werden, dass nicht alle Kinder die gleichen Möglichkeiten hatten, vor der Schule zu lernen. Die unterschiedlichen Wissensstände müssen durch spezielle Förderung ausgeglichen und so eine Chancengleichheit hergestellt werden.

L-01-591-2 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 590 bis 591 einfügen:

Hintergrunds, des Alters oder einer Behinderung. Schule muss Entfaltungs-, Lernraum, aber auch „Safe Space“ sein. Schulmaterialien enthalten oft strukturellen Rassismus wodurch Kinder unter anderem schon früh das hegemoniale Machtverhältnis, nach dem unsere Welt funktioniert, beigebracht bekommen. Wir fordern deshalb eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit und die Thematisierung von strukturellem Rassismus um Kindern eine Reflexion der heutigen Weltordnung zu ermöglichen.

Begründung

erfolgt mündlich

L-01-591-3 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere
Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 590 bis 591 einfügen:

Hintergrunds, des Alters oder einer Behinderung. Schule muss Entfaltungs-, Lernraum, aber auch „Safe Space“ sein. Damit sich Schüler*innen of Colour über ihre Rassismuserfahrungen - ohne Angst und ohne verurteilt zu werden - austauschen sowie bereits im früher Alter die zu ihnen passenden Copingstrategien gegen Rassismen entwickeln können, ist es unumgänglich, dass es an Schulen geschützte Empowerment-Räume gibt, die von professionellen Empowerment-Trainer*innen gestaltet werden.

L-01-592 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 07.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 592 bis 597:

~~Das LADG wird hier einen sinnvollen Beitrag leisten können, um den Diskriminierungsschutz an Schulen zu stärken. Uns genügt das aber noch nicht. Weitere Maßnahmen wie der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten oder die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle als Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bildungsverwaltung sind notwendig. Wir kämpfen weiter: für rassismuskritische Schulen, Schulen mit Courage und Schulen in Vielfalt!~~

[ohne Absatz]

und ein wichtiger Lebensort, wo Kinder und Erwachsene mit Respekt und Wertschätzung miteinander umgehen. Bei der Gewährleistung des Kinderschutzes nehmen die Schulen eine wichtige Rolle ein. Gewalt, Ausgrenzung, Mobbing dürfen nicht toleriert werden. Schüler*innen, Eltern und das Schulpersonal müssen ermutigt werden, hinzuschauen, zuzuhören und anzusprechen. Schulen müssen in die Lage versetzt werden, eine wirkungsvolle Präventionsarbeit zu leisten, aber auch passgenaue Unterstützungsangebote für die Opfer von Gewalt, sexualisierter Gewalt und Mobbing – ob Kinder oder Erwachsene – sicherzustellen. Hierfür brauchen Schulen zusätzliche Ressourcen für Fortbildungsangebote wie z. B. Sensibilisierungstrainings, um das pädagogische Personal zu befähigen, solche Vorfälle präventiv zu verhindern oder professionell zu erkennen und zu adressieren. Schließlich sind niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen ebenso wichtig wie eine unabhängige Beschwerdestelle in Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten. R²G hat die Einrichtung von Krisenteams im Schulgesetz verpflichtend festgelegt. Die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs begrüßen wir als ermutigende Unterstützung. Wir kämpfen weiter: für rassismuskritische Schulen, Schulen mit Courage und Schulen in Vielfalt!

Begründung

mündlich bei Bedarf

L-01-596 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen
für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 595 bis 597:

Beschwerdestelle als Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten der
Bildungsverwaltung sind notwendig. Wir kämpfen weiter: für rassismuskritische Schulen, ~~Schulen mit
Courage und Schulen in Vielfalt!~~

Begründung

Es gibt Schulen, die eine einzige Anti-Rassismus-Aktion machen, diesen Siegel „Schule mit Courage“
erhalten und sich darauf ausruhen – ungeachtet des weiter gehenden Handlungsbedarfs gegen
Rassismus an ihren Schulen.

L-01-599 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Jonas Krone (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 599 bis 605 löschen:

~~Um Schule gestalten zu können, ist es wichtig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt ist. Das geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit der Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren, zum Beispiel den Berlinpass, ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren.~~

Begründung

Die Lernmittelbefreiung erfolgte bisher durch das Vorlegen des BerlinPasses. Die Praxis ist stigmatisierend und leistet Diskriminierung Vorschub. Die Schulen können nicht leisten, eine valide interne Statistik betreiben. Stattdessen können die Sozialdaten der Schuleinzugsgebieten verwendet werden und, wo dies wirklich nötig ist, anonyme Statistiken erstellt werden.

L-01-605 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Vito Dabisch u.a. (LAG Bildung)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 604 bis 605 einfügen:

den Berlinpass, ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen investieren.

[Dabei möchten wir eine Sozialberichterstattung Schule auf bezirklicher und Landesebene schaffen, die kontinuierlich die soziale Segregation zwischen Berliner Schulen auch auf Grundlage von Bildungshintergrund und Einkommen untersucht.](#)

Begründung

Antragsteller*innen: Meike Berg (KV Neukölln), Robin Völker (KV Neukölln), Christoph Husemann (KV Kreisfrei), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Nuri Kiefer (LAG Bildung), Johannes Schuster (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Tobias Wolf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Roedern (KV Neukölln), Anna Hoppenau (KV Neukölln), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Timo Lüge (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Oliver E. Münchhoff (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

L-01-609 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 16.11.2018

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 608 bis 609 einfügen:

Jedes Kind hat das Recht auf gute Bildung und es ist unsere Verantwortung dafür zu sorgen, dass Kinder genau das bekommen.

Endlich eine echte, bedarfsorientierte Deutschförderung an Schulen – und keine, die sich an der Phantasie-Kategorie „nichtdeutsche Herkunftssprache“ orientiert

Wir fordern, dass alle Schüler*innen, unabhängig ihrer Herkunft und ihrer Fähigkeiten in anderen (Familien)Sprachen, zu einem geeigneten Zeitpunkt nach dem Schuleintritt an Tests teilnehmen, die ihren Sprachstand in der deutschen Sprache adäquat feststellen, um im nächsten Schritt entsprechend des Bedarfs der Schüler*innen ein Sprachförderkonzept für Deutsch als Zweitsprache finanziell zu fördern. Dabei muss die Senatsverwaltung für Bildung Sorge tragen, dass die hierfür vorgesehene finanzielle Zuwendung sowie die Lehrer*innen-Stunden ausschließlich für die Deutschförderung eingesetzt werden.

Gemäß § 17 der Sekundarstufe I-Verordnung (Sek I – VO) sind Schulen angehalten, bei allein Schüler*innen, „deren Kommunikationssprache innerhalb der Familie nicht Deutsch ist“ und die „erkennen lassen, dass sie dem Unterricht nicht oder nur unzureichend folgen können“, den „Umfang der deutschen Sprachkenntnisse“ festzustellen, um „zusätzliche Sprachfördermaßnahmen“ vom Land gefördert zu bekommen. Sowohl dieser Paragraph der Verordnung als auch deren praktische Umsetzung sind aus folgenden Gründen problematisch: 1) Es gibt durchaus monolinguale Kinder, die sich ausschließlich auf Deutsch mit ihren Familien unterhalten und dennoch nicht den schulischen Erwartungen im Hinblick auf die Deutschkenntnisse entsprechen. Ihr Bedarf an sprachlicher Förderung wird laut § 17 Sek I – VO nicht in den Blick genommen. 2) Die Umsetzung des § 17 Sek I – VO erfolgt nicht flächendeckend entsprechend der hier aufgeführten Vorgaben: a) Es kommt unter Umständen vor, dass allein aufgrund von diskriminierenden Zuschreibungspraktiken Schüler*innen der Kategorie „nichtdeutsche Herkunftssprache“ zugeordnet werden – unabhängig ihres tatsächlichen sprachlichen Vermögens im Deutschen - allein basierend auf z.B. phänotypische Merkmale, des Namens, der familiären Migrationsgeschichte. b) Auch ist es nicht unüblich, dass die für den DaZ- Unterricht vorgesehenen Mitteln nicht eins zu eins auch in den DaZ-Unterricht, sondern z.B. in Vertretungsstunden fließen. Diese Praxis entspricht nicht dem Ziel des § 17 Sek I – VO. Weil Schulen explizite und implizite Erwartungen an die Sprachpraxis im Deutschen an die Schüler*innen stellen - auch in Fächern, in denen es nicht um die Sprache geht, ist es aus Gesichtspunkten der Bildungsgerechtigkeit notwendig, dass Schüler*innen durch eine geeignete, tatsächlich an ihren Bedarfen orientierte Förderung in der deutschen Sprache eine Kompensation erfahren – unabhängig von diskriminierenden Zuschreibungen.

Sprachbildung in der deutschen und Familiensprache

Berlin ist seit Jahrzehnten von Migration geprägt; Kinder, die die deutsche Sprache noch lernen und ausweiten möchten, kommen regelmäßig, immer wieder aufs Neue in den Berliner Klassen an. Die hierfür bereits existierenden Konzepte der Sprachbildung – inkludiert in Regelklassen – sollen endlich flächendeckend Anwendung finden. Darüber hinaus müssen Anreize geschaffen werden, dass genügend Menschen sich zu DaZ-Lehrkräften ausbilden lassen.

Mehrsprachigkeit gehört zum Alltag der mittlerweile fast 50 % der Kinder. Diese Lebensrealität ist nach wie vor an Berliner Schulen nicht abgebildet. Wir fordern, dass verschiedene Familiensprachen – entsprechend der Zusammensetzung in der Klassen (wie Türkisch, Kurdisch, Rumänisch, Arabisch, Farsi, Tigrinya) als ein Unterrichtsfach – ähnlich wie Fremdsprachen – notenrelevant angeboten und wertgeschätzt werden.

L-02-001 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 1 löschen:

~~Grün statt Grau~~

Begründung

Berlin ist nicht grau.

L-02-002 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 2:

Für ein Berlin, das auch bei baulicher Verdichtung aufblüht und ~~immer~~ grüner wird

Begründung

die doppelte Herausforderung von Bauen und Grün stärken soll herausgestellt werden

L-02-002-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 2 einfügen:

[Für ein grüneres Berlin!](#)

Begründung

sachlicher, kräftiger, pointierter

L-02-003 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 3 bis 6:

Berlin wächst und wird immer dichter. ~~Das bedeutet~~immer mehr ~~Beton und weniger Platz. Denn alle~~ Menschen leben in der Stadt und wollen wohnen, arbeiten und sich fortbewegen. Damit sie dies möglichst gesund und entspannt tun können, brauchen wir ~~aber~~ nicht nur mehr Gebäude, Straßen und Schienen, sondern vor allem auch gute Luft, sauberes Wasser, Grün in der Stadt und ~~Räume~~Freiflächen zur Erholung.

Begründung

Es geht nicht nur um Beton - es geht um Menschen, die in die Stadt kommen

L-02-005 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 4 bis 6:

Menschen wollen wohnen, arbeiten und sich fortbewegen. Damit sie dies möglichst gesund und entspannt tun können, brauchen wir aber nicht nur mehr Gebäude, ~~Straßen~~ und ~~Schiene~~~~Verkehrswege~~, sondern vor allem auch gute Luft, sauberes Wasser und Räume zur Erholung.

Begründung

Die ersetzte Form der Aufzählung könnte als prioritär verstanden werden.

L-02-006 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig, Daniela Billig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf und KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

entspannt tun können, brauchen wir aber nicht nur mehr Gebäude, Straßen und Schienen, sondern vor allem auch gute Luft, sauberes Wasser, **viel Grün** und Räume zur Erholung.

Begründung

mündlich

L-02-007 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig, Daniela Billig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf und KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 7 bis 17:

In den letzten Jahren wurden hierfür prägende Entscheidungen getroffen. ~~Es~~ Für die Lebensqualität und das Klima in unser Stadt war es richtig, auf dem Gelände des Gleisdreiecks keine Autobahn, sondern einen Park zu bauen. Es war ebenso wichtig, den Mauerpark und das Tempelhofer Feld frei zu erhalten. ~~Deshalb wehren~~ Dem einseitigen Ruf nach mehr Bauen Bauen Bauen setzen wir uns dagegen eine Stadtentwicklung der Nachhaltigkeit entgegen, die Uhr zurück zu drehen die bauliche Verdichtung mit der Erweiterung und gute Entscheidungen aufzuheben Intensivierung von Grün und Erholungsflächen verbindet. ~~Alleine in den~~ Die derzeit geplanten 14 neuen Stadtquartieren können Stadtquartiere mit ca. 40.000 neuen Wohnungen entstehen bieten die Chance, neue lebenswerte Kieze mit bezahlbarem Wohnraum und grünen Freiräumen zu schaffen. unter Beteiligung von landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Deshalb müssen sie zügig entwickelt werden und in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vorrangig behandelt werden. Die Nachverdichtung in den bestehenden Quartieren, sei es durch Lückenbebauung, Aufstockung auf Wohnhäusern, Dachgeschossausbau und Wohnungsbau über Parkplätzen und Garagenhöfen, Supermärkten oder Fachmärkten, bieten jetzt schon bietet ein großes Potential für vermutlich sogar weit über 100.000 neue Wohnungen. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral, dieses Potential jetzt zu nutzen, bestmöglich zu gestalten und grün darin mit wachsen zu lassen. Wir wollen, dass, was gleichzeitig wollen wir jetzt bauen bestmöglich Freiflächen sichern und so grün wie möglich gestalten qualifizieren. ~~Das Tempelhofer Feld,~~ So halten wir die am Stadtrand und am Rande eines Landschaftsschutzgebietes gelegene Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind als Bauland für nicht gut geeignet. Ein erneutes Aufrufen von Randbereichen des Tempelhofer Feldes für eine Bebauung hat für uns keine Bauflächen einen Volksentscheid zur Voraussetzung. Aus Teilen des Westkreuzareals wollen wir einen Westkreuzpark machen. Auch Kleingärten wollen wir weitestgehend von Wohnbebauung frei halten und zu den Stadtteilen hin öffnen, damit mehr Berliner*innen hier Grün genießen können.

Begründung

Den Anspruch der Verbindung von baulicher Verdichtung und dem Stärken von Grün deutlich herausarbeiten. Und: Als Regierungspartei sollten wir keine Versprechungen machen, die wir morgen oder übermorgen vielleicht nicht einlösen können

L-02-009 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 8 bis 17:

dem Gelände des Gleisdreiecks keine Autobahn, sondern einen Park zu bauen. Es war wichtig, den Mauerpark und das Tempelhofer Feld zu retten. Diese innerstädtischen Freiflächen sind von allergrößtem Wert für die Stadt, und sie tragen dazu bei, dass an anderen Orten der Neubau von Wohnungen möglich wird. Deshalb wehren wir uns dagegen, die Uhr zurückzudrehen und gute Entscheidungen aufzuheben.

Bis zu 200.000 neue Wohnungen sollen in Berlin bis 2030 entstehen, ein großer Anteil davon für Mieter*innen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Alleine in den derzeit geplanten 14 neuen Stadtquartieren ~~können~~ sind ca. 40.000 neue Wohnungen ~~entstehengeplant~~. ~~Die~~ Der darüber hinaus erforderliche Wohnungsneubau geschieht durch Nachverdichtung in den bestehenden Quartieren, sei es durch Aufstockung auf Wohnhäusern, Dachgeschossausbau und Wohnungsbau über Supermärkten oder Fachmärkten, ~~bieten jetzt schon ein Potential für vermutlich sogar weit über 100.000 neue Wohnungen~~ aber auch die Schließung offener Baulücken und andere Ergänzungen vorhandener Bbauungsstrukturen. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral, ~~dieses Potential jetzt zu nutzen, bestmöglich zu gestalten und grün darin~~ dass die bauliche Verdichtung mit wachsen zu lassen möglichst geringen Einbußen an unversiegelter Fläche und Grünbestand einhergeht und besonders die Innenstadtquartiere durch neue Begrünungsmaßnahmen entlastet werden. Wir wollen, ~~dass~~ das, was wir jetzt bauen, bestmöglich und so grün wie möglich gestalten.

Durch den Verlust bisheriger Grünflächen dürfen keine bedeutenden stadtklimatischen oder sozialen Einbußen eintreten. Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns deshalb keine Bauflächen.

Begründung

Wir wollen die in diesem Absatz vorgebrachte Argumentation unterstützen, indem Zusammenhänge stärker hergestellt und aufgezeigt werden. Die Aussage bzgl. der "bis zu 200.000 neuen Wohnungen" bezieht sich auf die Zahlen, die allgemein im Zusammenhang des StEP Wohnen diskutiert werden

L-02-014 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Jun Chen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Wohnungsbau über Supermärkten oder Fachmärkten, bieten jetzt schon ein Potential für vermutlich sogar weit über 100.000 neue Wohnungen. Bei den Supermärkten und Discountern sollte berücksichtigt werden, dass sie nur im Rahmen einer Verkaufsflächenweiterung den Wohnungsbau mittragen, was marktwirtschaftliche Folgen mit sich bringt. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral, dieses Potential jetzt zu nutzen, bestmöglich zu gestalten und grün darin mit wachsen zu

Begründung

Eine grobe Studie kommt zu dem Ergebnis, dass an rund 330 Standorten mit eingeschossigen Lebensmittelmärkten 14.000 bis 36.000 Wohneinheiten gebaut werden könnten. Bei den Supermärkten und Discountern ist der Trend zur Vergrößerung ihrer Verkaufsflächen seit Jahren zu beobachten. Wenn solche Vorhaben realisiert werden sollen, dürfen Zentren und Versorgungsbereiche nicht in ihrer Funktion beeinträchtigt oder Einzelhandelsbetriebe verdrängt werden.

L-02-016 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Andreas Otto und Daniela Billig (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 15 bis 17:

dieses Potential jetzt zu nutzen, bestmöglich zu gestalten und grün darin mit wachsen zu lassen. Wir wollen, dass, was wir jetzt bauen bestmöglich und so grün wie möglich gestalten. ~~Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns keine Bauflächen.~~

Wo neue Wohngebiete entstehen, wollen wir bei sparsamer Versiegelung ein Maximum an Wohnungen errichten. Das erfordert ein Umdenken: Schluß mit Einfamilienhäusern und Flachbauten. Die Regel müssen mehrgeschossige Häuser sein, die immer einen Anteil an günstigem Wohnraum umfassen.

Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns keine Bauflächen.

Begründung

Der Antrag beschreibt insgesamt eine Vision der Stadt, die von Bäumen, Parks, Freiflächen, Kleingärten, Gründächern geprägt ist. Die ist schön.

Angesichts des aktuellen Wohnungsbedarfes ist es aber nötig, sich auch dazu zu positionieren. Diese Positionierung wollen wir mit dem Antrag herausstellen. Wohnungsbau im Klimawandel verlangt von uns, in den Baugebieten bei geringer Versiegelung des Bodens möglichst viele Wohnungen zu errichten. Deshalb wollen wir grundsätzlich Geschosswohnungsbau und weg von kleinteiliger Zersiedelung.

L-02-017 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: André Schulze (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

lassen. Wir wollen, dass, was wir jetzt bauen bestmöglich und so grün wie möglich gestalten. Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns keine Bauflächen. Wir haben den Volksentscheid 100 % Tempelhofer Feld unterstützt und stehen weiterhin zu seinem Ergebnis.

Begründung

Weitere Antragstellerinnen: Susanna Kahlefeld (KV Neukölln), Meike Berg (KV Neukölln)

L-02-018 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 18 bis 23:

~~Wir wollen die Berliner Bäume in zwanzig Jahren nicht an einer Hand abzählen müssen. Grün soll man nicht suchen müssen wie die Nadel auf dem grauen Asphaltteppich. Und die Stadt darf nicht zur heißen Betonwüste werden, in der man im Sommer nicht mehr vor die Tür gehen kann. Wir wollen ein Berlin, das grünt und bis 2050 klimaneutral ist. In dem Vögel zwitschern und Bienen summen, Grünflächen für alle da sind, Flüsse zum Baden einladen und Bäume Schatten spenden.~~

Wir wollen den Berliner Baumbestand nicht langsam schwinden sehen, sondern setzen uns für einen kräftigen Zuwachs dieser Schattenspender und Luftverbesserer ein. Denn die Stadt darf nicht zur heißen Beton- und Asphaltwüste werden, in der wir im Sommer nicht mehr vor die Tür gehen mögen. Wir wollen ein Berlin, das grünt und bis 2050 klimaneutral ist. In dem Grünflächen für alle da sind, Seen und Flüsse zum Baden einladen, Bäume uns beschatten, Vögel zwitschern und Bienen summen.

Begründung

Scherlich befürchtet niemand ernstlich, die Bäume in Berlin nur noch an einer Hand abzählen zu können - trotzdem sollten wir uns die Messlatte für eigene Ziele auch bei humorigen Formulierungen nicht allzu tief hängen...

L-02-024 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 24 bis 25 einfügen:

Die wachsende Stadt darf nicht nur vergrößert, sie muss anspruchsvoll gestaltet werden. Die stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen, die wir heute treffen, werden Berlin lange

L-02-030 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 29 bis 31:

Das ist nicht nur grüne Vision, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Denn nur eine grüne Stadt ist eine gerechte Stadt. ~~Niemand~~Seit dem Dieselskandal ist unübersehbar, dass die Feinstaubbelastung auch in Berlin vielerorts zu hoch ist. Aber niemand sollte so wohnen müssen, dass er bei geöffneten Fenstern durch Abgase vergiftet oder durch Lärm krank wird. Und die nächste

Begründung

ist selbsterklärend

L-02-030-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 29 bis 31:

Das ist nicht nur grüne Vision, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Denn nur eine grüne Stadt ist eine gerechte Stadt. ~~Niemand sollte~~Denn niemand soll so wohnen müssen, dass er bei geöffneten Fenstern durch Abgase vergiftet oder durch Lärm krank wird. Und die nächste

Begründung

redaktionell - zum Anschluss an vorangehenden Änderungsvorschlag - und keine Relativierung durch Konjunktiv.

L-02-032 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 31 bis 34:

geöffneten Fenstern durch Abgase vergiftet oder durch Lärm krank wird. Und die nächste Grünfläche sollte – unabhängig vom Geldbeutel – keinen Tagesausflug entfernt **sein**, sondern **nur einen Fußmarsch leicht zu Fuß erreichbar sein**. Wohnungen müssen nicht nur günstig sein, sie müssen auch in einem gesunden Umfeld liegen. Das Recht auf Wohnraum, darf nicht gegen das Recht auf Gesundheit

Begründung

"Fußmarsch" hört sich schon einen Tick zu sehr nach Fitnesstraining an...

L-02-038 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 37 bis 39:

begegnen können. Niemand lebt nur in den eigenen vier Wänden. Deshalb ist für uns zentral, dass ~~öffentliche Flächen so genutzt werden, dass sie~~ Grün- und Erholungsflächen frei zugänglich sind und möglichst viele Bürger*innen davon profitieren. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern

Begründung

redaktionell

L-02-040 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 39 bis 41 löschen:

viele Bürger*innen davon profitieren. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern ~~angesichts immer beengter Wohnverhältnisse~~ auch zentral für den sozialen Zusammenhalt der Stadt – und im besten Falle sogar essbar.

Begründung

Im Durchschnitt hat jede/r Berliner Einwohner*in 38,2 qm Wohnfläche. (IBB- Wohnungsmarktbericht 2017). Das kann man nicht als "beengte Wohnverhältnisse" bezeichnen, auch wenn es vor einigen Jahren noch 40 qm / Person waren.

L-02-040-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 39 bis 41:

viele Bürger*innen davon profitieren. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern angesichts **immer teilweise** beengter Wohnverhältnisse auch zentral für den sozialen Zusammenhalt der Stadt – und im besten Falle sogar essbar.

Begründung

"beengte(re) Wohnverhältnisse" sind kein generelles Phänomen (*immer*), treffen aber zunehmend benachteiligte Haushalte - für die der Aufenthalt im öffentliche Raum auch dadurch an Bedeutung gewinnt.

L-02-045 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 44 bis 46:

und Regengüsse, denen unsere Infrastruktur zurzeit nicht gewachsen ist. Wenn wir die Stadt **heute** nicht **stärker** kühlen, **gehen** **leiden** wir **morgen** **in** **zunehmend an den Auswirkungen** der extremen Hitze **ein**. Kühlende Grünflächen, Schatten spendende Bäume und erfrischende Wasserbrunnen sind deshalb nicht nur angenehm,

Begründung

die Häufung von Extremwetterlagen und Temperatursteigerungen haben ja bereits begonnen, Es bleibt uns nur noch, die notwendigen Gegenmaßnahmen zeitlich parallel zu der erwartbaren Problemverschärfung vorzunehmen...

L-02-047-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 46 bis 48:

Schatten spendende Bäume und erfrischende Wasserbrunnen sind deshalb nicht nur angenehm, sondern lebensnotwendig in der sich erhitzenden Stadt. Wenn wir die Flächen in der Stadt ~~heute~~-nicht rasch entsiegeln, werden wir auch in Berlin durch überschwemmte Straßen und Keller die Gefahren

Begründung

redaktionell: klarere Formulierung

L-02-051 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 50 bis 52 einfügen:

Es geht nicht nur darum, zügig günstige, soziale und ökologische Wohnungen für die nächsten Jahre zu bauen. Wir müssen die gesamte Stadt so gestalten, dass alle Menschen hier dauerhaft gut leben können und auch wir in Berlin unseren Beitrag gegen den zunehmenden Klimawandel

Begründung

redaktionell

L-02-056 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 56:

Grün ~~denken~~planen – von Anfang an

Begründung

planen klingt aktiver als denken.

Ausserdem geht es um Stadtplanung.

L-02-057 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 57 bis 59:

Berlin braucht mehr Wohnungen, Schulen, Büro- und Gewerbeflächen, Fuß- Rad- und FußwegeSchienenwege, ja ~~sogar mehr~~auch zusätzliche Straßen und Brücken für die Erschließung neuer Quartiere – das ist allen klar. Aber nur wir Grüne achten auch darauf, dass unsere Stadt gleichzeitig mehr Nah- und Erholungsgebiete, mehr Bäume und Stadtgrün bekommt.

Begründung

zum besseren Verständnis, warum wir als Grüne plötzlich für mehr Straßen sind...

L-02-057-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 57 bis 60:

Berlin braucht mehr Wohnungen, Schulen, Büro- und Gewerbeflächen, Rad- und Fußwege, Bahnstrecken, ja vielleicht in sehr ungünstigen Einzelfällen sogar mehr Straßen ~~und Brücken~~ – das ist allen klar. Aber nur wir Grüne achten auch darauf, dass unsere Stadt gleichzeitig mehr Nah- und Erholungsgebiete, mehr Bäume und Stadtgrün bekommt. ~~{Leerzeichen}~~

L-02-058 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 57 bis 60:

Berlin braucht mehr Wohnungen, Schulen, Büro- und Gewerbeflächen, Rad- und Fußwege, ja sogar mehr Straßen und Brücken – das ist allen klar. Aber ~~nur~~ wir Grüne achten ~~auch~~ darauf, dass unsere Stadt gleichzeitig mehr ~~Nah- und Erholungsgebiete~~ **Naherholungsgebiete**, mehr Bäume und Stadtgrün bekommt. Für uns ist das kein Entweder-Oder, sondern gehört in unserer Stadtentwicklungspolitik

Begründung

redaktionell

L-02-062 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 61 bis 64:

zusammen. Ist Beton erst einmal getrocknet, hält er lange und steht sehr fest. Deshalb ~~denken wir sind~~
bei jedem Bau-Planungsvorhaben Grün und Naherholung nicht nur von Anfang an ~~mit~~ mitzuplanen,
sondern ~~erwarten, dass es~~ auch direkt ~~umgesetzt wird~~ umzusetzen. Nur so schaffen wir es, dass Berlin
nicht grau wird, sondern immer weiter grün aufblüht. Dabei spielt der Biotopflächenfaktor

Begründung

redaktionell

L-02-065 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 64 bis 68:

nicht grau wird, sondern immer weiter grün aufblüht. Dabei spielt der Biotopflächenfaktor (BFF) eine große Rolle, ~~denn dabei geht es eben nicht nur darum einen Baum irgendwo zu pflanzen, sondern gezielt die Biotope und Grünflächen der Stadt qualitativ weiter zu entwickeln. Wir wollen, dass dieser verpflichtend eingesetzt wird, um ökologisch hochwertige Flächen zu stärken. als Instrument, um ökologische Maßnahmen und Ausgestaltung bei Bauvorhaben direkt einzufordern. Wir wollen, dass dieser verpflichtend eingesetzt wird.~~

Begründung

Beschreibung des Biotopflächenfaktors und seiner Anwendung.

L-02-068 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 68 einfügen:

Wir haben uns vorgenommen, auch die Vorschriften der Berliner Bauordnung zur Begrünung, Entsiegelung und ökologisch wirksamen Ausgestaltung von Grundstücksflächen und Gebäuden sowie die Abstandsflächenregelung zu novellieren. Dadurch soll Grünentwicklung, Freiflächenerhalt und Klimaschutz bei Neubauvorhaben besser durchsetzbar werden.

Begründung

Neben der BFF-Festsetzung per Landschaftsplan, soll auch das Bauordnungsrecht stärker ökologisch ausgerichtet werden.

L-02-068-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Jun Chen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 67 bis 68 einfügen:

entwickeln. Wir wollen, dass dieser verpflichtend eingesetzt wird, um ökologisch hochwertige Flächen zu stärken.

Zudem sollen die Bezirke dazu angehalten werden, insbesondere für die stark verdichteten Innenstadtquartiere mit einer Unterversorgung an Grün- und Freiräume Landschaftspläne mit einem BFF festzusetzen.

Begründung

Für die Aufstellung der Landschaftspläne sind i.d.R. die Bezirke zuständig. Es geht nicht nur darum, die Landschaftsplanung zum Schutz der Natur und der Landschaftspflege über die Festsetzung von Landschaftsplänen konsequenter voranzutreiben, sondern (wenn rechtlich möglich) sie mit einem BFF zu beschließen.

Von den 31 festgesetzten Landschaftsplänen sind lediglich 15 mit einem BFF beschlossen worden. Es befinden sich 92 Landschaftspläne im Verfahren, nur 11 haben sich den BFF als Planungsziel gesetzt.

L-02-069 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 69 bis 72:

Entscheidend ~~dafür~~für die Grünentwicklung ist, dass die Bezirke in die Lage versetzt werden, das Grünflächeninformations- und -managementsystem (GRIS) besser zu nutzen und mit Informationen zu befüllen. Denn mithilfe der Kenntnisse aus dieser grafischen Darstellung öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen einschließlich Kinderspielplätzen sowie Straßen- und Anlagenbäumen kann

Begründung

redaktionell für bessere Verständlichkeit

L-02-073 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 72 bis 74 einfügen:

Erholungsanlagen einschließlich Kinderspielplätzen sowie Straßen- und Anlagenbäumen kann jeder Kiez in seiner Einzigartigkeit besser geschützt und weiterentwickelt werden. Weitere Bausteine dabei sind die digital-graphischen Darstellungen der Wohnbau- und der

L-02-079 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 79 bis 80:

Der dann mögliche Gesamtblick auf die Stadt – auch auf das Verhältnis und die Flächenkonkurrenzzuordnung von Grünflächen zu nötigem Wohnungsbau, Gewerbeflächen, Flächen für Schulen und Kitas – soll die Grundlage

Begründung

Es geht z.B. um Versorgungsgrad mit bzw. Erreichbarkeit von Grünflächen - Flächenkonkurrenz kann aber auch mit genannt werden, war aber gerade im vorangegangenen Satz schon erwähnt.

L-02-088 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 87 bis 91:

- Gleichzeitigkeit gelten. Das Soziale und das Ökologische müssen von Beginn an ~~mitgedacht~~mitgeplant werden.
- Das GRIS muss zu einer zentralen digitalen Datenbank weiterentwickelt werden. Damit auch ~~das Stadtgrün einsehbar~~die Entwicklung des Stadtgrüns transparent wird.
- ~~Das~~Die bezirkliche Entwicklungsplanung BEP soll ~~als lokale Planung~~mit Öffentlichkeitsbeteiligung wieder aktiviert werden.

Begründung

redaktionell zum besseren Verständnis

L-02-092 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 92:

~~Grüne Potenziale nutzen~~

Grün in der wachsenden Stadt

Begründung

sachlicher, Grün und wachsende Stadt werden klar als wichtigste Themen benannt

L-02-094 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 93 bis 98:

Wir wollen nicht nur vorhandenes Grün schützen, sondern vor allem auch neues Grün wachsen lassen. Wo notgedrungen Grün weichen muss, bestehen wir auf Ausgleich. Und zwar für innerstädtische Grünverluste nicht in ~~Brandenburg~~entfernter Stadtrandlage oder im Umland, sondern wirksam vor Ort. Möglichkeiten gibt es genug: Dachgärten, Entsiegelung, die Begrünung von Fassaden und Hinterhöfen ~~gehören woanders ganz selbstverständlich zum Stadtbild~~. Das wollen wir auch für Berlin – und zwar nicht nur in ausgewählten Ecken, sondern flächendeckend.

Begründung

Es geht um den angemessenen Ausgleich für Grünverluste in erfahrbarer räumlicher Nähe zum Eingriffsort bzw. mit nachvollziehbarer Ausgleichswirkung für diesen Ort. Die Stadt- bzw. Landesgrenze ist dafür nicht in jedem Fall ein wesentliches Kriterium.

L-02-099-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 99 bis 104:

Das grüne Potenzial unserer Stadt muss genutzt werden. Straßen, ~~Hinterhöfe~~Plätze, Blockdurchwegungen, Wirtschaftswege, Bahntrassen oder Kanalufer: Unser Ziel ist ~~eine~~ gesamstädtische Grünverbindung à la New York ein gesamstädtisches Netz von Grünverbindungen: „grün-blaue Bänder“, ~~begehbare Uferwege, Begegnungszonen~~Uferwegeverbindungen, begrünte Straßenräume, Grünzüge, Biotopverbundräume und andere grüne Infrastrukturen wollen wir ausbauen. Gärten, Sportplätze und Parks von sozialen Einrichtungen wie Schulen sollen möglichst für alle zugänglich sein: ~~Wohnungen sollen auch auf Supermärkten, Parkplätzen~~ vor allem dort, wo sonst ein Mangel an nahen Grün- und Parkhäusern gebaut werden Freiflächen besteht.

Begründung

Präzisierung und Ergänzung der Beispiele. Sollte New York hier als Vorbild genannt bleibe, müsste erläutert werden, was gemeint ist. Aussagen zu Wohnungsbaupotenzialen gehören nicht in diesen inhaltlichen Zusammenhang - ist andernorts im Text benannt.

L-02-106 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 105 bis 110:

Gerade bei der Umgestaltung des Berliner Straßennetzes bieten sich große Potenziale. Straßen sind nicht nur für Autos da. ~~Wir werden das Straßenland fair verteilen, begrünen und die Aufenthaltsqualität mit Begegnungszonen und Verkehrsberuhigung steigern. Wir wollen in der ganzen Stadt Flächen ankaufen, um neues Stadtgrün zu schaffen. Dafür schaffen wir den Berliner Bodenfonds, mit dem wir Grundstücke, unter anderem auch für mehr Stadtgrün, ankaufen werden.~~ Wir werden die Verkehrsflächen fair verteilen, den Straßenraum stärker begrünen und die Aufenthaltsqualität mit Begegnungszonen und Verkehrsberuhigung steigern. Wir wollen geeignete Flächen für die Sicherung und Entwicklung von Stadtgrün ankaufen. Auch hierfür schaffen wir den Berliner Bodenfonds.

Begründung

Präzisierung der Aussagen

L-02-110 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 109 bis 110 einfügen:

Berliner Bodenfonds, mit dem wir Grundstücke, unter anderem auch für mehr Stadtgrün, ankaufen werden.

Bei der Umgestaltung des Berliner Straßennetzes wollen wir die Rolle der Straßenbäume in Stadtklima und Stadtbild stärken. Deshalb wollen wir konsequent überall dort, wo dies baulich vertretbar ist, graue Chausseen in grüne Alleen verwandeln. Wir werden in vollversiegelten Straßen Parkplätze im Straßenquerschnitt aufheben und auf den dadurch freigewordene Flächen Bäume anpflanzen. Wir wissen, dass hierdurch der Parkdruck ansteigt. Dies betrachten wir aber als eigenständigen politischen Wert, denn steigender Parkdruck wirkt als Korrektiv bei der Wahl von Verkehrsmitteln.

L-02-112 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 111 bis 115:

Wir machen zudem ernst mit dem Ökokonto, wodurch das Land Berlin schon Stadtgrün und Biotopflächen ~~entwickeln kann und diese erst im Nachhinein durch die verschiedensten Bauherr*innen refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm. Der Ausbaus der Malchower Auelandschaft ist hier das beste Beispiel.~~ vorab entwickeln kann und diese erst im Nachhinein durch verschiedene Bauherr*innen refinanziert werden. Der Ausbaus der Malchower Auelandschaft ist hierfür ein Beispiel. Durch dieses Ausgleichsmanagementsystem werden wir vorzeitige Begrünungen und Schaffungen von größeren

Begründung

redaktionell

L-02-117 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 116 bis 122:

grünen Einheiten ermöglichen. Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin bleibt dabei aber zentral, dass Ausgleichsflächen ~~immer Vorrang vor Strafzahlungen haben. Und sie müssen vor Ort geschaffen werden, statt irgendwo in Brandenburg. Denn die Berliner*innen können zum Durchatmen nicht jedes Mal die Stadt verlassen. Dem Konzept der besseren Qualifizierung von Ausgleichsflächen stehen wir verhandlungsbereit gegenüber. Dazu gehört auch, dass Flächen entsiegelt und Versickerungs- und Verdunstungsflächen ausgebaut werden, damit uns auch bei starken Regenfällen das Wasser nicht bis zum Hals steht.und -Maßnahmen vor Ort immer Vorrang vor Kompensationszahlungen haben. Auch der besseren Qualifizierung von Ausgleichsflächen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Dazu gehört auch, dass Flächen entsiegelt und Versickerungs- und Verdunstungsflächen ausgebaut werden, um schädliche Folgen bei starken Regenfällen zu mindern.~~

Begründung

redaktionell. u.a. weniger Doppelung von bereits getroffenen Aussagen

L-02-123 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 123 bis 126:

Mit der Charta für das Berliner Stadtgrün hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine Debatte über ein grünes Berlin eingeleitet. Wir werden so gemeinsam mit der ganzen Stadt eine Strategie zum Schutz und Ausbau unserer Grünflächen, ~~Oasen~~ und Vernetzung der grünen Infrastruktur entwickeln. Durch die Beteiligung der Berliner*innen ist dies auch für die Bezirke ein

Von Zeile 128 bis 131:

(Kleingartenentwicklungsplan, Friedhofsplanung, Strategie Stadtlandschaft, Landschaftsprogramm, Strategie biologische Vielfalt) und den Klimaschutz (z.B. STEP Klima konkret) ist eine gute Grundlage. Entscheidend ist nun, dass über die Charta die vielen guten Planwerke und Strategien mit Leben gefüllt werden und durch konkreten Maßnahmen das Stadtgrün ~~über die nächsten Dekaden gesichert~~ dauerhaft bewahrt und gestärkt wird.

Begründung

Auch Klimaschutzkonzepte benennen. Rest reaktionell

L-02-135 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 135 einfügen:

- Wir setzen uns dafür ein, daß insbesondere in allen Innenstadtbezirken flächendeckend Landschaftspläne zum Biotopflächenfaktor gemacht werden (sog. BFF-Landschaftspläne)

Begründung

mündlich

L-02-135-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 135 einfügen:

- Wir werden einen Teil der Parkplätze in der Stadt aufheben und Stadtklima und Stadtbild durch mehr Straßenbäume deutlich aufwerten.

L-02-139 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Volkmar Nickol (LAG Migration und Flucht)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 139:

Grün bauen – für Mensch, Natur und TierKlima!

Begründung

Es geht nicht nur um Tiere, sondern Biodiversität insgesamt, und natürlich um Klimaschutz

L-02-139-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 139:

Grün bauen – für Mensch, Natur und TierKlima

Begründung

Es geht um die gesamte Schöpfung

L-02-148 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Marla Celine Karnabach (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 147 bis 148 einfügen:

Biodiversität wird die Berliner Mischung perfekt. Quartiere, die wir jetzt planen, müssen gut mit Rad, Bus und Bahn erreichbar sein und Komfort für Fußgänger*innen bieten.

Außerdem wollen wir Habitate für Bienen schaffen. Auf Mittelinseln und auf diversen Grünflächen sollen bienenfreundliche Pflanzen gesät, sowie so genannte Holzkisten gestellt werden. Solche Holzkisten weisen einen niedrigen Pflegeaufwand auf und Bienen legen dort von allein ihre Waben an. Dem, vor allem innerstädtischen, Bienensterben kann so entgegengewirkt werden.

L-02-149 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Martin Reents und Susanne Jahn (LAG Bauen)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 149 bis 150 einfügen:

Wir werden das Klima schützen und Berlin an den Klimawandel anpassen. Daher setzen wir beim Bau neuer Gebäude vermehrt auf Holzbau, Lehm, Naturstein und Recyclingbeton und wollen, wo es möglich ist,

Begründung

Klimaschutz und Klimaanpassung gehören zusammen. Außerdem sind der Holzbau und das ökologische Bauen, um das es anschließend geht, vor allem ein Beitrag zum Klimaschutz

L-02-160 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 160 bis 162:

Und wir setzen uns dafür ein, dass es in Quartieren genügend ~~Grün und~~ Grünflächen für ~~alle~~
~~menschlichen~~Erholung, Bewegung und ~~tierischen Bedürfnisse gibt~~Begegnung gibt, die uns mit ihrer
Vegetation und als Lebensraum für Tiere auch Gelegenheit zur Naturerfahrung bieten. Parks und
Grünflächen steigern nicht nur die Lebensqualität, sondern sind auch wichtige Kälte- und
Frischluftpuffer. Neben Dachgärten,

Begründung

inhaltliche Präzisierung

L-02-166 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 165 bis 168:

siedlungsnahen Parkanlagen von 7 m²/Einwohner*in. Wir wollen, dass künftig in jedem neuen Stadtquartier auch neue Parks ~~entstehen~~ angelegt werden und ~~auf jedem bei~~ neu ~~gebautem Haus ein~~ Stadtgarten ~~gebauten Häusern~~ Dachbegrünung erfolgt oder ~~eine Dachbegrünung~~ Stadtgärten entstehen. Denn Gründächer erfüllen viele Funktionen, eine davon ist die einträgliche Kombination von Grün und Solar. Für uns muss es bei der Schaffung von Parks

Begründung

redaktionell

L-02-167 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Taylan kurt (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 166 bis 168 einfügen:

Stadtquartier auch neue Parks entstehen und auf jedem neu gebautem Haus ein Stadtgarten oder eine Dachbegrünung. Ebenso wollen wir die Dächer öffentlicher Gebäude begrünen, denn die öffentliche Hand hat hier eine Vorbildfunktion. Denn Gründächer erfüllen viele Funktionen, eine davon ist die einträgliche Kombination von Grün und Solar. Für uns muss es bei der Schaffung von Parks

Begründung

Die öffentliche Hand hat bei der Dachbegrünung eine Vorbildfunktion. Deshalb sollten auch Rathäuser, Senatsverwaltungen etc. grüne Dächer bekommen.

L-02-170 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 169 bis 170 einfügen:

nicht immer gleich ein zweiter Tiergarten sein, auch Pocketparks entspannen die gestresste Großstadtseele und schaffen Raum zur Begegnung.

Gleichzeitig wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren, denn Fläche gehört zu den knappsten Gütern unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns für eine Flexibilisierung des Maßes der baulichen Nutzung ein. Wir wollen die bestehenden Regelungen zur Grundflächenanzahl (GRZ) zwar beibehalten, erwarten aber bei Geschossflächenzahl (GFZ) und Baumassenzahl (BMZ) mehr Freiheiten nach Augenmaß und Vernunft. So wollen wir mehr Nutzung bei gleicher Fläche ermöglichen. Die Zuständigkeiten hierfür liegen beim Bund, deshalb werden wir hier im Bundesrat tätig werden.

L-02-176 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Daniela Billig (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 175 bis 179:

werden. Dafür braucht es einerseits eine enorme Kreativität und andererseits eine gut durchdachte Planung. Die ideale neuen Stadtquartiere müssen mehr Bedürfnisse und Anforderungen erfüllen als bisher. Vernetzte Mobilität, kleinteiliges, wohnortnahes Gewerbe, Klimaschutz und klimagerechte Energieversorgung, günstiges Wohnen, soziale Infrastruktur- Schule, Kita, Nachbarschaftseinrichtungen- dazu gute Architektur und vor allem genug Grün - wenn wir das Eine gegen das Andere ausspielen, setzen wir die Zukunft jeden Quartiers und damit Berlins als Ganzes aufs Spiel. Wir bleiben bei einer neuen/ alten Berliner Mischung, die es lokal zu verhandeln gilt. Deshalb nehmen wir die Herausforderung an, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Dafür braucht es einerseits eine enorme Kreativität und andererseits eine gut durchdachte Planung für die neuen Stadtteile und für die Weiterentwicklung der bestehenden Quartiere. Eine Plattform dafür ist ~~die~~ eine internationale Bauausstellung (IBA), die wir nach Berlin holen wollen, um hier die Stadt des 21. Jahrhunderts zu planen und zu bauen. So wollen wir eine nationale und internationale Diskussion für eine ökologische, soziale und demokratische Stadtstruktur der Zukunft ermöglichen. Hier können wir insbesondere unter dem Motto „Behutsame Stadtverdichtung“ zeigen, wie die bauliche Verdichtung mit der Erweiterung von Grün und kleinteiliger Bepflanzung Hand in Hand gehen kann. An beispielhaften Quartieren können auch Ideen und nötige Strukturen für die neue regelmäßige Entwicklung der Stadt dabei in der Umsetzung erprobt werden.

Begründung

Es geht um mehr als die gewohnten Planungs- und Bauroutinen. Eine neue IBA kann die vielen Ansprüche bündeln und organisieren. Wir brauchen integrierte Stadtteile für und mit allen Berliner*innen. Aber wir dürfen nicht den Massenwohnungsbau des 20. Jahrhunderts wiederholen.

Es gibt eine Reihe von großen neuen Quartieren, die relativ nahe beieinander liegen und noch nicht in den allernächsten Jahren begonnen werden. Hier kann die IBA einen An Schub leisten.

L-02-179 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 178 bis 179 einfügen:

bauen. So wollen wir eine nationale und internationale Diskussion für eine ökologische, soziale und demokratische Stadtstruktur der Zukunft ermöglichen.

Aber auch bestehende Stadtquartiere stehen in unserem Fokus: Viele Baufelder wurden in den vergangenen Jahren durch die Auswüchse der autogerechten Stadt zerschnitten und ihr Wohnwert wurde dabei durch Lärm und räumliche Trennung ruiniert. Dabei sind Wohnqualitäten für zehntausende Menschen verloren gegangen. Wir wollen diese Qualitäten durch verkehrlichen Rückbau und durch baulichen Lärmschutz zurückgewinnen und damit viele Wohnquartiere wieder zu den attraktiven Wohnstätten gestalten, die sie früher schon einmal waren.

L-02-182 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Andreas Otto und Daniela Billig (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 182 einfügen:

- Die Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin sind Vorreiter in Fragen des ökologischen Bauens und Sanierens. Und sie sind eine unterstützenswerte Bewegung von unten. Deshalb müssen in den neuen Stadtquartieren neben landeseigenen Gesellschaften und Baugruppen immer auch Genossenschaften beteiligt werden. Das Bauprojekt Michelangelostraße kann dabei ein Leuchtturmprojekt sein. Zusätzlich zu den Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaften wollen wir dort einen Genossenschaftscampus mit 1.000 Wohnungen errichten.

Begründung

Wir stehen als Bündnisgrüne dafür, dass Menschen, die ihr Wohnschicksal selbst in die Hand nehmen, unterstützt werden müssen. Die Berliner Wohnungsbaugenossenschaften sind nicht nur Selbsthilfeorganisationen in diesem Sinne, sondern helfen darüber hinaus, durch günstige Mieten das Mietniveau in Berlin insgesamt zu dämpfen.

Die Wohnungsbaugenossenschaften in Berlin sind bereit, neue Wohnungen zu bauen, ökologisch und sozial. Dazu fehlen ihnen aber Grundstücke. Mit dem Genossenschaftscampus im neuen Stadtquartier Michelangelostraße (Pankow) wollen wir ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass genossenschaftliches Wohnen unverzichtbarer Teil von Berlin ist.

L-02-182-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 181 bis 182:

- Neue Quartiere müssen hohen ökologischen und energetischen Standards genügen, Platz für Mensch und TierNatur bieten und mit ökologischem Baumaterial erbaut werden.

Von Zeile 189 bis 190:

- Von Beginn an ~~mus~~müssen die Verkehrsanbindung durch ÖPNV, gute Rad und Fußwege mitgeplant und autofreie Kieze geschaffen werden.

Begründung

redaktionell

L-02-184 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 184 einfügen:

- Wir wollen mehr Freiheit und Vernunft beim Maß der baulichen Nutzung. Hierfür werden wir uns im Bundesrat einsetzen.

L-02-190 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Daniela Billig (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 190 einfügen:

- Wir wollen eine Internationale Bauausstellung veranstalten, die die verschiedenen Ansprüche verbindet und effektiv die Planung und den Bau von Wohnungen und Quartieren in einer Stadt der Zukunft voran bringt

Begründung

folgt aus den Änderungsanträgen 171 und 176

L-02-190-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 189 bis 190 einfügen:

- Von Beginn an muss die Verkehrsanbindung durch ÖPNV, gute Rad und Fußwege mitgeplant und autofreie Kieze geschaffen werden. Wichtig ist für uns, dass diese Angebote bereits vor Erstbezug zur Verfügung stehen, um Neuanschaffungen privater Pkw von Anfang an zu vermeiden, auch wenn damit evtl. betriebswirtschaftliche Anfangsverluste verbunden sind.

L-02-190-3 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 190 einfügen:

- Wir werden die teilweise schlimmen Folgen der autogerechten Stadt zurückbauen und mindern. Dadurch werden aus vielen verlärmten und abgehängten Wohnlagen wieder attraktivere Wohnlagen.

L-02-194 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 193 bis 195:

Parks, Grünanlagen und Kleingärten sind oft der soziale und kulturelle Mittelpunkt der Berliner Kieze. Gerade für ~~einkommensschwache und arme Menschen~~ Menschen mit geringem Einkommen und, die weder einen Garten noch einen Balkon besitzen, sind solche Plätze wichtig. Deshalb hat für uns Grün, das alle auf

Begründung

redaktionell

L-02-203 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 203 bis 205:

Für uns ist ~~entscheidend~~wichtig, dass ~~diese~~-Sauberkeit im öffentlichen Raum weiter verbessert, die naturnahe ~~Pflege~~Gestaltung und ~~H~~Pflege der Parks aber nicht vernachlässigt werden. Eine kompakte Stadt braucht schöne und robuste Grünflächen ebenso wie gepflegte historische Gärten. Für uns ist

Von Zeile 208 bis 211 löschen:

Bezirken wie auch die zuständigen städtischen Institutionen finanziell und personell besser ausgestattet werden.~~Denn das Modellprojekt zur Reinigung der Parks hat gezeigt: Gute Qualität gibt es nicht umsonst.~~ Durch den deutlich erhöhten Einsatz von Geld und Personal können schnell sichtbare Erfolge erzielt werden. Für größere Parkanlagen fordern wir die

Begründung

redaktionell

L-02-207 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 206 bis 208 einfügen:

zentral, dass die Menschen vor Ort bei der Gestaltung, Pflege und Entwicklung der Parks mitsprechen können. Wir werben alle Berliner*innen und alle Gäste der Stadt, mit unseren Grünanlagen achtsam und pfleglich umzugehen. Ebenso ist wichtig, dass die Straßen- und Grünflächenämter in den Bezirken wie auch die zuständigen städtischen Institutionen finanziell und personell besser

Begründung

Menschen sollen nicht nur mitsprechen, sondern auch Verantwortung für Sauberkeit und pfleglichen Umgang öffentlicher Räume übernehmen.

L-02-211 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 210 bis 216:

Qualität gibt es nicht umsonst. Durch den deutlich erhöhten Einsatz von Geld und Personal können schnell sichtbare Erfolge erzielt werden. ~~Für größere Parkanlagen fordern wir die Einführung von Park-Rangern, die sich vergleichbar zu einem Hausmeister um Parks oder Seenwälder kümmern, diese kennen und weiterentwickeln. Für Naturschutzgebiete setzen wir hier parallel auf Natur-Ranger. Im direkten Kontakt mit den Besucher*innen und Nutzer*innen werden sie wertvolle Vermittlungsarbeit leisten können.~~ Für größere Grünanlagen unterstützen wir die Einführung von Park-Rangern, die sich im Kontakt mit den Besucher*innen um intensiv genutzte Parks oder Seeufer kümmern und bei Nutzungskonflikten vermitteln können. Für Naturschutzgebiete setzen wir hier parallel auf Natur-Ranger. Auch die Einführung von Parkräten, wie nun im Görlitzer Park geschehen, begrüßen wir. Wir wollen dabei eine gute Zusammenarbeit

Begründung

inhaltliche Präzisierung

L-02-253 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 253 bis 255:

- Wir werden für die Pflege und Reinigung der Parks mehr investieren und sie besser ausstatten.
- Wir ~~fordern~~unterstützen die Einführung von ParkRangern und Parkräten.

Begründung

redaktionell, außerdem wird folgende Veränderung in der Reihenfolge vorgeschlagen

- Wir werden für die Pflege und Reinigung der Parks mehr investieren und sie besser ausstatten.
- Wir werden einen Sommerdienst für das Stadtgrün einführen, um die zunehmenden extremen Klimafolgen abzufangen.
- Wir unterstützen die Einführung von ParkRangern und Parkräten.
- Unser Ziel ist, Berlin zur „essbaren Stadt“ weiterzuentwickeln und das Urban Gardening zu fördern.
- Uferbereiche müssen frei und allgemein zugänglich sein.
- Wir werden die Parks, Grünanlagen und das weitere Stadtgrün so weiterentwickeln, dass auch genügend Rückzugsgebiete für Tiere vorhanden sind.
- Wir bauen Berlin um zur bestäuberfreundlichen Stadt.
- Wir setzen uns für die Einrichtung einer landesweiten Baumschule ein und werden die Schaffung einer landeseigenen Baumagentur prüfen.

L-02-267 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 266 bis 268:

und kühlen durch Verdunstung. Ihr Schutz ist für Bündnis 90/Die Grünen deshalb zentral und bitter nötig. Denn sei es ~~der~~durch den Orkan Xavier im Herbst 2017 oder die Jahrhunderthitze 2018, unsere Bäume leiden stark unter den extremen Wetterbedingungen. Auch die fortschreitende

Von Zeile 274 bis 280:

Stadt bezahlte Anwuchspflege werden wir im Rahmen der Stadtbaumkampagne von drei auf zehn Jahre erhöhen und eine Baumleitplanung erhebeneinführen. Baumfällungen müssen wo möglich vermieden werden. Das heißt auch, dass im Zweifel eher ein Parkplatz als ein Baum für einen Radweg weichen muss. Denn saubere Luft ist ein Gemeingut, das bevorzugt geschützt werden muss. Sollten Baumfällungen nicht zu vermeiden sein, müssen Ausgleichspflanzungen in der Stadt möglichst standortnah vorgenommen werden. ~~Bei jeder Fällung~~ Über Baumfällungen muss die Bevölkerung offen und transparent aufgeklärt werden.

Begründung

redaktionell

L-02-282 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Ruben Joachim (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 281 bis 286 löschen:

Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, als ökologische und soziale Oasen und wichtige Biotopverbindungen. Wir wollen sie erhalten und schützen. ~~Deshalb fordern wir für Kleingärten auf landeseigenen Flächen einen Schutz bis mindestens 2030 und eine langfristige Strategie, wie auch sie vor einer zu leichtfertigen Inanspruchnahme bewahrt werden können.~~
Pauschalen Forderungen, die Kleingärten zugunsten des Wohnungsbaus zu schleifen erteilen wir eine klare Absage. Nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale

Begründung

Vor leichtfertiger Inanspruchnahme sind Kleingärten (z.B. durch Ihre Lobby) ausreichend geschützt. Kleingärten auf landeseigenen Flächen sind aber der Allgemeinheit entzogene Flächen. Für den Fall, dass eine echte Notwendigkeit besteht, sollten dem Gemeinwohl nicht noch weitere rechtliche Hürden in den Weg gestellt werden, insbesondere nicht mit einem unverhältnismäßigen Zeithorizont, der über 2030 hinaus geht

L-02-282-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 281 bis 283:

Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, als ökologische und soziale Oasen und wichtige Biotopverbindungen. Wir wollen sie erhalten und schützen. Deshalb ~~fordern~~unterstützen wir für Kleingärten auf landeseigenen Flächen einen Schutz bis mindestens 2030 und eine

Begründung

Der Schutz bis 2030 ist bereits zugesagt.

L-02-295 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Marla Celine Karnabach (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 294 bis 295 einfügen:

unterstützen. Um mehr Menschen in den Genuss von Kleingärten kommen zu lassen, befürworten wir auch eine Parzellenteilung von großen Gärten.

Um der Wohnungsnot entgegenzutreten soll geprüft werden, ob Kleingärten in gewollten Fällen gemietet oder gekauft werden können. Viele Menschen wohnen bereits in Kleingärten und mieten nebenbei eine Wohnung die das ganze Jahr über leer steht. Auch das Abreißen wird dadurch erheblich erschwert, da eine Wohnung grundrechtlichen Schutz erfährt. Das Argument jene Gärten für das Entgegenreten der Wohnungsnot in Berlin abzureißen wäre geschwächt.

Begründung

Viele Kleingärten-Nutzer*innen erfragen immer wieder, warum sie denn nicht dort leben dürfen? Mit einem Miet-/ Kaufrecht für jetzige Pächter*innen kann einerseits dem Abreißen der Kleingärten wegen der Wohnungsnot und somit auch dem Abriss von Habitaten für Insekten und Grünflächen entgegen getreten werden und andererseits wird Menschen mit geringem Einkommen ein eigenes kleines Haus mit Garten ermöglicht.

L-02-297 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 296 bis 298:

Die über 29.000 Hektar Berliner Stadtwälder wollen wir schützen und die oft noch reinen Kiefernwälder zügiger in naturnahe Laubmischwälder ~~renaturieren~~ umgestalten. Auch diese Wälder sind ein Schatz für die Berliner Luft und für die Naherholung. Wir werden jedoch darauf achten, dass vor allem die

Begründung

Präzisierung der Aussage

L-02-308 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Ruben Joachim (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 308 bis 309 löschen:

- Wir werden Kleingärten erhalten und schützen ~~und ihnen eine rechtliche Sicherheit geben.~~

Begründung

Vor leichtfertiger Inanspruchnahme sind Kleingärten (z.B. durch Ihre Lobby) ausreichend geschützt. Kleingärten auf landeseigenen Flächen sind aber der Allgemeinheit entzogene Flächen. Für den Fall, dass eine echte Notwendigkeit besteht, sollten dem Gemeinwohl nicht noch weitere rechtliche Hürden in den Weg gestellt werden, insbesondere nicht mit einem unverhältnismäßigen Zeithorizont, der über 2030 hinaus geht

L-02-308-2 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 308 bis 309 einfügen:

- Wir werden **möglichst viele** Kleingärten erhalten und schützen und ihnen eine rechtliche Sicherheit geben.

Begründung

Wir sollten keine Versprechungen machen, die wir morgen oder übermorgen nicht einhalten können...

L-02-310 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 310 bis 311:

- Wir werden die Berliner Stadtwälder zu naturnahen Laubmischwäldern ~~renaturieren~~umgestalten und sowohl für Mensch erlebbar als auch für Flora und Fauna belebbar machen.

Begründung

redaktionell

L-02-312 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 312 bis 314:

~~Heute entscheiden wir, ob Berlin auch morgen noch lebenswert ist – und zwar für Mensch, Tier und Umwelt! Deshalb müssen wir Bauen und Pflanzen. Ohne Grün geht es nicht! Denn wir wollen ein Berlin, das Grün ist, statt Grau.~~

Heute entscheiden wir, wie lebenswert Berlin auch morgen noch ist. Mit dem Blick auf Mensch, Natur, Umwelt und Klimaschutz müssen wir bauen, pflanzen und pflegen. Damit Berlin beim Wachsen noch grüner wird.

Begründung

Formulierungsalternative zur Diskussion.

L-02-314 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Antragsteller*in: Georg Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 314 einfügen:

Umweltgerechtigkeit steigern

Ungleiche Qualität, räumliche Verteilung und ein unterschiedlicher Zugang zu Umweltressourcen verschärfen soziale Ungleichheit. Saubere Luft, Nachtruhe, wohnungsnaher Grünflächen und ein angenehmes Mikroklima sind in den Wohnquartieren ungleich verteilt. Das hat relevante gesundheitliche Auswirkungen. Unsere Stadt hat laut Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas noch immer viele Orte, die vier- und fünffach belastet sind. Hier leben Menschen mit geringem Einkommen, die Luft ist schmutzig, es ist laut, im Sommer staut sich die Hitze und die nächsten Grünflächen sind zu weit entfernt. Das ist ungerecht und wir Grüne wollen hier ganz konkret Verbesserungen in der Stadt herbeiführen und die Anzahl fünf- und vierfach belasteten Gebiete in Berlin deutlich zu verringern.

Der wissenschaftliche Basisbericht zu Umweltgerechtigkeit im Land Berlin liegt mit Broschüren, Veranstaltungen und anderen Informationsmaterialien fertig vor. Nun kommt es darauf an, die Stadtgesellschaft über die Ergebnisse zu informieren und die zuständigen Fachämter in die Lage zu versetzen, den Handlungsbedarf umzusetzen. Allen Dienststellen muss er als Grundlage für eine handlungsorientierte sozialräumliche Bau-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik bereitgestellt werden.

Ob Wasserbrunnen, grüne Oasen, Bäume und Baumscheiben oder Fahrradwege: Investitionen in Klimaanpassung, Stadtgrün und Umweltverbund sollten vor allem dort stattfinden, wo die Menschen gesundheitlich und sozial besonders stark belastet sind. Die Ursachen der gesundheitlichen Umweltbelastungen sollen reduziert und die Verbesserung von mehrfach belasteten Orten in den kommenden Jahren systematisch umgesetzt werden.

Schon heute engagieren sich Verwaltung und Initiativen in den Berliner Kiezen für mehr Umweltgerechtigkeit - auch wenn es nicht immer drauf steht. Dennoch bedarf es einer gesamtstädtischen Lenkung, damit in den drei- bis fünffach belasteten Quartieren prioritär Maßnahmen erfolgen, auch wenn es dort keine aktive Bürgerinitiative gibt.

Bestehende Konzepte der Städtebauförderung sind daher um den verpflichtenden Aspekt der Umweltgerechtigkeit zu ergänzen und dieser ist als Kriterium in alle Förderprogramme aufzunehmen. Durch einen Fonds für Umweltgerechtigkeit könnte das Land Berlin beispielsweise zusätzliche Unterstützung für Maßnahmen in besonders belasteten Gebieten zur Verfügung stellen. Die Bezirke müssen in dieser Aufgabe aber strukturell gestärkt werden. Schwerpunkt sollte hier auf Maßnahmen gelegt werden, die über gesetzliche Anforderungen hinausweisen

Das bedeutet konkret:

- Das Konzept der Umweltgerechtigkeit als Entscheidungsvorgabe bekannt machen.
- Bestehende Konzepte und Förderprogramm sind um den Aspekt der Umweltgerechtigkeit zu erweitern.
- Zum Beispiel durch einen Umweltgerechtigkeits-Fonds und die Bezirke stärken, damit sie Umweltgerechtigkeit abbauen können.

Begründung

Umwelt und Gerechtigkeit - das gehört zusammen! Neben den fachlichen Forderungen zu Bäumen, Bienen und Kleingärten müssen wir uns auch trauen, dieses Konzept prominent zu behandeln - und damit auch Menschen zu begeistern. Wir müssen das Thema Umweltgerechtigkeit aktiver in die Stadt tragen und gemeinsam um die besten Ideen streiten, WIE wir die Umweltgerechtigkeit steigern. Das ist knallharte Politik vor Ort! Statt ständig über die Verteidigung von Stadtgrün zu sprechen, können wir aber mit diesem Konzept in die politische Offensive kommen.

Unsere grüne Senatsverwaltung SenUVK wird demnächst den Bericht zum Thema Umweltgerechtigkeit vorstellen. Auch im Abgeordnetenhaus wird das Thema bald aufgerufen. Wir sollten als Partei diese Debatte von Beginn an mit prägen. Denn wir sind die einzigen, die es tun. Das muss uns auch ein eigenes Kapitel wert sein.

Dieser Antrag ist erarbeitet mit bzw unterstützt von Christiane Heiß, Clara Hermann, Anja Schillhaneck, Turgut Altug + Inka Seidel-Grothe.

SÄA1-012 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: KV Friedrichshain-Kreuzberg

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 11 bis 13:

e) auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen. Sie ist schriftlich vom Landesvorstand unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens ~~sechs~~sieben Wochen einzuladen.

(3) Die Landesmitgliederversammlung beschließt insbesondere über

Begründung

mündlich

SÄA1-037 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 36 bis 38:

absoluter Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

(5) Anträge müssen ~~fünf Wochen~~ 33 Tage vor der Landesmitgliederversammlung vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich

Begründung

Bei fünf Wochen liegt die Abgabefrist immer auf: Samstag 10 Uhr. Das gestaltet sich mitunter für ehrenamtlich aktive und beruflich eingespannte Mitglieder als schwierig. Bei 33 Tagen läge die Antragsfrist auf Montag 10 Uhr. So stünde zur endgültigen Bearbeitung noch ein Wochenende zur Verfügung.

SÄA1-039 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (Berlin-Reinickendorf KV)

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 38 bis 40:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.
Änderungsanträge müssen ~~10~~8 Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen,
Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich

Begründung

Eine 10-Tage-Frist wäre Mittwochmorgen, 10.00 Uhr bzw. Dienstagabend 24.00 Uhr. Mit Rücksichtnahme auf die Beschäftigungsbedingungen der Kreisgeschäftsführer*innen und die Arbeit der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder der Kreisverbände, insbesondere aber die Anstrengungen der Landesarbeitsgemeinschaften, deren häufiger Tagungstag der Mittwoch ist, würde eine 8-Tage-Frist den Antragsschluss auf Freitagmorgen, 10.00 Uhr bzw. Donnerstagabend 24.00 Uhr verschieben und somit die Interessen der erarbeitenden Gremien, der veröffentlichenden Landesgeschäftsstelle und der beurteilenden Mitglieder vernünftig ausgleichen.

SÄA1-039-2 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: KV Friedrichshain-Kreuzberg

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 38 bis 40:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.
Änderungsanträge müssen ~~10~~sechs oder acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den
Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich

Begründung

mündlich

SÄA1-039-3 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: KV Neukölln

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 38 bis 40:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.
Änderungsanträge müssen 106 Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen,
Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich

Begründung

Eine Änderungsantragsschluß am Sonntag (6 Tage) vor der LDK ermöglicht eine Verlängerung der (bisherigen) Beratungszeit für die Gliederungen auf volle vier Wochen und gibt den Ehrenamtlichen die Chance den Samstag noch zum Einstellen von Änderungsanträgen zu nutzen, die unter der Woche beraten wurden. Dadurch werden die Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt. Ein geordnetes Antragsverfahren ist gewährleistet, da alle ÄA am Montag vor der LDK online sind. Damit liegen sie sowohl rechtzeitig vor dem Antragssteller*innentreffen als auch für Gremiensitzungen vor. Dieser Ablauf wurde als fakultativer ÄA-Schluss bei den vergangenen LDKen bereits gut praktiziert.

SÄA1-039-4 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: KV Mitte

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 38 bis 40:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.
Änderungsanträge müssen ~~10~~8 Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen,
Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich

Begründung

Da die Landesarbeitsgemeinschaften teilweise auch Mittwochs tagen, wäre eine umfassende Basisbeteiligung dieser durch eine 10-Tage-Frist nicht gewährleistet. Mit der neuen First von 8 Tagen soll sichergestellt werden, dass auch die Landesarbeitsgemeinschaften und somit alle Mitglieder des Landesverbandes die Möglichkeit haben, die Änderungsanträge in ihren jeweiligen Sitzungen zu besprechen und sich an der Antragsdebatte zu beteiligen.

SÄA1-041 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: KV Friedrichshain-Kreuzberg

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 40 bis 42 einfügen:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Über die Behandlung nicht fristgerecht gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet die Landesmitgliederversammlung. Anträge zur Änderung der Satzung müssen zehn Wochen vor der

Begründung

mündlich

SÄA1-064 KV Mitte §§ 13/16 Satzung

Antragsteller*in: KV Friedrichshain-Kreuzberg

Beschlussdatum: 13.11.2018

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 63 bis 65 einfügen:

statt. Die Einladung erfolgt schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 6 Wochen. Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist verkürzt werden.³Sie muss einberufen werden, wenn

a) der Landesausschuss mit einfacher Mehrheit,

V-02-072 Berlin wird Solidarity City – Die Rechte aller hier Lebenden sichern!

Antragsteller*in: Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu V-02

Nach Zeile 72 einfügen:

Doch die ertrinkenden Geflüchteten im Mittelmeer können nicht auf die Unterstützung dieser Bundesregierung warten. Wir fordern deshalb den Berliner Senat auf, die Finanzierung für ein Seenotrettungsschiff im Mittelmeer mit allen verbundenen Kosten zu übernehmen oder sich zumindest daran zu beteiligen. Zur Umsetzung kann auch auf die Expertise der vorhandenen Seenotrettungsorganisationen zurückgegriffen werden, von denen sich einige den Betrieb der Seenotrettungsschiffe nicht dauerhaft leisten können. Falls eine Finanzierung über den Landeshaushalt rechtlich nicht möglich ist, setzen wir uns für eine Finanzierung aus gemeinnützigen Fördermitteln beispielsweise der Lotto Stiftung Berlin ein.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen:

Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick), Rhea Niggemann (KV Kreisfrei), Robin Völker (KV Neukölln), Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Meike Berg (KV Neukölln), Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Eva Molau (KV Lichtenberg), André Schulze (KV Neukölln), Vito Dabisch (KV Kreisfrei), Fritz Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

V-02-072-2 Berlin wird Solidarity City – Die Rechte aller hier Lebenden sichern!

Antragsteller*in: Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu V-02

Nach Zeile 72 einfügen:

Darüber hinaus fordern wir den Berliner Senat auf Rechtsgutachten über alle Möglichkeiten in Auftrag zu geben, mit denen sich das Land Berlin gezielt an der Aufnahme von Geflüchteten aus der Mittelmeerregion zu beteiligen kann. Insbesondere die Frage wie ohne Einvernehmen des Bundesinnenministers der bekundete Wille zur Aufnahme durch den Senat umgesetzt werden kann, soll geprüft werden. Außerdem soll untersucht werden, wie Kommunen und Bundesländer dazu beitragen können das gescheiterte Dublin-System durch kreative Vorschläge solidarischer zu gestalten, bis ein neues praktikables System gefunden wurde. Vorstellbar ist der Ankauf kleinerer Grundstücke oder von Schiffen an Häfen, sodass die Verantwortung für eine solidarische Verteilung der Geretteten bereits durch den Ort des Anlandens organisiert werden kann.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen:

Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick), Rhea Niggemann (KV Kreisfrei), Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg), André Schulze (KV Neukölln), Eva Molau (KV Lichtenberg), Thomas Weigelt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Meike Berg (KV Neukölln), Robin Völker (KV Neukölln), Tim Lüddemann (KV Kreisfrei), Vito Dabisch (KV Kreisfrei), Fritz Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

V-02-194 Berlin wird Solidarity City – Die Rechte aller hier Lebenden sichern!

Antragsteller*in: Markus Schopp (Berlin-Mitte KV)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 193 bis 194 einfügen:

Zu humanitär nicht tragbaren Situationen gehören auch Abschiebungen in lebensbedrohliche Umstände wie extreme Kälte und Obdachlosigkeit oder die Trennung von Familien.

Begründung

Leider kommt es bei Abschiebungen immer wieder zur Trennung von Familien, die teilweise gar nicht oder nur in letzter Minute verhindert werden können. Hier gilt es alle Härtefallregelungen zu nutzen, um Familien zu schützen und humanitär nicht tragbare Situationen zu vermeiden.

V-05-011 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern, Regelsystem öffnen!

Antragsteller*in: Wolfgang Höckh (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 11 bis 15:

Rot-Rot-Grün hat dafür schon einiges getan, aber es braucht mehr: ~~Das Regelsystem ist noch längst nicht so aufgestellt, dass es die besonderen Bedarfe auffangen kann. Das Asylbewerberleistungsgesetz schließt zudem Geflüchtete von psychosozialer Versorgung weitgehend aus. Durch die elektronische Gesundheitskarte wird die Versorgungslücke für Asylbewerber*innen ein Stück weit geschlossen. Aber das Regelsystem ist noch längst nicht so aufgestellt, dass es die besonderen Bedarfe auffangen kann.~~

Begründung

Zwar sind in Berlin die rechtlichen Voraussetzungen für die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten (also bspw. der Zugang von Geflüchteten zu psychotherapeutischen Leistungen im Sinne der Krankenhilfe und Leistungen der Eingliederungshilfe für körperlich oder seelisch Behinderte) weitgehend gegeben, aber das Regelsystem hat Schwierigkeiten, auf die besonderen Bedarfe von Traumatisierten mit Gewalt- und Fluchterfahrung einzugehen. Es gibt zu wenige Therapeut*innen, die eine Spezialisierung haben, die in diesen Fällen helfen kann, und zu wenige Dolmetscher*innen in den benötigten Sprachen, die dann auch noch die nötigen fortgeschrittenen Dolmetscherfähigkeiten haben. Es gibt also weniger einen Mangel an den rechtlichen Voraussetzungen als vielmehr einen Mangel an der Umsetzung dieser Möglichkeiten.

V-05-016 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern,
Regelsystem öffnen!

Antragsteller*in: Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 15 bis 17:

zu einer bedarfsgerechten Versorgung, da die Krankenkassen Sprachmittlung nicht finanzieren und es kaum niedergelassene ~~Psychotherapeutinnen und -therapeuten~~ **Psychotherapeut*innen** mit Kenntnissen in den einschlägigen Sprachen gibt.

Begründung

Konsequentes Gendern

V-05-021 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern, Regelsystem öffnen!

Antragsteller*in: Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 20 bis 22 einfügen:

die bewährten landesweiten Strukturen zur Behandlung der Opfer von Folter und schwerer Gewalt, denn das Erlebnis der Flucht ist für die meisten Menschen mit einem Trauma verbunden, weiter stärkt und ergänzt als auch das bezirkliche Regelsystem für den diversitätssensiblen Umgang mit Patientinnen und Patienten mit Fluchterfahrung öffnet und

Begründung

Hier sollte deutlich werden, dass eine Flucht für jeden Menschen ein schwer zu verarbeitendes Erlebnis ist. Selbst wenn Geflüchtete keine Opfer von direkter Misshandlung geworden sind.

V-05-022 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern,
Regelsystem öffnen!

Antragsteller*in: Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 21 bis 25:

Gewalt weiter stärkt und ergänzt als auch das bezirkliche Regelsystem für den diversitätssensiblen Umgang mit ~~Patientinnen und Patienten~~ Patient*innen mit Fluchterfahrung öffnet und dabei Versorgungslücken schließt. Eine solche Stärkung des Regelsystems würde die Gesundheitsversorgung in einer Einwanderungsstadt wie Berlin endlich auch für die Bedarfe aller ~~Berlinerinnen und Berliner~~ Berliner*innen weiter öffnen.

Begründung

Konsequentes Gendern

V-05-032 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern, Regelsystem öffnen!

Antragsteller*in: Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 32 bis 36:

- Die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige **Flüchtlinge****Geflüchtete** für Opfer von Gewalt und Folter – Xenion und das Zentrum Überleben – müssen als landesweit tätige, spezialisierte Kompetenzzentren weiter gestärkt und in die Lage versetzt werden, bei Krisensituationen auch in **Flüchtlings****Geflüchteten**- und ASOG-Unterkünften aufsuchende Betreuung zu leisten.

Von Zeile 59 bis 60:

- Den Betreiber*innen von **Flüchtlingsunterkünften****Unterkünften für geflüchtete Menschen** soll ermöglicht werden, auch Psychotherapeut*innen und Psychotherapeut*innen für Kinder und Jugendliche

Begründung

Der Terminus Flüchtlinge ist vor allem durch das Bild der Medien sehr negativ behaftet, aber auch sprachlich (man bedenke die Nachsilbe -linge) nicht schön. Geflüchtete hingegen hört sich nach Menschen an. Deshalb finde ich es wichtig, dass einheitlich von geflüchteten Menschen gesprochen wird.

V-05-060 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern,
Regelsystem öffnen!

Antragsteller*in: Kai Oehring (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu V-05

Von Zeile 59 bis 61 löschen:

- Den Betreiber*innen von Flüchtlingsunterkünften soll ermöglicht werden, auch ~~Psychotherapeut*innen und~~ Psychotherapeut*innen für Kinder und Jugendliche einzustellen. Das kann auch eine Beschäftigungschance für Psychotherapeut*innen mit

V-05-074 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern, Regelsystem öffnen!

Antragsteller*in: Marla Karnabach (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-05

Nach Zeile 74 einfügen:

- Als Übergangslösung sollen unverzüglich und regelmäßig, zum Beispiel ein Mal in der Woche, Gruppentherapien unter Aufsicht von Psychotherapeut*innen mit einschlägigen Sprachkenntnissen in jeder Geflüchtetenunterkunft angeboten werden. Stehen solche Therapeut*innen nicht zur Verfügung, kann neben Psychotherapeut*innen ohne Sprachkenntnisse auch zumindest ein*e Übersetzer*in anwesend sein.

Begründung

Eine Einzeltherapie und die Umsetzung des Peer-to-Peer Ansatzes erscheint nicht schnell umsetzbar. Die Notwendigkeit einer therapeutischen Behandlung hingegen ist stark gegeben. Es braucht eine Zwischenstufe, einen Ansatz der sofort umsetzbar ist, bis die langfristigen Veränderungen im System greifen.

V-07-100 Pflege Neu Denken. Pflege in Berlin stärken.

Antragsteller*in: Taylan kurt (KV mitte)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 99 bis 101:

Wir wollen, dass Berlin auch den Pflegebedürftigen gehört! Dafür wollen wir die Verdrängung von ~~Pflegebedürftigen und~~ Pflegeeinrichtungen verhindern, Zwangsräumungen von Pflegebedürftigen aussetzen, neue Wohnformen, wie z.B. interkulturelle und intergenerative Wohnmodelle fördern und damit eine wohnortnahe

Begründung

Pflegebedürftige sind besonders schutzwürdig und dürfen daher nicht zwangsgeräumt werden.

V-07-100-2 Pflege Neu Denken. Pflege in Berlin stärken.

Antragsteller*in: Fatos Topac (LAG Gesundheit, Soziales)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 99 bis 101 einfügen:

Wir wollen, dass Berlin auch den Pflegebedürftigen gehört! Dafür wollen wir die Verdrängung von Pflegebedürftigen und Pflegeeinrichtungen durch landesweite Vorgaben verhindern, neue Wohnformen, wie z.B. interkulturelle und intergenerative Wohnmodelle fördern und damit eine wohnortnahe

Begründung

Spezifizierung

V-07-260 Pflege Neu Denken. Pflege in Berlin stärken.

Antragsteller*in: Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 260 bis 267:

~~Die Volksinitiative „Pflegetnotstand stoppen“ macht~~ Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Initiative "Für gesunde Krankenhäuser" zum Volksentscheid, da sie auf die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in der Pflege aufmerksam, was wir begrüßen. Jedoch und fordert sie nur bessere Arbeitsbedingungen für die Pflege in Krankenhäusern aufmerksam macht. Ihre Forderungen decken ~~Der formale Weg des~~ Volksentscheides kann nur einen Aspekt der notwendigen Reformen in der Pflege abdecken. ~~Tatsächlich~~ Wird eine verbindliche Personalregelung auf die gesamte Pflege ausstrahlen und den Beruf wieder attraktiver machen oder besteht die Gefahr, dass durch gesetzliche Vorgaben bei der Personalausstattung bei gleichbleibendem Fachkräfteangebot lediglich das schon vorhandene aber zu knappe Personal ~~im~~ in und außerhalb der Betrieb umgeschichtet wird, ~~wodurch ?~~ Dadurch kann es wiederum zu Engpässen an anderer Stelle käme. ~~Stattdessen~~ kommen Wir brauchen wir verbindlich anzuwendende Personalbemessungsinstrumente für die gesamte pflegerische

Begründung

Die Situation in allen Bereichen der Pflege ist dramatisch. Die Verantwortlichen scheinen sich seit Jahrzehnten auf das außerordentliche Engagement der überwiegend beschäftigten Frauen auszuruhen. Die Belastbarkeit ist am Limit. Die Initiative zum Volksentscheid "Für gesunde Krankenhäuser" hat bundesweit zu weiteren Aktivitäten in allen Bereichen der Pflege beigetragen und das von vielen Beschäftigten neben der Arbeitszeit und im Schichtdienst. Das Pflegepersonal und die Patienten wissen, dass ausreichende Personalbemessung die Qualität verbessert und den Beruf wieder attraktiver macht. In unserem erfolgreichen Wahlprogramm 2016 heißt es: Eine ausreichende Personalbesetzung in der Pflege ist die Voraussetzung für eine zuwendungsorientierte Betreuung.

V-07-271 Pflege Neu Denken. Pflege in Berlin stärken.

Antragsteller*in: Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 270 bis 273:

uns ambulant vor stationär, denn hier wird vor allem auch die Langzeitpflege gewährleistet. ~~Das Volksbegehren Pflegenotstand sucht leider keine Lösungen für~~ Wir wissen, dass die Initiative zum Volksentscheid "Für ein gesundes Krankenhaus" bei ihrem Antrag den ambulanten und Heimbereich auf Grund des Koppulungsverbotes unberücksichtigt lassen mussten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bedingungen für alle Bereiche der Pflege verbessert werden, denn nur dann werden wir menschenwürdige Bedingungen für Pflegende

Begründung

Es ist für die Beschäftigten, Patienten und Bürger*innen, die sich für eine gute Versorgung engagieren und für die Initiative ihre Unterschrift geleistet haben selbstverständlich, dass Verbesserungen in allen Bereichen der Pflege notwendig sind. Deshalb sollten wir die konkrete Voraussetzung des Volksentscheid benennen, die ihn rechlich einhegen. Die Initiative hat mit ihrem Beispiel jetzt schon ermutigt für alle Bereiche Verbesserungen einzufordern.

V-08-050 Für das Recht der Kinder auf freie Entfaltung und Sicherheit in den Straßen

Antragsteller*in: Ruben Joachim (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 49 bis 52:

- muss unterbunden werden. Hierzu sind bauliche Maßnahmen notwendig, wie im Fliegerviertel. ~~Das Land Berlin soll darüber~~ Darüber hinaus ~~nur Herstellern~~ sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um Hersteller von Navigationssoftware ~~Daten zur Verfügung stellen~~, die sich nicht an die Maßgabe halten, keine Routen oder Auslastungen in Wohngebieten darzustellen, zu sanktionieren.

Begründung

mündlich

V-08-059 Für das Recht der Kinder auf freie Entfaltung und Sicherheit in den Straßen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu V-08

Nach Zeile 59 einfügen:

- Alle Verkehrsteilnehmer*innen, aber insbesondere Kinder, haben einen Anspruch auf die Durchsetzung der Sicherheit in den Straßen. Deshalb werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, Geschwindigkeitsüberschreitungen und Parkverstöße in sensiblen Kreuzungsbereichen zukünftig deutlich stärker zu überwachen und Verstöße deutlich häufiger zu ahnden. Wir werden hierfür im Land und in den Bezirken mehr Personal und Mittel zur Verfügung stellen.

V-09-011 Berlin barrierefrei: Nur ein funktionierender Aufzug ist ein guter Aufzug!

Antragsteller*in: Sebastian Walter und Harald Moritz (KV Tempelhof-Schöneberg / KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 10 bis 12:

Wir werden nicht nachlassen, diese Leistungen auszubauen, denn Barrierefreiheit ist nicht nur für Menschen mit ~~einer körperlichen Behinderung~~ Mobilitätseinschränkungen unabdingbar, sie stellt auch eine deutliche Erleichterung für viele andere berechnigte Gruppen - vom Säugling im Kinderwagen

V-09-034 Berlin barrierefrei: Nur ein funktionierender Aufzug ist ein guter Aufzug!

Antragsteller*in: Sebastian Walter und Harald Moritz (KV Tempelhof-Schöneberg / KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 34 bis 49 löschen:

~~Wir wollen, dass der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) zukünftig alleiniger zuständiger Vertragspartner mit zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen wird. Die reine Durchführung des Betriebs ist hierbei von der Beauftragung des Haltes rechtlich zu trennen. Hierfür ist dem VBB eine eigene, transparente Kostenstelle einzurichten. Das Stationspreissystem ist neu zu vereinbaren, dabei ist unter anderem der zuverlässige Betrieb von Personenaufzügen mit klaren und verbindlichen Qualitätsansprüchen zu formulieren. Der VBB soll diese Qualitätsansprüche kontrollieren und umsetzen. Gleichzeitig sind Konventionalstrafen zu vereinbaren, die fällig werden, wenn diese Qualitätsansprüche verletzt werden. Um zu vermeiden, dass in der Summe der Gesamtbilanz einzelne Problembahnhöfe statistisch verschwinden, obwohl an ihnen sehr wohl keine zuverlässige Barrierefreiheit gewährleistet wird, sind diese Qualitätsansprüche nicht in Paketen zu formulieren. Wir wollen zukünftig sicherstellen, dass es sich für Eisenbahninfrastrukturunternehmen nicht finanziell lohnt, an Wartungs- und Reparaturleistungen zu sparen. Über diese Vorgänge wollen wir Transparenz herstellen. Dies wird in einem VBB-Qualitätsbericht erfolgen, der detailliert die Leistungen und Schlechtleistungen an einzelnen Bahnhöfen und Haltepunkten veröffentlicht.~~

V-09-050 Berlin barrierefrei: Nur ein funktionierender Aufzug ist ein guter Aufzug!

Antragsteller*in: Sebastian Walter und Harald Moritz (KV Tempelhof-Schöneberg / KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 50 bis 59:

~~Selbstverständlich sehen wir das Land Berlin auch an den Stellen in der Pflicht, an denen Eigenbetriebe, wie bspw. die BVG, Personennahverkehr in Eigenregie anbieten und Zugänge über Aufzüge vorgesehen sind. Wir wissen, dass auch hier an manchen Stellen deutlicher Verbesserungsbedarf besteht. Deshalb werden wir zukünftig ebenfalls einen Qualitätsbericht erstellen und in diesem Qualitätsbericht – analog zum angestrebten Verfahren bei Regional- und S-Bahnhöfen – für jeden einzelnen, mit Aufzug oder mehreren Aufzügen erschlossenen Bahnhof oder Haltepunkt detaillierte Leistungen und Schlechtleistungen veröffentlichen. So werden wir sicherstellen, dass sich kein Infrastrukturbetreiber gegenüber unseren Eigenbetrieben benachteiligt sieht und Qualitäten über das gesamte Stadtgebiet miteinander vergleichbar sind.~~

Wir wollen zukünftig sicherstellen, dass es sich für Eisenbahninfrastrukturunternehmen nicht finanziell lohnt, an Wartungs- und Reparaturleistungen zu sparen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass Transparenz über die Zuverlässigkeit und Funktionsfähigkeit der Aufzüge an Bahnhöfen und Haltepunkten der Eisenbahninfrastrukturunternehmen, aber auch der BVG hergestellt wird. Störungen innerhalb festgelegter kurzer Fristen behoben werden müssen und Sanktionen bei Nichteinhaltung dieser Fristen erfolgen.